

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: Bräunnenarbeit
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Volk-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 Belegt für die sechsseitige Anzeigen-
 zeile oder deren Raum 60 Pfg. für
 politische und gesellschaftliche Anzeigen
 und Besprechungs-Anzeigen 80 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt
 Wort 20 Pfg. (zweifach 2-fachgedruckt
 Wort), jedes weitere Wort 10 Pfg.
 Stellenangebote und Schlußanzeigen
 zeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes
 weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buch-
 staben zahlen für zwei Worte. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 15. Januar 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1981.

Scharfmacher.

Es ist wohl kein Zufall, daß an demselben Tage bei den
 Etatsdebatten im preussischen Landtag und im deutschen
 Reichstag die Vortragsführer der konservativen Partei dieselbe
 Scharfmacherrede gehalten haben. Ein Symbol für die
 deutschen Zustände ist dieses Zusammentreffen. Der Junker
 im preussischen Landtag, das ist der eigentliche Beherrscher
 Deutschlands. Was dort im Dreiklassenhaus gesprochen wird,
 das hat für die preussische Regierung die Bedeutung eines
 Befehles. Die Reichsregierung aber, das hat ja die Ent-
 hüllung Fischers aufs neue bewiesen, ist nur das dienende
 Glied, das sich an das Ganze der preussischen Junkerberrschaft
 anschließen muß, mag sie wollen oder nicht.

Im Reichstag hätten freilich die Junker an sich wenig
 Bedeutung, und man könnte die Rede, die in der Dienstag-
 sitzung Graf Westarp gehalten hat, mit Schnulchen abtun,
 wenn sie eben nicht ihre Ergänzung gefunden hätte in der
 Rede seines Fraktionsgenossen im preussischen Landtag. Dort
 aber sind die Herren in der Macht, und daß sie sich erstrecken
 dürfen im Reichstag so zu reden, wie Graf Westarp, das ist
 die Folge der Geduld des preussischen Volkes, die das preussische
 Schandwahlrecht noch immer erträgt. Die Westarps
 werden erst dann auch im Reichstag ungefährlich sein, wenn
 das gleiche Wahlrecht auch in Preußen sie auf die ihnen zu-
 kommende Schwäche reduziert haben wird.

Der konservative Dreiklassenmann ging aufs Ganze.
 Er will ein neues Sozialistengesetz, die gewalttätige Nieder-
 schlagung der deutschen Arbeiterbewegung. Der Konservative
 im Reichstag kann nicht ganz so offen reden. Er begnügt
 sich die Vereitelung des Koalitionsrechts als
 Abschlagszahlung zu fordern. Denn daß das neue Justiz-
 hausgesetz, das völlige Verbot des Streikpostens, das
 Streikrecht überhaupt aufheben würde, darüber braucht man
 ja nicht zu streiten. Wäre es etwas anderes, Graf Westarp
 würde es nicht fordern. Ist es doch ganz der Geist der Eselbier,
 der Geist des Puttkamer verruchten Angebens, der aus ihm
 sprich. Meinte Puttkamer, hinter jedem Streik lauere die
 Hydra der Revolution, so sagt Westarp, jeder Streikposten sei
 ein Erreger des Aufruhrs. Mit anderen Worten, die Kon-
 servative Partei sieht in jedem Kampf einer Arbeiterschichte
 um Verbesserung ihrer Lebenshaltung ein Verbrechen, das mit
 Gewalt unterdrückt werden muß. Es entspricht diesem Geist
 des Arbeiterhaßes und der Arbeiterverachtung, daß für diesen
 ehemaligen Polizisten die Sozialpolitik ein gefährliches Aus-
 nahmegesetz ist, das eigentlich keine Erlaubnisberechtigung hat.

Die Konservativen beabsichtigen offenbar, mit dieser er-
 neuten Hebe gegen die Arbeiterklasse den Landtagswahl-
 kampfs zu bestreiten, da offenbar das Festhalten an dem
 Schandwahlrecht allein ihnen als Wahlparole nicht genügt.
 Wir können ihnen für diese Führung des Wahlkampfes um
 so dankbarer sein, da vorläufig im Reichstag wenigstens kaum
 viel Aussicht auf Erfolg für ihre Pläne vorhanden ist. Es
 scheint aber, daß die Wiederholung dieses Antrages und seine
 Begründung noch andere Zwecke verfolgt. Die Konservativen
 spekulieren dabei auf die Gunst der industriellen Scharfmacher,
 als deren beste Hanghunde sie sich empfehlen. Die Wahl-
 gelder der schweren Industrie sind eine schöne
 Sache und sie aus den Taschen der Nationalliberalen in die
 eigenen zu lenken, schon lange ein beheres konservatives Ideal.
 Zugleich rechnen sie darauf, daß die Herren der Schwer-
 industrie ihnen die nationalliberale Partei mit größerem Eifer
 wieder zutreiben werden, wenn die Aussicht winkt, den er-
 sehten Frieden auf Kosten der Arbeiterklasse schließen zu
 können. Die Tiraden des Grafen schließlich gegen unsere
 republikanische Gesinnung sind das altbewährte Mittel, die
 Gunst des persönlichen Regiments für konservative Partei-
 zwecke sich zu sichern und damit durch die Möglichkeit einer
 gelegentlichen Herbeiführung eines Kanzlerturnes die regie-
 renden Bureaukraten in gebührenden Respekt und Gehorsam
 zu halten.

Nach Herrn Müller-Meinigen, der in der Polemik
 gegen Westarp und das Zentrum glückliche Momente
 hatte, kam als zweiter Redner der Sozialdemokrat Genosse
 Quard zum Wort. Er fertigte den Scharfmacher kurz ab
 und zeigte dann in wirksamer Weise und auf Grund eines
 reichen und unwiderleglichen Tatsachenmaterials, wie es in
 Wirklichkeit mit der „Ausnahmegesetzgebung zu Gunsten der
 Arbeiter“ aussieht. Mit Recht konnte er darauf hinweisen,
 daß gerade unsere soziale Gesetzgebung zeige, wie notwendig
 die Arbeiterbewegung ist, welche Kulturarbeit die Sozial-
 demokratie leiste. Er führte eingehend aus, daß unsere Ge-
 setzgebung selbst gegenüber solchen Missständen verlag, die
 schon seit vielen Jahren bestehen und eine große Zahl von
 Arbeitern und Angestellten aufs schwerste schädigen. Hier
 können nur die Arbeiter selbst die notwendigen Verbesserungen
 erreichen. Die Arbeiter selbst müssen in immer weiterem
 Maße an dem Ausbau unserer sozialen Gesetzgebung mit-
 arbeiten. „Die Sozialpolitik der deutschen Reichsregierung
 hat auch die allerbedeutendsten Anforderungen einer bürger-
 lichen Sozialpolitik unerfüllt gelassen“, das war das Schlus-
 surspruch, das Quard aus den angeführten Tatsachen ziehen
 konnte.

Mit persönlichen Bemerkungen, darunter einer recht ge-

pferrerten und sehr treffenden des Genossen Scheidemann
 gegen den Grafen Westarp, schloß die Sitzung.

Genosse Quard hatte in seiner Rede auch die Erwartung
 ausgesprochen, daß der Reichstag die freche konservative For-
 derung mit großer Mehrheit zurückweisen werde. Und daß
 diese Erwartung sich erfüllen werde, dafür ist die Garantie —
 das gleiche Reichstagswahlrecht. Wenn aber
 trotzdem die Konservativen, die nicht leere Schwächer sind, son-
 dern sehr ernste Feinde, immer wieder zum Angriff gegen die
 Arbeiterbewegung ausziehen, wenn sie immer wieder an die
 Gewalt appellieren, so können sie es darum, weil sie Preußen

beherrschen, beherrschen durch das Dreiklassenwahl-
 recht. So wird auch die endgültige Entscheidung nicht
 im Reichstag oder doch nicht im Reichstag allein
 fallen, sondern im Kampfe um den preussischen Land-
 tag. Das ist die Lehre der Rede Westarps, die Lehre:
 Wollt Ihr sicher sein im Besitz Eures Koalitions-
 rechts, wollt Ihr ungestört und ungehemmt Euren politischen
 und gewerkschaftlichen Kampf führen können, dann halt Euch,
 Ihr Arbeiter, das allgemeine, gleiche, geheime
 und direkte Wahlrecht für den preussischen
 Landtag!

Die Drohung der Balkanstaaten.

Immer wieder wird die Intervention der
 Großmächte in Konstantinopel hinausgezögert, und mit
 Ungeduld sieht man die Krise sich verlängern und dadurch
 allein schon sich verschärfen. Die Schwierigkeit des Eingreifens
 scheint daher zu rühren, daß England eine schärfere, Deutsch-
 land eine mildere Fassung der Note wünscht und dieses
 namentlich jeder Drohung, wie es die Ankündigung einer
 Flottendemonstration wäre, vermeiden wissen möchte. Bis
 diese Differenzen beigelegt sind, können noch kostbare Tage
 vergehen, und diese Unentschlossenheit der Großmächte muß
 die kriegerische Stimmung in der Türkei noch verstärken.

Und wieder, wie vor Ausbruch des Krieges, haben die
 Balkanstaaten nicht abgewartet, bis die europäischen
 Diplomaten ihre Beratungen zum Abschluß gebracht haben,
 sondern sind selbständig vorgegangen. Während die Mächte
 über den mehr oder weniger drohenden Ton verhandeln, haben
 die Balkanstaaten den bevorstehenden Schritt aus eigenem die
 unverhüllte Drohung hinzugefügt. Aus London
 meldet Reuters:

Die Chefs der Delegationen der Balkanstaaten haben heute vor-
 mittag in einer Konferenz beschlossen, daß gleichzeitig mit der Ueber-
 reichung der Note der Großmächte an die Türkei die Balkanstaaten
 der osmanischen Regierung eine Note überreichen werden, durch
 die sie die Friedenskonferenz aufheben. Es wurde
 gleichzeitig beschlossen, darauf hinzuwirken, daß Instruktionen an
 die Kommandanten der Heere übermittelt würden, dem
 Waffenstillstand ein Ende zu bereiten.

Der Sinn dieses Vorgehens ist klar. Die Balkanstaaten
 haben natürlich keinen Grund, die Intervention, die ja zu
 ihren Gunsten erfolgt, zu vereiteln. Aber durch ihre Drohung
 geben sie dieser Vorstellung, welche Form die Diplomaten
 auch zuletzt ausüßeln mögen, die Bedeutung eines Ulti-
 matums.

Damit hat die Balkankrise wieder eine bedrohliche
 Wendung genommen, und die Entscheidung steht auf des
 Messers Schneide. Bleibt die Türkei auch den Mächten gegen-
 über unnachgiebig, so ist schwer abzusehen, wie die Wieder-
 aufnahme des Krieges vermieden werden kann. Der Krieg
 aber würde jetzt um die Tschataldschalinie, das heißt aber
 um die Einnahme Konstantinopels geführt werden, er würde
 damit eine neue, noch stärkere Bedrohung des europäischen
 Friedens bedeuten.

Was wird die Türkei tun? Die Frage ließe sich mit
 einiger Sicherheit nur beantworten, wenn man die militärische
 Stärke und das augenblickliche Kräfteverhältnis der türkischen
 Parteien genau kennen würde, und darüber ist bei der Un-
 zuverlässigkeit der Berichte nichts ganz Sicheres zu sagen.
 Trotzdem scheint nach dem bisherigen Verlauf des Krieges, bei
 der Desorganisation der Verwaltung, der politischen Zer-
 setzung des Offizierkorps, der finanziellen Zerrüttung, der Ge-
 dankte, daß die Türkei die Kraft besäße, nicht nur sich hinter
 Tschataldscha zu behaupten, sondern auch einem erfolgreichen
 Offensivvorstoß auf Adrianopel führen zu können, höchst un-
 wahrscheinlich.

So darf man wohl annehmen, daß der Widerstand der
 Türkei weniger auf dem Vertrauen in die eigene Stärke als
 der Hoffnung auf die Uneinigkeit der Mächte und den
 bulgarisch-rumänischen Streit beruht. Dieser letztere aber
 scheint viel von seiner Schärfe verloren zu haben. So lastet
 die ganze Verantwortung auf den Großmächten, die ja die
 Verpflichtung übernommen haben, den Kampf zu Ende zu
 bringen. Bisher scheint auch die deutsche Regierung
 dieser Verantwortung gemäß gehandelt zu haben, und die
 Kritik, die an ihrem gemeinsamen Vorgehen mit den anderen
 Mächten von einzelnen bürgerlichen Blättern geübt wird,
 scheint uns wenig berechtigt. Wir Sozialdemokraten haben
 mit den diplomatischen Methoden der Herrschenden eben-
 wenig zu schaffen wie mit ihren kriegerischen. Und wie wir
 vor Ausbruch des Krieges in einer föderativen Balkanrepublik
 das Mittel zur Rettung des Krieges erblickt haben, so sehen
 wir auch jetzt in der demokratischen Republik die einzige

Staatsform, die den durcheinandergewürfelten Nationen des
 Balkans ihre nationale Freiheit und Selbstbestimmung ge-
 währleisten kann. Aber die Unfähigkeit der heute Herrschen-
 den, den Völkern die politische Freiheit und nationale Selbst-
 bestimmung zu gewährleisten, ist noch lange kein Grund, um
 wegen des Besitzes von Adrianopel neues Blutvergießen
 heraufzubeschwören. Dieses Blutvergießen mit all seinen
 unabwehrbaren ferneren Folgen würde aber unvermeidbar
 werden, falls die mühsam und unvollständig genug erzielte
 Einigkeit der Mächte durch das Sonderverhalten einzelner
 von ihnen wieder gestört würde.

Die Bedeutung der Note.

London, 14. Januar. Wie das Reutersche Bureau erfährt,
 wird die Note der Balkanstaaten so abgefaßt werden,
 daß sie nur dann Geltung haben soll, wenn die
 Bforte sich weigern sollte, dem in der Note der Mächte
 enthaltenen Rat der Mächte zu entsprechen.

Die Haltung der Mächte.

Wien, 14. Januar. (Privattelegramm des „Vor-
 wärts“.) Ein offizielles Telegramm der „Kölnischen Zeitung“
 vom 14. Januar besagt: „Eine Meldung des Reuterschen Bureaus
 aus London, wonach die Gesamtnote der Mächte unverzüglich in
 Konstantinopel überreicht werden soll, sieht im Widerspruch mit
 einer Meldung desselben Bureaus von Konstantinopel, wonach
 Deutschland die Schuldfrage, wenn in der Uebermittlung der
 Note ein Aufschub eintreten sollte. Diese Konstantinopeler Meldung
 erscheint grundlos in dieser Weise gegen eine einzelne Macht
 zugespielt. Wir glauben Grund zu der Annahme zu haben, daß
 mehrere Punkte des Entwurfes der Gesamtnote Widerungen
 ins Auge fassen, und daß über solche Auslegungen zurzeit von
 den Kabinetten beraten wird. Der Aufschub, der dadurch
 veranlaßt wird, kann nicht erheblich sein. Auch tritt kein Zeitverlust
 ein, da die Zwischenzeit dazu benutzt wird, die Wiederaufnahme der
 Feindseligkeiten durch den einen oder anderen Teil hinauszuschieben.“

Die bulgarisch-rumänischen Verhandlungen
 sind in lebhafteren Fluss gekommen. Sie werden zurzeit zwischen
 Herrn Danew und dem rumänischen Gesandten in London, Mischu,
 geführt. Für den Fall, daß in diesen unmittelbaren Besprechungen
 sich abermals ein Anstoß ergeben sollte, ist eine Vermittlung
 ins Auge gefaßt. Die Meldungen, wonach die bulgarisch-rumänische
 Frage der Entscheidung der Vorkonferenz unterbreitet
 werden soll, ist haltlos, da man an der Hoffnung festhält, daß es
 gelingen werde, zwischen Sofia und Bukarest eine Verständigung
 durch unmittelbare Verhandlungen oder nötigenfalls
 durch eine Vermittlungsstelle, die aber nicht die Vorkonferenz-
 vereinigung zu sein braucht, herbeizuführen. Eine Zuschrift der
 „Germania“ aus Wien scheint die Stellung Russlands im rumänisch-
 bulgarischen Streitfall nicht richtig wiederzugeben. Es heißt dort:
 „Russland ließ in Bulgarien andeuten, daß ein Angriff auf Bulga-
 rien den Einmarsch russischer Truppen in Rumänien und den An-
 griff der Schwarzen Meeresflotte zur Folge hätte. Ueber eine der-
 artige Drohung Russlands gegen Rumänien ist nicht das geringste
 bekanntgeworden und tatsächlich ist nach unseren Erkundigungen ein
 solcher Schritt nicht geschehen.“

Die Abreise der Delegierten.

London, 13. Januar. Das Reutersche Bureau erfährt: Die
 Drohung der Türken, morgen abzureisen, hat Anlaß zu
 vielen Erörterungen in diplomatischen Kreisen gegeben. In Balkan-
 freisen wird betont, daß kein Delegierter, ohne eine große
 Verletzung der Etikette zu begehen, abreisen könne,
 bevor noch eine Sitzung der Friedenskonferenz einberufen sein würde,
 auch wenn dies nur geschehen sollte, um die Verhandlungen
 in aller Form abzubrechen. Man erklärt, daß jeder andere
 Weg als eine Nichtachtung gegen das Land, in welchem
 die Konferenz abgehalten wird, und gegen ihren Ehren-
 präsidanten, Sir Edward Grey, angesehen werden müßte.

Die rumänische Frage.

London, 14. Januar. Nach einer Konferenz, die gestern
 in Sachen der rumänischen Frage stattfand, erklärte der
 rumänische Gesandte Mischu, daß zwischen Bulgarien und
 Rumänien keine Differenz vorhanden wäre, die sich
 nicht verhältnismäßig leicht beseitigen ließe.

Optimismus in Rußland.

Wien, 14. Januar. Die „Politische Korrespondenz“ erhält von russischer Seite aus Petersburg eine Mitteilung, wonach in maßgebenden russischen Kreisen, trotz der bisherigen Haltung der Pforte, die Fortsetzung des Krieges für ebenso unwahrscheinlich gehalten wird wie die Annahme, daß durch die rumänisch-bulgarische Frage ein neuer Abschnitt der Balkankrise eröffnet werden könnte. Die Mächte betrieben, so heißt es in der Mitteilung, ihre Aufgabe, Frieden zu stiften, mit einer Aufrichtigkeit und einer Eindringlichkeit, von denen man sich die Ueberwindung der letzten Widerstände versprechen darf. Bei einer Auffassung der allgemeinen Lage, die auf eine günstige Entwicklung in jeder Hinsicht hoffe, wäre für die russische Regierung kein Beweggrund zur Erweiterung ihrer militärischen Vorkehrungen vorhanden. Hinsichtlich der Armee seien weder Verfügungen getroffen noch in Erwägung gezogen worden, welche den Rahmen des gegenwärtigen Zustandes überschritten.

Die jungtürkischen Umtriebe.

Konstantinopel, 13. Januar. Die in den letzten Tagen umlaufenden Gerüchte über einen beabsichtigten Putsch der Jungtürken nahmen heute eine solche Ausdehnung an, daß sogar die Polizeipräsidentur ernstlich daran glaubte und Militär requirierte, welches zur Pforte, zum Kriegsministerium und anderen wichtigen Punkten eilte. Eine Kavallerieschwadron durchritt eilends die Straßen von Pera, um nach Stambul zu gelangen. Ein Bataillon besetzte die Pforte selbst. Die Untersuchung konnte noch keinen Beweis dafür erbringen, daß wirklich ein Angriff auf die Pforte oder Demonstrationen beabsichtigt gewesen wären. Man behauptet, daß der Großvezir Drohbriebe erhielt, die ihn zur Demission aufforderten.

Eine Warnung.

Konstantinopel, 14. Januar. Ein Communiqué des Militär-gouverneurs droht den Journalisten, die durch falsche Nachrichten über die gegenwärtige Lage die öffentliche Meinung erregen und die Regierung vor Europa diskreditieren sowie anderen Verbreitern falscher Nachrichten und Agitatoren die strengste Verurteilung an.

Blocklehnhüchte und Knebelgesetze.

Nach 8 1/2 stündiger Sitzung wurde am Dienstag die erste Lesung des Etats durch einen Schlußantrag abgebrochen, der dem zweiten Redner der Polen und der Sozialdemokratie das Wort abschneidet. Genosse Vorchardt geißelte in einer Bemerkung zur Geschäftsordnung die unfaire Handlung als einen Mißfall in die berechtigten Gemütsheiten von früher. Nicht die geringste Notigung liege vor, die Debatte so verfrüht und unter solcher Benachteiligung der Sozialdemokratie zu schließen, der damit die Möglichkeit genommen sei, sofort auf die vielfältigen gegen sie gerichteten Angriffe und Scharfmachereien gebührend zu antworten. Die Anwendung der Guillotine des Schlußantrages sei aber offenbar ein Ausfluß der reaktionären Wahlmagog. Unter den abgegangenen Rednern befand sich übrigens auch der dritte Zentrumsredner Graf Praschna. Unser Protest gegen die eigenartige Gestaltung der Rednerfolge hat wenigstens den Erfolg gehabt, daß der dritte Zentrumsredner ordnungsgemäß in die dritte Serie eingereiht wurde.

Der einzige Redner, der in dieser endlosen Sitzung den Etat und die politische Lage von großen Gesichtspunkten aus und mit grundsätzlicher Schärfe beleuchtete, war Genosse Liebknecht. Die „Münchener Hay“ des Zentrums behandelte er mit ähnelndem Pöhn. Wenn es den lärmenden Zentrumsmännern faktisch Ernst mit der Aufhebung des Jesuitengesetzes sei, würde es ganz anders auftrumpfen, und vor allen Dingen auch dem Dreiklassenhaufe eine ganz andere Zusammenfassung zu geben versuchen. Aber von der Jesuitenfrage freite ja das Zentrum nachgerade seine politische Existenz. Als Unwahrscheinlichkeit sondergleichen aber verbien es festgesetzt der Sozialdemokratie den ernstlichen Willen zur Beseitigung auch dieses Ausnahmengesetzes zu bekunden. Die Konservativen, die ihre schwarzen Blutbrüder ja gut genug kennen müßten, hören dem Zentrum statt der Aufhebung des Jesuitengesetzes ein Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokratie an. Auch die Nationalliberalen verhielten sie mit diesem Gesetzen zu fördern, und diese Sorte Liberaler scheine ja auch gar nicht abgeneigt, sich auf dem Boden der brutalsten Arbeiternebelung mit den Junkern zusammenzufinden.

Wie sehr unser Genosse damit ins Schwarze getroffen hatte, beständige nachher denn auch der nationalliberale Abgeordnete Vohmann an, dessen Rede — abgesehen von dem der Jesuitenfrage gewidmeten Teil — nichts war als ein einziges brünstiges Liebeswerben um die Günst der Konservativen. Sogar einem neuen Ausnahmengesetz war Herr Vohmann durchaus nicht abhold, wenn dadurch nur endlich der durch die Reichsfinanzreform entstandene Miß zwischen Junkern und Schlotbaronen wieder überbrückt werde. Von der Zulassung der Jesuiten will dagegen Herr Vohmann ebenso wenig wissen wie der freikonservative Graf Moltke. Aber während der freikonservative Redner im professoralen Ton an geschichtlichen Beispielen die Gemeingefährlichkeit der jedem Spieler so unheimlichen Gesellschaft Jesu doktrinierte, gab Herr Vohmann seinen Exempel von der verwerflichen Jesuitenmoral durch einen gewagten Ausflug ins Erotische einen Stich ins Pilante.

Dazwischen brachte der Freiherr v. Krini-Bajedom sein habnenäckerndes Scharfmachereien an den Mann und Herr Vorchardt gebrauchte geschlagene zwei Stunden, um die breite Bettelnappe der Jesuiterei nochmals grünlich durcheinander zu rühren. Die Frage der preussischen Wahlreform, auf die Genosse Liebknecht die ultramontanen Sudelbäche doch so energisch mit der Kaise gestossen hatte, tat auch der zweite Zentrumsredner mit ein paar stützigen Bemerkungen ab — eine erneute Bekätigung der Feststellung Liebknechts, daß der ganze Jesuitenummel — handelt es sich im Abgeordnetenhaus obendrein doch nur um die Ausführungsbestimmungen zum Jesuitengesetz — dem Zentrum nur dazu dient, die niederträchtigen Wahlrechtsveränderungen des Zentrums in Vergangenheit und Gegenwart in Vergessenheit zu bringen!

Daß der letzte Redner, Herr Vachnische, die verflachte Debatte wieder auf die Höhe einer grundsätzlichen politischen Auseinandersetzung bringen werde, war ja bei diesem höchst temperierten Schönredner nicht zu erwarten. Zwar zog der fortschrittliche Redner gegen das Wahlreformprogramm des Herrn von Jellby mit erklendem Aufwand von Worten und Rednerpathos zu Felde; aber statt dessen perfide Absichten, das inzwischen durch seine eigenen Abschlüsse diskreditierte Dreiklassenwahlrecht wieder in der „alten Reinheit“ der Suprematie des Geldsacks und der totalen Entrechtung des Proletariats wiederherzustellen, zu kennzeichnen, suchte er dazutun, daß doch gerade der Geldsack nicht mehr stets und überall vorherrschend und daß der Mittelstand meist den Ausschlag zwischen Reich und Arm gebe. Als ob's nicht just das sei, was der freikonservative Scharfmacher

durch eine künftige Wahlreform herbeigeführt wissen will! Er hofft ja gerade, durch die Vorherrschendheit des Geldsacks mit Hilfe des „Mittelstandes“ die große Mehrheit der Besitzlosen total entrediten und bergewaltigen zu können!

So war es nur der sozialdemokratische Redner, Genosse Liebknecht, der alle reaktionären Anschläge, alle scharfmacherischen Annahmen, alle reaktionären und pseudoliberalen Nachschüssen und alle Wahlmagog des bürgerlichen Klüngels klar und rücksichtslos an den Pranger stellte. Er allein zeigte, wie die ganze Politik der ausschlaggebenden Parteien nichts ist, als ein Scharfbieten in Arbeiterfeindschaft, eine einzige Verschwörung gegen die ausgeplünderten und entrediteten Volksmassen, ein einziges Komplott gegen die Wahlreform! Aber nicht nur Arbeitertrau und Verhöhnung der Rechtsforderungen der Volksmassen bereitet die in ihrem Absolutismus sich bedrohend fühlende preussische Reaktion von Seydewitz bis Friedberg dem preussischen Volke, sondern dazu neue Knebelgesetze!

Eine stimmungsvolle Einleitung zu den Neuwahlen! Das preussische Volk wird die Antwort nicht schuldig bleiben!

Die Demission Millerands.

Paris, 12. Januar. (Fig. Ver.)

Millerand hat seine Demission überreicht und Poincaré hat sie angenommen. Diese Entscheidung war zu erwarten. Poincaré hatte seine Kandidatur für die Präsidentschaft mit raffinierter Geschicklichkeit vorbereitet. Vorerst hatte sein Anhang die siltige Kandidatur Bourgeois in den Vordergrund gestellt. Die Ablehnung Bourgeois' war zu erwarten, auch wenn nicht Intrigen radikaler Parteihäuptlinge den empfindlichen Mann abgeschreckt hätten. Aber diese repräsentative Kandidatur hinderte die Radikalen, die Einigung auf eine andere Persönlichkeit ihres Kreises zu suchen. Als Bourgeois nein sagte, trat Poincaré als „republikanischer Kandidat“ hinter dem Wandschirm hervor. Die Operation ließ sich auf das glücklichste an. Wohl murzte der alte Ribot, der sich von Poincaré selbst hatte düpierten lassen. Aber im radikalen Lager ging alles drunter und drüber. Der Anhang Briand's, der für seinen Herrn auf die Nachfolge in der Ministerpräsidentschaft hoffte, legte sich für Poincaré mit aller Macht ins Zeug, die kapitalistische Presse arbeitete erfolgreich daran, die oppositionslustigen Radikalen durch die aufgerührte „öffentliche Meinung“ zugunsten Poincarés einzuschüchtern, von rechts und links sah man dem „nationalen“ Präsidenten die Arme entgegenstrecken. Der Glockenguß schien gelungen. Da warf Millerand kalten Blutes ein Sandkörnchen in die Waage.

Die Verurteilung Poth du Clams zu Diensten in der Territorialarmee hätte auch unter anderen Umständen Värm gemacht, in diesem Augenblick aber mußte sie explosive Wirkungen hervorrufen. In seinem berühmten Anklagebrief hat Emile Zola den damaligen Major Poth als den eigentlichen Urheber des an Dreyfus verübten Justizmordes hingestellt. Er sagt dort:

„Poth ist der unedelste, komplizierteste Geist, von romantischen Intrigen besessen. Er gefaßt sich in den Mitteln des Kolportageromans: gestohlenen Papieren, anonymen Briefen, Rendezvous an einsamen Plätzen, geheimnisvollen Damen, die nächtlich erdrückende Gewerkschaften herbeibringen. Er ist es, der es erlommen hat, Dreyfus das Vorderau zu diktiert. Er hat davon geträumt, ihn in einem ganz mit Spiegeln besetzten Zimmer zu studieren. Er ist es, den der Kommandant Forzielli und zeigt, wie er mit einer Blendlaterne zum schlafenden Angellagen eindringen will, um sein Gesicht mit einer plötzlichen Lichtstut zu überschwemmen und so, im Schreden des Erwachens, sein Verbrechen zu ertappen. Und ich habe nicht alles zu sagen. Man suche und man wird finden. Ich erkläre einfach, daß der Kommandant du Poth de Clam, der als Justizoffizier mit der Untersuchung der Affäre Dreyfus beauftragt war, der Zeit und dem Grad der Verantwortlichkeiten nach der erste Schuldige des furchtbaren Justizirrtums ist. . . Wohl ist da der Kriegsminister General Mercier, dessen Intelligenz mittelmächtig scheint, der Generalstabschef General Boisdeffre, der seiner heroischen Leidenschaft gefolgt zu sein scheint, der Sous-Chef des Generalstabs General Gonse, dessen Gewissen sich mit gar manchen Dingen abfinden sollte. Aber im Grunde ist es doch nur der Kommandant du Poth, der sie alle führt und hypnotisiert, denn er beschäftigt sich auch mit Spiritismus und Okkultismus und verkehrt mit Geistern. . .“

Alles in allem scheint man es bei du Poth mit einem unter Umständen gemeingefährlichen Monomanen und Phantasten zu tun zu haben — auch Zola ist geneigt, ihm Unzuverlässigkeit zugestehen. Wenn Millerand es nun für zweckmäßig gefunden hat, seine Mitarbeit an der Landesverteidigung in Anspruch zu nehmen, so mag diese Verfügung seltsam erscheinen, auch wenn kein besonderer Grund vorhanden scheint, ihn allein von der allgemeinen Amnestie womit die Dreyfusaffäre erledigt worden ist, dauernd auszuschließen. Aber du Poth hat doch eben in dieser Affäre eine so hervorragende Rolle gespielt, daß seine Wiedereinsetzung jedenfalls Aufsehen erregen mußte, und in einer politisch so bedeutungsvollen Zeit wie die der Präsidentschaftswahl, als politischer Akt gedeutet werden konnte. Darum glaubt auch kein Mensch daran, daß Millerand, wie er behauptet, voll Harmlosigkeit die Wiedereinsetzung lediglich als administrative Bagatelle zu betrachten und sie deshalb seinen Kollegen nicht zuvor unterbreitet hätte. Und da eine Gunstbeziehung gegen die Merikalen Kreise der Armee durchaus in der Linie der Millerandschen Armeepolitik liegt, so schien hier vermöge der ministeriellen Solidarität die ganze Frage der Merikalisierung des Heeres auf die Tagesordnung gestellt und Poincaré gezwungen, unmittelbar vor der Präsidentschaftswahl öffentlich zwischen der nationalistischen und der antikerikalen Politik zu wählen.

Seinen Wahlhelfern kam dieser Zwischenfall natürlich höchst unlegen und sowohl die gemäßigten wie die briandistische Presse suchte ihn als administrative Bagatelle zu behandeln. Aber die Gambisten fürzten sich hochfreud auf die Millerandsche Verfügung, die sich als Alarmsignal für den desorganisierten Radikalismus brauchten ließ und es bestand die Gefahr, daß in einer der beiden Parlamentsitzungen vor der Präsidentschaftswahl, am Dienstag oder Donnerstag, eine Interpellation eine Ministerkrise hervorrufen würde. Millerand erklärte zwar, persönlich die Verantwortung für seinen Akt übernehmen zu wollen, aber das hätte Poincaré nicht davor bewahrt, selbst zu einer Erklärung gezwungen zu werden. Und da im Ministerrat der Akerbaunminister Pams, der sich selbst Hoffnung darauf macht, als der Kandidat der Radikalen in Versailles gewählt zu werden, die Gelegenheit benützte, das Kampfbrot des Antikerikalismus zu besteigen und mit seiner Demission drohte, die Poincaré bei der ganzen radikalen

Linken kompromittiert hätte, blieb dem Ministerpräsidenten nichts übrig, als Millerand auszuschießen.

Für die Anhänger Poincarés auf der Linken scheint damit die Möglichkeit, ihr Eintreten für diesen durchaus gemäßigten Politiker mit dem antikerikalen Prinzip zu vereinbaren, erhalten. Gleichwohl scheinen die Aussichten Poincarés durch den Zwischenfall verschlechtert. Es ist sehr leicht möglich, daß jetzt Angehörige der Rechtsparteien, die für ihn zu stimmen bereit waren, zu seinem gemäßigten Gegenkandidaten übergehen. Hat Millerand dies im Auge gehabt? Oder denkt er am Ende daran, im letzten Augenblick als reaktionärer Kandidat seinem „Freund“ Poincaré entgegenzutreten, so wie dieser seinen „Freund“ Ribot überrascht hat? Bemerkenswert ist, daß die Stimmung für Poincaré in den letzten Tagen auch auf der Linken erheblich ungünstiger geworden ist. So greift in der heutigen „Humanité“ Jaurès ihn heftig an, besonders auch wegen seiner auswärtigen Politik, die er anlagt, die Bahn der Vermittlung und der Mäßigung verlassen und sich durch die bedingungslose Unterstützung der Bulgaren und der Griechen in den Dienst Zwoloffs gestellt zu haben.

Jaurès schließt seinen Artikel mit der Frage: „Sind wir also bestimmt, im Innern die Sklaven der Reaktion und im Außern die Sklaven Rußlands zu werden?“

Der Mitwiffer Millerands.

Paris, 14. Januar. Der Minister des Innern Steeg teilte einem Berichterstatter mit, daß er gegen Ende Dezember von der bevorstehenden Wiedereinsetzung du Poth de Clams gehört und dem Kriegsminister Millerand sein Ersauern darüber ausgedrückt habe. Millerand habe geantwortet, er könne nichts mehr ändern, da Poth de Clam schriftliche Zusicherungen von dem früheren Kriegsminister Reffing erhalten habe. Als er ihn aufforderte, die Verfügung wenigstens zu verschieben, habe Millerand abermals erklärt, daß dies nicht in seiner Macht liege. Auf die Frage, warum er den Ministerpräsidenten von dem Vorhaben Millerands nicht verständigt habe, erklärte Steeg, er habe seinen Kollegen nicht denunzieren wollen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Januar 1913.

Ueber den Termin der Landtagswahlen

bemerkte jetzt auch die „Nordd. Allg. Ztg.“: Bei einer Besprechung zwischen dem Präsidenten des Preussischen Abgeordnetenhauses und den Führern der bürgerlichen Parteien wurde mitgeteilt, daß die Urwahlen zum Abgeordnetenhaus voraussichtlich am 14. Mai stattfinden würden, doch sei ein definitiver Entschluß noch nicht gefaßt.

Jesuitische Schwindeleien.

Dem Zentrum behagt die Stellung der Sozialdemokratie zum Jesuitengeheiß nicht. Es wäre den schwarzen Gefellen viel lieber, wenn wir und einreihen in die Schar der Kulturkämpfer und Jesuitenfeinde. Dann behielt das Zentrum erstens sein liebes Jesuitengesetz und damit sein bewährtestes Agitationsmittel zur Aufpeitschung der Volksseele, und dann hätte es Gelegenheit, auf die Sozialdemokratie loszugehen und sie noch mehr als bisher als den Feind von Glauben und Kirche hinzustellen. Da man die Sozialdemokratie dem Zentrum dieser Gefallen nicht tut, sondern sich fern hält von der Kulturkämpferei und Jesuitenhege, so versucht seine Presse, wenigstens eine jesuitenfeindliche Richtung in der Sozialdemokratie zu konstruieren, die sogenannte Kölner Richtung, die sich angeblich in einer von den Kölner Genossen veranstalteten Versammlung offenbart hat. In dieser Versammlung haben, wie der „Vorwärts“ schon berichtet hat, die Reichstagsabgeordneten Hofrichter und Erdmann über das Jesuitengesetz geredet, und zwar so, wie es unserer bisherigen Haltung in dieser Frage und unserem Parteiprogramm entspricht: in Sinne einer bedingungslosen Aufhebung des Jesuitengesetzes und einer ebenso bedingungslosen Abgabe an alle irgendwie gearteten Ausnahmengesetze politischer oder religiöser Art. Allerdings unterließ bei dieser Gelegenheit Genosse Hofrichter nicht, die Heuschrecke des Zentrums zu kennzeichnen, dem der jetzige Jesuitenspektakel lediglich ein politisches Manöver sei und das im übrigen kein Bedenken trage, wegen ein paar hundert Jesuiten die Welt in Bewegung zu setzen und zur selben Zeit gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften brutale Gewalt- und Unterdrückungsmittel anzuwenden. Und Genosse Erdmann wies darauf hin, daß die Jesuitenfrage bei uns weit überwogen werde durch die Frage: wie befreien wir das Volk von jesuitischem und Merikalem Geiste durch die Entfröschung des Staates und der Schule. Der über die Kölner Versammlung in der „Rheinischen Zeitung“ veröffentlichte ausführliche Bericht und der Wortlaut der dort gefaßten Resolution läßt über den Zweck der Versammlung und die Anschauungen der Redner gar keinen Zweifel. Nichtsdestoweniger liest die „Germania“ ihren Lesern immer wieder Artikel auf, die den Anschein erwecken sollen, als ob sich die Kölner Versammlung gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes gerichtet habe. Verschiedene Richtungen in der Sozialdemokratie“ betreibt sich ihre neueste Leistung, die folgenden Satz enthält:

„Als Hauptgrundsätze der „Kölner Richtung“, als deren Wortführer besonders der Reichstagsabgeordnete Dr. Erdmann austritt, lassen sich folgende bezeichnen: Der Weltanschauungskampf ist dem politischen und wirtschaftlichen Übergeordnet, daher ist in erster Linie das Zentrum zu bekämpfen, ganz besonders aber die Jesuiten, dagegen sind alle Religions- oder Zentrumsgegner im Großblock willkommen.“

Einen solchen Unsinn hat weder Dr. Erdmann noch sonst ein Kölner Genosse je geredet. Die Kölner Sozialdemokratie unterscheidet sich in der Jesuitenfrage nicht im mindesten von der Haltung der Gesamtpartei. Wenn sie ihren Kampf besonders gegen das Zentrum richtet, so deshalb, weil dieses im Rheinlande der Hauptgegner ist. Und daß die Kölner Genossen diesen Kampf mit Erfolg führen, kann Herr Karl Trimborn, der Abgeordnete von Köln, der „Germania“ bestätigen.

Zum Wahlstandal in Schwyz.

In der „Danziger Zeitung“ veröffentlichte vor einigen Tagen ein Herr Dr. Keller, Mitglied des deutschen Wahlausschusses in Schwyz, die Erklärung, daß ihm von dem vertraulichen Schreiben dieses Ausschusses, das wie in Nr. 5 des „Vorwärts“ abgedruckt haben, nichts bekannt sei.

Herr Keller schreibt:

„Ich selbst gehöre als Wahlkreisobmann der nationalliberalen Partei dem hiesigen deutschen Wahlausschuß an und erkläre im eigenen und im Namen vieler Mitglieder des Ausschusses, daß wir von der Erstanz eines solchen vertraulichen Schreibens erst durch die Veröffentlichung des „Vorwärts“ Kenntnis erhalten haben. Sollte demnach ein solches Schreiben wirklich an bestimmte Personen abgegangen sein, wofür den Beweis zu erbringen wir dem „Vorwärts“ überlassen, so ist dies

ohne unser Wissen und unter Mißbrauch des Namens unserer Vereinigung geschehen! Wir erklären dabei uneingeschränkt, daß wir zur Abfassung und Absendung eines solchen Schreibens niemals unsere Zustimmung gegeben haben würden, wie wir auch allen Maßnahmen, die zur Ungültigkeitserklärung der Wahl geführt haben sollen, durchaus fernstehen. Wir wollen selbstverständlich den Sieg des deutschen Kandidaten in unserm Wahlkreise und arbeiten mit allen unseren Kräften dafür, wir wollen aber nur mit ehelichen Waffen siegen und kämpfen nur mit solchen. Demnach trifft uns der und gemachte Vorwurf, wir hätten mit verwerflichen Mitteln gesiegt, schwer und mit Unrecht.

Hieran knüpft Herr Keller die Aufforderung, daß der „Vorwärts“ den Beweis seiner Behauptung mit Namensnennung anzutreten soll. Wenn das nicht geschehe, müsse das Schriftstück für eine Fälschung angesehen werden, durch die der „Vorwärts“ mystifiziert wurde.

Wir haben darauf bei unserem Mitarbeiter, der uns die betreffende Notiz aus Schwyz überfand, angefragt und erhalten folgende Antwort:

„Uns scheint diese Erklärung des Herrn Dr. Keller viel weniger ein Protest gegen den „Vorwärts“, als gegen den deutschen Wahlschusch zu sein, dessen Mitglied er ist. Es ist doch mehr als eigentümlich, daß Herr Keller seine Frage an den „Vorwärts“ richtet, da dieser ihm viel besser von dem Wahlschusch in Schwyz beantwortet werden könnte! Das wäre doch eine Verschmierung des „Vorwärts“ sondergleich, wenn der gesamte deutsche Wahlschusch das vertrauliche Zirkular verleugnet hätte. Leider ist das nicht geschehen! Obwohl man als selbstverständlich annehmen muß, daß Herr Dr. Keller sich doch wohl schleunigst an die rechte Schmiede gewendet hat.

Wenn Herr Dr. Keller jetzt so entschieden von dem deutschen Wahlschusch abtrüdt, so könnte man vielleicht verwundert fragen, warum das so spät geschieht? Dazu bietet die Vorgänge bei der Wahl im Januar 1912 nach dem einstimmigen Votum des Reichstages doch schon genügenden Anlaß. Allerdings versteht man ja nach der Schwyer Methode die Spuren gut zu verwischen. Die Tatsache steht doch fest, daß 729 Stimmen für von Sah-Jaworski widerrechtlich für ungültig erklärt worden sind. Wer das veranlaßt hat, das hat selbst das Graudenger Schwurgericht, das sich mit den Folgen jener Wahl beschäftigte, trotz aller Mühe nicht ermitteln können. Wie jene Ungesetzlichkeit geschah, dafür gibt das eidlische Zeugnis des Lehrers und Wahlvorstehers Krause in jenem Prozeß einen lehrreichen Einblick. Er bekundete nämlich, daß ihm im Wahllokal ein Zettel übergeben sei, nach dem alle Stimmzettel, auf denen v. Sah nur mit einem „s“ gedruckt war, für ungültig erklärt werden sollen. Von wem ihm dieser Zettel übergeben wurde, wußte der Zeuge jedoch nicht.

Uebrigens ist nicht recht verständlich, daß Herr Dr. Keller seine Erklärung nur gegen den „Vorwärts“ richtet; besitzt doch dieser leider nicht die Priorität der Veröffentlichung des vertraulichen Zirkulars. Der polnische „Piłsudski“ und das in Danzig erscheinende „Merikale Westpreussische Volksblatt“ veröffentlichten das vertrauliche Schreiben bereits am 4. Januar! Das „Westpreussische Volksblatt“ kam am 7. Januar dann nochmals auf die Veröffentlichung zurück und gab auch im Wortlaut das andere Zirkular des deutschen Wahlschusses wieder, das am 8. Januar im Deutschen Reichstage eine Rolle spielte und also gewiß nicht als gefälscht verleugnet werden kann.

Es hat folgenden überaus drastischen Inhalt:

„Schwyz, den 26. Dezember 1912.

Lieber deutscher Landemann!

Wir bitten bei dem Wahlschusch am Wahltag noch folgenden zu beachten:

Kein verzogener polnischer Wähler darf wählen!

Jeder polnische Wähler, dessen Schreibweise (Vorname und Name) nicht auf das genaueste mit der Liste übereinstimmt, muß zurückgewiesen werden.

Jeder polnische Wähler, der nicht von mindestens zwei deutschen Mitgliedern des Wahlvorstandes gekannt wird, muß sich durch amtliche Papiere legitimieren.

Jeder in der Wählerliste stehende deutsche Wähler ist legitimiert und darf wählen. Bei allen Beschlüssen und Entscheidungen des Wahlvorstandes ist stets für die deutsche Sache zu stimmen.

Nicht theoretische Gerechtigkeit, sondern der Sieg der deutschen Sache sei die Parole.

Deutscher Wahlschusch.“

Das Zentrumblatt bleibt auch jetzt gegenüber der gegen den „Vorwärts“ gerichteten Erklärung des Dr. Keller bei allen seinen Angaben und behauptet, daß noch andere vertrauliche Schriftstücke existieren. Im Schwyer „Arbeitsblatt“ ist ein Aufruf des deutschen Wahlschusses vom Schulrat Kiehn ergezeichnet. Das Blatt fragt, warum dieser Herr nicht eine Reueerklärung in der Angelegenheit für geboten erachtet? Diesem Wunsch können wir uns durchaus anschließen. Da Herr Dr. Keller auf die Feststellung der Wahrheit so hohen Wert legt, wendet er sich vielleicht an diese ihm so sehr nahe Adresse!

Kaufmännige Volksvertreter.

Der heftige Landtagsabgeordnete Dr. Winkler-Oppenheim, heftig-liberaler Richtung, teilt in der Presse mit, er habe dem fortschrittlichen Abgeordneten Justizrat Grünwald-Siegen eine „schwere Forderung“ überbringen lassen; dieser habe aber abgelehnt, sich zu schlagen. Winkler bezeichnet „ein solches Verhalten als einen Akt der Feigheit“.

Die Differenzen zwischen den beiden Abgeordneten, die nach Ansicht Winklers nur mit Blut ausgeglichen werden können, sind in der Zweiten Kammer entstanden. Der schwarzblaue Bloch erklärte Mitte Dezember die Wahl des national-liberalen Abgeordneten Krebel, der infolge reichlicher Freierwählenden mit 15 Stimmen Mehrheit über den Genossen Dosenzahl siegte, für gültig. Der Wortführer der freibererlichen Mehrheit war Dr. Winkler, der dabei in propagandierender Weise den Wortführer der Minderheit, den fortschrittlichen Abgeordneten Grünwald angriff. Grünwald lehnte es ab, sich mit Winkler auseinanderzusetzen, denn er nehme, er werde W., falls er den Vorwurf außerhalb des Hauses wiederholte, hinter die Ohren schlagen. Dieses liebliche Duett trug beiden Kontrahenten je zwei Ordnungsrufe ein.

Dr. Winkler, ein itrecksamer Reichsverbänder, hat durch seine Manieren und seinen Ton schon zu wiederholten Malen Anlaß zu unliebsamen Austritten im Landtage gegeben.

Eine offiziöse Beschwichtigungsnote.

Dresden, 14. Januar. Der sächsische Landesdienst meldet: Von zuständiger Stelle erfahren wir, daß die sächsische Regierung den in der Geiststeuerfrage gegen den Reichslanzler gerichteten Prohegnissen fernsteht. Sie hofft, daß es im vertrauensvollen Zusammenarbeiten der Verbündeten Regierungen mit dem Reichslanzler gelingen wird, eine auch die sächsische Regierung befriedigende Lösung der schwierigen Frage zu finden.

Hoffen und Harren . . .

Der elsass-lothringische Landtag

hat am Dienstag seine Arbeit wieder aufgenommen. Infolge des Beitritts einiger unabhängiger Merikalen ist der Lothringer Bloch die zweitstärkste Fraktion im Parlament, und er erbob Anspruch auf den ersten Vizepräsidenten. Der Zentrumabgeordnete Ricklin wurde Präsident, der Lothringer Labrois erster und Genosse Böhle zweiter Vizepräsident. Die Liberalen, die bisher den zweiten Vizepräsidenten stellten, haben im Bureau ebenso wie die übrigen Fraktionen je einen Schriftführer.

Mittwoch beginnt die Generaldebatte über das Budget. Das im Parlament lufierende Gerücht, die Zentrumspartei würde in einer Erklärung den Abg. Wetterlö, der eine Gegereigentour in Frankreich abgedruckt hat und der der heutigen Sitzung beiwohnte, abschwächen, beschäftigte sich nicht, trotzdem sämtliche Zentrumabgeordnete den Abg. Wetterlö laus angriffen. In einer der letzten Kummern des Wetterlö'schen Organs hieß es noch, daß die Gefinnungsgenossen von Wetterlö sich von den unberühmten Sprohlingen der Hungerleider, die nach dem Unglück von 1870 in Elsass-Lothringen vorhanden sind, kein Stillschweigen auferlegen lassen. Diese Deklaration kommt dem Zentrum bei den neuen Debatten über Gehaltsaufbesserung der Geistlichen und bei der Lehrer- und Beamtenbeförderungsvorlage sehr unangelegen.

Zunahme der Viehseuchen.

Die herrschenden Parteien praktizieren einen sogenannten Schuß der nationalen Arbeit. Die deutsche Landwirtschaft kann angeblich den Inlandsbedarf an Vieh und Fleisch selbst decken. Kurz zu diesem Zwecke, so sagt man, sei die Wesperrung der Grenzen gegen die Einfuhr geboten und unerlässlich. Und wir betreiben die Grenzsperrung gründlich. Was aber ist das Resultat? Der Viehbestand geht zurück, die Viehseuchen dehnen sich aus! Eine im „Reichsanzeiger“ (4. Januar 1913) veröffentlichte Uebersicht konstatiert eine enorme Ausbreitung der Seuchen. Die Maul- und Klauenseuche herrschte auf 249 Gehöften, darunter waren 92 Gehöfte neu verseucht. Ein noch viel traurigeres Bild bietet der Gesundheitszustand des so sorgsam gegen die Einschleppung von Seuchen aus dem Auslande geschützten „nationalen“ Schweines. Als mit der Schweineseuche und Schweinepest heimgefuhrte Seuchstoffe waren 1542 ermittelt. Fast ein Drittel darunter, nämlich 458 Gehöfte waren als verseucht gemeldet worden! Das Hauptkontingent der verseuchten Gehöfte stellt Preußen, und darin sind es wieder die östlichen Provinzen, die mit den größten Anteilen heraudragen. Diese Erscheinung mit Seuchen im Auslande in ursächlichen Zusammenhang zu bringen, ist nicht gut möglich.

Wenn die Seuchen weiter nach der bewährten Praxis der Grenzsperrern bekämpft werden sollen, dann wird man einen durchgreifenden Erfolg sicherlich dann konstatieren können, wenn die nationale Wirtschaftspolitik das Vieh in Deutschland vollständig hat aussterben lassen. Dann hat man natürlich auch die Seuchen überwunden — und das Volk ist verhungert.

Schweiz.

Gegen den Luftmilitarismus.

Bern, 12. Januar. (Fig. Ver.) Die Schweiz entbehrt bis jetzt des Luftmilitarismus, und man mußte sich bei der eigenartigen Stellung, die das Land unter den europäischen Staaten einnimmt, in der Tat fragen, welchen Wert eine Luftschifferabteilung da haben könnte. Auch in jenem Teil der militärischen Kreise, der sich noch eine Dosis gesunden Menschenverstandes bewahrt, ist man von der Notwendigkeit der Militärluftschiffahrt nicht überzeugt. Der Größenwahn ließ indes die Militärgewaltigen nicht schlafen. Vor einiger Zeit wurde eine Nationalversammlung einberufen, um freiwillige Beiträge für den hehren Zweck zu erhalten. Eine Schokoladenfabrik fand weiter, daß sich bei dieser Gelegenheit ein gutes Kellamegegeschäft machen ließe, und sie schenkte dem Bund einen Kerosinplan, dessen Kosten selbstverständlich aus dem Mehrwert bestritten worden sind, den die schlecht entlohnnten Schokoladenarbeiter den Unternehmern herauswirfteten. Für das Frühjahr ist ein Bundeskredit angekündigt, da die freiwilligen Beiträge unserer Patrioten zur Installation der Flotte nicht ausreichen dürften.

Gegen dieses größtentwähnsinnige Treiben veröffentlicht die sozialdemokratische Parteileitung soeben einen Aufruf. Der Aufruf berweist auf die bisherigen Militärlasten, die von Jahr zu Jahr immer weiter angewachsen sind, bezeichnet die neuesten Extravaganzen der Militaristen als eine blöde Nachahmung militärischer Einrichtungen der Großmächte, führt die Konsequenzen des ersten Schrittes in der Frage der Luftschifferabteilung an und geißelt den Widerspruch, daß alle Erfindungen und technischen Errungenschaften in erster Linie in den Dienst des Militarismus gestellt werden, mit den Worten: „Ein Wunderwerk menschlichen Schöpferdranges und vorgeführter Technik, das zwar noch nicht aus dem Stadium des bloßen Versuches und rein sportlichen Nervenkitzels heraus ist, aber berufen ist, die Grenzen zu überbrücken, die Völker einander näher zu bringen und ihnen die drückenden Lasten militärischer Rüstungen von den wankenden Schultern zu nehmen, soll nun auch in der Schweiz, in unserem kleinen, um seine wirtschaftliche Existenz so schwer kämpfenden Lande offiziell in den Dienst des Molochs, des Militarismus gestellt werden.“

Frankreich.

Die Sozialdemokratie und die Präsidentenwahl.

Paris, 14. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die sozialistische Fraktion beschloß im Kongress zu Versailles, bei der Wahl des Präsidenten der Republik im ersten Wahlgang für Genossen Bailant zu stimmen. Der morgigen Vollversammlung der Republikaner wird die Fraktion völlig fernbleiben.

Die Gröffnung des Parlaments.

Paris, 14. Januar. Die ordentliche Session des Parlaments ist heute eröffnet worden. Bei der Wahl des Kammerpräsidenten erhielt Deschanel 345 Stimmen. Der Sozialist Bailant 61 Stimmen. Es wurden 65 weiße Zettel abgegeben. Im Senat wurde Dubost mit 221 von 272 Stimmen wieder zum Präsidenten gewählt.

England.

Home-Rule.

London, 18. Januar. Die Spezialdebatte über die Home-Rule Bill ist heute in Unterhause beendet worden. Die Beratung der Vorlage hat über vierzig Tage in Anspruch genommen und ist, abgesehen von der Niederlage der Regierung im November, nicht sehr ergebnisreich gewesen. In den hauptsächlichsten Bestimmungen der Bill ist keine wesentliche Änderung vorgenommen worden. Die wichtigste Abänderung, die beschlossen wurde, betrifft die Einführung der Proportionalvertretung bei den Wahlen für den irischen Senat und in gewissen Bezirken bei den Wahlen für das irische Unterhaus.

Aus der Partei.

Ein Anwalt des Krieges.

Der so famos bekannte Max Raurenbrecher, der angeblich noch immer der sozialdemokratischen Partei angehört, scheint es sich zur Lebensaufgabe gemacht zu haben, Leute, die gegen den Krieg und die Kriegsgreuel zu Felde ziehen, zu denunzieren. In der hiesigen Monatschrift, „Das freie Wort“, hat er einen Artikel gegen das Buch des Hamburger Lehrers Lamzus „Das Menschenschlächthaus“ — das wir unseren Lesern übrigens dringend zur Lektüre empfehlen — verfaßt, der von der Presse der Profitspatrioten, so z. B. den „Hamburger Nachrichten“, mit schamlosem Behagen aufgegriffen und abgedruckt wird. Das „Hamburger Echo“ nagelt die imperialistischen und kriegerischen Herzengergüsse Raurenbrechers fest und kommt zu dem Schlusse: „Wenn Raurenbrecher nicht selbst den Fakt bezieht, aus der sozialdemokratischen Partei auszutreten, so muß er ausgeschlossen werden! Seine Theorie vom „Verteidigungskrieg“, den der scharfsinnige „Staatsmann“ als Angriffskrieg unternehmen darf, läuft auf die Bestürmung oder mindestens Entschuldigung jedes kapitalistisch-imperialistischen Raub- oder Vergewaltigungskrieges hinaus. Raurenbrecher hat gezeigt, daß er innerlich nicht mehr gemein hat mit der internationalen Sozialdemokratie. Darum muß die Konsequenz gezogen werden.“

Wir meinen, die Konsequenz hätte schon im Jahre 1911 wegen des Verhaltens Raurenbrechers beim Marokkonoflikt gezogen werden müssen. Aber der betriebsame Herr spekuliert offenbar auf ein „Marinrium“ mit obligatam Tamiam der liberalen Presse.

Ein Parteiverständnis in der Schweiz. In der solothurnischen Mhrenarbeitergemeinde Grenchen ist der Genosse Luterbacher, der Ammann (Bürgermeister) der Gemeinde war, gestorben und unter Anleihe der ganzen Bevölkerung einschließlich der Schuljugend beerdigt worden. Am Grabe redeten neben dem Parzer auch Vertreter der Behörden und der sozialdemokratischen Partei und rindmeten dem Verstorbenen Worte der Anerkennung für seine gemeinnützige Wirksamkeit. Nachdem Luterbacher früher schon der Gemeinde Grenchen 30 000 Franc zur Errichtung eines Ferienheims anonym geschenkt hatte, vermochte er nun auch noch testamentarisch 50 000 Franc zu einer Stiftung, aus deren Zinsen eine Kinderbewahranstalt sowie die Ferienverjahrung kranklicher Schullinder unterrichtet werden sollen. Dem Gräbverein Grenchen vermochte er 10 000 Franc, deren Zinsen er zu Propagandazwecken für unsere Sache verwenden soll. Weiter spendete er 4000 Franc für die Errichtung einer Bibliothek.

Aus Industrie und Handel.

Die Einfuhr von überseeischem Fleisch.

Obgleich die Regierung und die agrarischen Parteien es bei den letzten Debatten über die Fleischversorgung Deutschlands nicht mehr wagten, die angebliche Gesundheitschädlichkeit des Gefrier- und Kühlfleisches als Argument gegen die Einfuhr von überseeischem Fleisch auszuspielen, ist es dennoch nicht überflüssig, auf die positiven Erfolge der Gefrierfleisch-einfuhr in europäischen Staaten hinzuweisen. Die soeben erschienene Studie des Kölner Ingenieurs Richard Bahl (Einfuhr von überseeischem Fleisch, Verlag A. Niemeyer, Wittenberg) berichtet neben ausführlicher Erörterung der technischen Probleme auch über die wirtschaftlichen Fragen der Fleisch-einfuhr. Bekanntlich ist England der Staat, dessen Fleischversorgung zum größten Teile auf die Gefrierfleisch-einfuhr eingestellt ist. Obgleich aber Großbritannien 46 Proz. des Gesamtfleischbedarfes einführt, ist seine einheimische Viehzucht dadurch nicht beeinträchtigt worden. Nur der Fleischkonsum ist geiegen. Allein an gefülltem Rindfleisch wurden im Jahre 1911 2,26 Millionen Rinderviertel eingeführt. Davon kamen aus Argentinien, das erst im Jahre 1901 mit der Ausfuhr von gefülltem Fleisch begonnen hat, allein 2,15 Millionen Rinderviertel. (Für ein Rinderviertel kann durchschnittlich ein Gewicht von 75—80 Kilogramm angenommen werden.) Bis zum Jahre 1901 wurde gefülltes Rindfleisch nur aus Nordamerika eingeführt, im Jahre 1900 übernahm bereits die Einfuhr aus Argentinien auch für gefülltes Fleisch. Gefrorenes Rindfleisch wurde im Jahre 1911 mit 2,21 Millionen Vierteln eingeführt. In England wird Lamm- und Hammelfleisch sehr bevorzugt. Es betrug die Einfuhr von gefrorenem Hammelfleisch im Jahre 1911 insgesamt 6,82 Millionen Stück. Auch hiervon ist wieder Argentinien der Hauptlieferant (mit 2,6 Millionen Stück). Von gefrorenen Hammern wurden im Jahre 1911 im ganzen 6,14 Millionen Stück eingeführt.

Aus einer Tabelle über die besten Durchschnittspreise auf dem größten Fleischmarkt in London ergibt sich, daß das inländische (ergähle) Fleisch am teuersten bezahlt wurde. Dem inländischen Fleisch am nächsten kommt das gefüllte Fleisch aus Nordamerika, weil es die kürzeste Transportzeit zu überstehen hat; dahinter stellt sich der Preis für gefrorenes Lamm; an vierter Stelle kommt das gefüllte Rindfleisch aus Argentinien, während an letzter Stelle das gefrorene Fleisch steht, das damit seinen Zweck erfüllt, ein Volksernährungsmittel im wahren Sinne des Wortes zu sein. So wurde für gefülltes Rindfleisch von Nordamerika als Höchstpreis 54 1/2 Pf. pro Pfund gezahlt. Argentinisches gefülltes Rindfleisch stellte sich auf 38—37 Pf., während das gefrorene Rindfleisch nur 31 Pf. Vorderviertel sogar nur 22—23 Pf. das Pfund kostete. Interessant ist, daß auch nordamerikanisches gefülltes Rindfleisch zu Zeiten (z. B. im Oktober 1911) sogar teurer verkauft wurde, als einheimisches Fleisch.

Auch auf dem Festlande stehen langjährige Erfahrungen mit den Verwendungen von Gefrierfleisch zur Verfügung. So werden die russischen Hauptstädte Moskau und St. Petersburg zum Teil mit Gefrierfleisch versorgt. In Kurgau werden im Winter die Körper der geschlachteten Tiere der kalten Witterung ausgesetzt und auf diese Weise vollständig eingefroren und nach den beiden Städten gefandt. Man rechnet dort mit einer Aufwahrungszeit von ungefähr neun Monaten.

Wichtigere noch sind die Erfahrungen anderer Länder des europäischen Festlandes. Obgleich in Italien die ersten Versuche mit der Einfuhr von Gefrierfleisch an der misstrauischen Haltung des Publikums scheiterten, wurden im Jahre 1908 diese Versuche wieder aufgenommen und zunächst 2 Millionen Kilogramm Gefrierfleisch verbraucht. Bereits im Jahre 1911 aber betrug die Einfuhr von gefrorenem Fleisch nach Italien 12 Millionen Kilogramm, und zwar kam dasselbe aus Argentinien, Australien, Udoga und Venezuela. Selbst das italienische Kriegsministerium hat auf Grund längerer und gewissenhafter Versuche seit Januar 1911 den Armeelieferanten, die über genügend Kühlvorrichtungen verfügen, die Erlaubnis erteilt, während bestimmter Monate des Jahres gefrorenes Fleisch für die Ernährung der Armees zu liefern. Diese Armeelieferanten haben mit dazu geführt, daß gefrorenes Fleisch in weiteren Schichten der Bevölkerung Verbreitung gefunden hat. Auf dem Mailänder Markt zählt man pro Pfund 34 Pf. gegenüber 52 Pf. frischen Fleisches. Das Fleisch kommt zu Schiff in Genua an und wird dort in Kühl- und Gefrierhäusern aufgeschleppt. Für den Transport nach den einzelnen Städten sind isolierte Eisenbahnwaggons in Anwendung, denen Eis beigegeben werden kann.

Auch die Schweiz führt überseeisches Fleisch in gefrorenem Zustande ein. Die Einfuhr betrug im Jahre 1911 bereits 1,1 Millionen Kilogramm. Für das Jahr 1912 wird eine Verdreifung der Einfuhr erwartet. Diese Erhöhung der Einfuhr ist darauf zurückzuführen, daß der Bundesrat den Zoll auf Gefrierfleisch wesentlich herabgesetzt hat. Als Hafenstädte für die Einfuhr kommen Benedig, Mailand und Amsterdam in Betracht. Der Transport wird in isolierten Waggons mit Eisfüllung besorgt. Das Fleisch kommt regelmäßig in bestem Zustande an. Der Verkaufspreis betragt in Basel 62—60 Pf. pro Pfund, allein der Allgemeine Konsumverein verkauft dort wöchentlich annähernd 20 000 Pfund.

Gewerkschaftliches.

Lohnstatistiken durch Unternehmerverbände.

Mit größerem Eifer wollen sich die Unternehmerverbände jetzt anscheinend einer neuen Aufgabe zuwenden: sie wollen die Arbeitslöhne genau feststellen. Lohnstatistiken wurden bisher schon vereinzelt in Unternehmerverbänden geführt, die aber kein brauchbares Material lieferten; sie werden von den Unternehmern selbst als unvollkommen oder derart kostspielig bezeichnet, daß ihrer Einführung große Schwierigkeiten entgegenstehen.

Durch ein System des Dr. Hoff-Düsseldorf, das nun vom Badischen Verband der Metallindustriellen und auch vom Verband der Saarindustrie übernommen werden soll, und das im Verband der württembergischen Metallindustriellen schon eingeführt ist, sollen diese Schwierigkeiten behoben sein.

Der Verband der Metallindustriellen Badens (Untersalz) will eine Lohnstatistik einführen, die dem seines Erachtens keineswegs einwandfreiem Material der gewerkschaftlichen Lohnstatistik gegenüber gestellt werden soll.

Die Durchführung der Statistik ist so gedacht, daß auf den den einzelnen Firmen zugestellten Fragebogen nach Ablauf eines halb- oder vierteljährlichen Erhebungszeitraumes die Löhne für die einzelnen Arbeiterkategorien eingetragen werden sollen. Nach Eingang der ausführlichen Fragebogen soll das darin enthaltene Zahlenmaterial in der Geschäftsstelle des Unternehmerverbandes zusammengestellt werden. Die Einteilung der Arbeiter erfolgt in drei Verdienstklassen: 1. jugendliche bis zum vollendeten 16. Lebensjahre und Lehrlinge, 2. Arbeiter von 17 bis 21 Jahren, 3. Vollarbeiter über 21 Jahre. Für 31 Arbeiterkategorien sollen die Löhne angegeben werden, vom Zeichner, Vorarbeiter und Monteur bis zum qualifizierten Arbeiter, zum Hilfsarbeiter und Tagelöhner herab.

Als Zweck der Statistik wird betrachtet, daß bei Ausbruch von Arbeitsstreiks die Vorstand oder die Geschäftsführung des Unternehmerverbandes über die allgemeinen Lohnverhältnisse sofort genaue Angaben zu machen in der Lage ist. Es wird gesagt: Das bisher auf dem Wege der jedesmaligen besonderen Umfrage beschaffte Material erscheine recht mangelhaft und komme auch zu spät. Nur auf dem Wege einer geregelten ausführlichen Lohnstatistik könnte dem Zahlenmaterial der Gewerkschaften, womit diese nach Meinung des Unternehmerverbandes stets ihre Behauptung über zu niedrige Löhne begründen, entgegengetreten werden.

Eine Lohnstatistik der Unternehmerverbände wird sicher vor der Öffentlichkeit sehr schlecht bestehen können. Auf keinen Fall wird sie die von den Gewerkschaften sehr korrekter geführte Statistik irgendwie erschüttern können. Während die Gewerkschaften in ihren Büros genaue Aufzeichnungen über Löhne und Arbeitszeit usw. machen, werden viele von den Unternehmern sich der immerhin mühevollen und kostspieligen Arbeit der Führung dieser Lohnstatistiken durch die Unternehmerverbände nicht unterziehen. Die Statistik der Unternehmerverbände wird daher in ihren Ergebnissen stets mangelhaft sein.

Berlin und Umgegend.

Die Bewegung im Fliesenlegergewerbe.

Seit 5. Januar befinden sich die Fliesenleger und Hilfsarbeiter organisiert im Bauarbeiterverband, der Freien Vereinigung und dem Christlichen Bauarbeiterverband — im Ausstand. Die Unternehmer haben zunächst durch Instrukte in der „Morgenpost“, „Volkszeitung“ usw. Arbeitswillige auf die Bauten zu locken versucht. Dies begann war zwecklos, denn die Streikenden sorgten dafür, daß sich Arbeitswillige nicht meldeten. Nunmehr griffen die Unternehmer zu anderen Mitteln, die Öffentlichkeit zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Der Verband der Fliesengeschäfte hat in der letzten Nummer der „Baugewerkszeitung“ eine längere Erklärung veröffentlicht, in der er der Streikleitung den Vorwurf macht, diese habe die Streikenden einseitig unterrichtet. Auch wird in der Erklärung behauptet, die Verhandlungen wären an dem Verhalten der Arbeitervertreter gescheitert.

Zu dieser Erklärung nahmen die streikenden Fliesenleger und Hilfsarbeiter am Dienstag in einer gut besuchten Versammlung Stellung. Der Referent Bergmann ging ausführlich auf die Motivationen der Unternehmer ein, mit welchen diese die Streikenden wankelmütig zu machen versuchten. Die Kommission habe die Arbeiter objektiv von allen Verhandlungen mit den Unternehmern unterrichtet. Wenn behauptet werde, die Arbeiter hätten die Verhandlungen abgebrochen, so sei dies nicht zutreffend. Gerade die Arbeitervertreter hätten alles versucht, die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Die Wiederaufnahme scheiterte jedoch an dem Standpunkt der Unternehmer, hinsichtlich jeder Lohnhöhung abzulehnen. Die Arbeiter seien auch heute noch zu Verhandlungen bereit. Redner teilte weiter mit, daß die Unternehmer sich an die Zentralleitung des Bauarbeiterverbandes nach Hamburg gewandt hätten. Dies käme einer Verdächtigung der Berliner Verbandsleitung gleich. Die Berliner Organisation habe nur die Interessen der Mitglieder im Auge und lasse sich dabei keinerlei Vorurteilen machen. — Die Streikenden würden ihre Forderungen auch weiter zu verteidigen wissen. Wenn jeder nach besten Kräften seine Schuldigkeit tue und der Kommission volles Vertrauen entgegenbringe, würde der Sieg nicht lange ausbleiben.

In der Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten durch einige Redner ergänzt und einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die allgemeine Mitgliederversammlung der drei am Streit beteiligten Organisationen der Fliesenleger und Hilfsarbeiter spricht der von den Arbeitern gewählten Kommission ihr volles Vertrauen und ihr Einverständnis mit dem Vorgehen in der gemeinsamen Sitzung am 10. Dezember 1912 an. Die Versammlung erklärt ausdrücklich, daß der Arbeiterkommission gegenüber der Weigerung der Arbeitgebervertreter — eine klare Antwort auf die ihnen am 6. November 1912 zugestellten Forderungen zu erteilen — ihrem Auftrag entsprechend nichts anderes übrig blieb, als ihren Mandatgebern über den Ausgang der ersten Sitzung zu berichten. Als Antwort auf die ablehnende Haltung der Arbeitgeber — die noch durch die Ausgabe einer einseitigen, verschleierte enthaltenden Arbeitsordnung bedingt wurde — beschloß die gemeinsame Mitgliederversammlung am 4. Januar 1913 die durch die Presse veröffentlichte Resolution, an der auch die heutige Mitgliederversammlung festhält.

Die Versammlung erklärt aber ausdrücklich, trotz des günstigen Standes der Situation, nach wie vor ihre Bereitschaft zu Verhandlungen zwecks Abschluß eines Tarifvertrages.

Weiter erklärt die Versammlung, daß sie durch Erklärungen an die Hauptverbände, die den wirklichen Tatsachen nicht in jeder Beziehung entsprechen, sich in ihren Maßnahmen im Streit in keiner Weise beeinflussen läßt.

Aus dem Situationsbericht ging hervor, daß die Zahl der Streikenden am 9. Januar 640 betrug. Gestern waren 700 Streikende in die Listen eingetragen. Davon sind 513 Fliesenleger und 186 Hilfsarbeiter. Die drei Verbände sind wie folgt beteiligt: Bauarbeiterverband mit 290 Fliesenlegern und 90 Hilfsarbeitern, Freie Vereinigung mit 264 Fliesenlegern und 65 Hilfsarbeitern, Christlicher Bauarbeiterverband mit 145 Fliesenlegern und 11 Hilfsarbeitern. — Arbeitswillige sind nicht vorhanden. Beim Bau der Untergrundbahn am Senefelderplatz waren einige Arbeitswillige beschäftigt, die Montagabend durch einen Leutnant und 12 Schutzeute nach Hause geleitet werden sollten. Dieser Aufzug der Sicherheitsmänner ist aber selbst den Arbeitswilligen zu viel gewesen; am Dienstag früh haben sie sich sämtlich den Streikenden angeschlossen.

39 Fliesenlegern und 11 Hilfsarbeitern. — Arbeitswillige sind nicht vorhanden. Beim Bau der Untergrundbahn am Senefelderplatz waren einige Arbeitswillige beschäftigt, die Montagabend durch einen Leutnant und 12 Schutzeute nach Hause geleitet werden sollten. Dieser Aufzug der Sicherheitsmänner ist aber selbst den Arbeitswilligen zu viel gewesen; am Dienstag früh haben sie sich sämtlich den Streikenden angeschlossen.

Käufung, Töpfer! Wegen Lohnausfall von zirka 800 M. verhängen wir hiermit über den Bau Greifswalder Straße 152 die Sperrt. Diefen Lohnausfall schuldet der Bauherr Willy Morgenroth, Charlottenburg, Königin-Luise-Straße 14. Um sich vor Bezahlung der Löhne zu drücken, hat der Bauherr den Töpfer Julius Senns, Schöneberg, Feuergrütze 10, als Töpfermeister vorgezogen. Wir warnen ganz besonders unsere Kollegen davor, auf diesem Bau teil zu nehmen, da auch schon andere Kollegen, die vordem auf diesem Bau bei dem angeblichen Töpfermeister Karl Friedrich gearbeitet haben, um ihren Lohn gekommen sind.

Weiter sperren wir hiermit wieder wegen Beschäftigung von Wilden und Nichtbezahlung die Firma Bruno Berg. In Frage kommt der Bau Schillingstraße, Reinickendorf.

Die Verbandsleitung.

Zum Terrorismus der Bäckerinnungen.

Es scheint, als ob das Beispiel der Innungsgewaltigen in Magdeburg, die ihren ungetreuen Mitgliedern mit horrenden Innungsstrafen die richtige Handverleumdung beizubringen suchten, auch in Berlin und seiner Umgebung Nachahmung finden sollte. So wird uns aus Spandau gemeldet, daß dort am 8. Januar die Versammlung der dortigen Bäcker-Zwangsinnung stattgefunden hat, die unter anderem auch Maßnahmen beschließen sollte, wie eventuell späteren Lohnforderungen der Gesellen wirksam zu begegnen sei.

In dieser Versammlung überboten sich die Scharmacher in ihren Klagen gegen angeblichen Terrorismus der roten Gesellen, die es so schlimm trieben, daß sich das „Standesbewußtsein“ der Bäckermeister entscheiden dagegen aufheben müsse! Die Bäckermeister, die die Gesellenforderungen bewilligten, seien nur unläutere Elemente, die im trüben fischen wollen. Die Gesellen bekämen viel zu viel Lohn! Die Meister bekämen für 13 M. so viel Gesellen, als sie nur haben wollten. In diesem Tone ging es noch eine ganze Weile. Und als sich die Jünglinge so recht in Stimmung hineingeredet hatten, wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Das Innungsmitglied, das bei einer Gesellenbewegung mit dem Zentralverband der Bäcker und Konditoren einen Tarif abschließt, wird für den ersten Tag mit 20 M. und für jeden folgenden Tag mit weiteren 20 M. Innungsstrafe belegt.“

Dieser Beschluß zeigt deutlich, wie weit der Hebermut und die Annahme der Innungsführer, der durch das überaus große Wohlwollen der Behörden außerordentlich gefördert wird, bereits gediehen ist. In demselben Atemzuge, in welchem die Herren über Terrorismus der Gesellen klagen, beschließen sie den schlimmsten Terrorismus gegen ihre Mitglieder, falls diese sich erheben, anderer Ansicht zu sein als ihr Vorstand, oder — von dem wirtschaftlichen Ruin bedroht — solche Innungsbeschlüsse unmöglich zu halten vermögen. Dabei sind gerade in Spandau die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bäcker die denkbar schlechtesten. Könnte doch die Organisation bei Gelegenheit der letzten Gesellenbewegung vor zwei Jahren noch massenhaft Löhne von 6 M. und darunter (!) feststellen bei täglichen Arbeitszeiten von 14 Stunden und mehr! Auch liegt gerade in Spandau die Lehrlingszuckererei in schönster Blüte. Es gibt dort bedeutend mehr Lehrlinge als Gesellen, und die Fälle, wo der Meister mit drei und mehr Lehrlingen, aber ohne Gesellen arbeitet, sind außerordentlich zahlreich. Daß sich in Spandau derartige Zustände so lange halten konnten, ist wiederum auf die Abhängigkeit zurückzuführen, in welcher der größte Teil der in Militärwerkstätten beschäftigten Arbeiter sich befindet. Diese Abhängigkeit wird von den Ausbeutern im Lager der Bäckermeister auch weidlich ausgenutzt! Erklärte doch ein solcher Menschenfreund bei Gelegenheit der letzten Gesellenbewegung einem Beauftragten der Gesellen, als dieser ihm wegen seiner Lehrlingsausbeutung Vorhaltungen machte:

„Es soll nur einer meiner Kunden von mir abgehen; ich melde das dann sofort der Direktion der königlichen Werkstätten, und der Mann ist geliefert!“

Also auch hier der brutalste Terrorismus in gniischer Offenheit!

Das wird aber natürlich die Innungsführer und ihren Anhang nicht hindern, weiter über Terrorismus der Arbeiter zu lamentieren, sich selbst jedoch als die unschuldigen Lämmer hinzustellen, die kein Wasserchen träben können.

Im übrigen kann die Gesellenorganisation solchen Innungsbeschlüssen in Berlin oder seiner Umgebung mit der größten Gelassenheit entgegensehen. Berlin ist nicht Magdeburg! Schon einmal haben die mit solcher Innungsfürsorge bedachten Bäckermeister den Meekern recht deutlich zum Tanz aufgepfiffelt, und zwar in Neukölln im Jahre 1907, wo es in den Innungsversammlungen wiederholt zu recht tumultuarischen Auftritten gekommen ist. Wünschden die Herren eine Neuauflage in anderen Orten, so kann es den Arbeitern nur recht sein.

In der Berliner Schuhmacher-Zwangsinnung gärt es. In der letzten Quartalsversammlung vermochte die Opposition gegen die bisherige Innungsleitung 120 gegen 160 Stimmen der Vorstandstreuen auf sich zu vereinigen. Im weiteren Verlauf der Versammlung kam es jedoch zu einem Skandal, der das weitere Verhandeln unmöglich machte. Die Bahnen zum Hauptausflug müssen deswegen in einer späteren Versammlung vorgenommen werden. Die Opposition hat sich in Form einer Freien Vereinigung organisiert.

Deutsches Reich.

Die Absperrung der Maschinisten im Hochseefischereibetriebe an der Untervejer

dauert ununterbrochen fort. Jetzt ist fast die gesamte Hochseeflotte im Beestemünder Fischereibasen verammelt, was seit Jahrzehnten nicht vorgekommen ist; ein anderer Teil der Dampfer liegt im Bremerhavener alten Hafen und andere im Hafen von Roddenham auf dem linken Welerufer. Etwa 102 Dampfer liegen still. Eine Anzahl ist in See gegangen, jedoch nur mit ungenügender an vorkrisismäßiger Besatzung. Die meisten Dampfer sind nur mit einem Maschinisten besetzt, während der Dienst des zweiten Maschinisten einem Heizer übertragen wurde. In den gewaltigen Auktionshallen zu Geestemünde und Bremerhaven herrscht statt des sonst schon in den frühesten Morgenstunden sich abspielenden lebhaften Treibens beängstigende Stille. Der größte Teil der Hallen ist mit leeren Fischkisten vollgepackt. Nur ab und zu kommt noch ein Dampfer von See herein, und die Händler machen schon gar nicht mehr den Weg in die Hallen, um sich an den Auktionen zu beteiligen. Einige Reederereien machen frampfschte Versuche, um wenigstens etwas auf den Markt zu bringen. Durch die Hafenpolizei mußten vor einigen Tagen etwa 40 Zentner verdorbener Schellfische konfisziert werden, die die Reeder von Grönland und Norwegen von Lager bezogen hatten und die schon einen pestilenzartigen Geruch verbreiteten. Die Unternehmer wollten aber

trotzdem nicht nachgeben und verharren mit prozigem Stolz auf dem Standpunkt des Stärkeren. Der Unternehmerverband, welcher den mit dem Zentralverband der Maschinisten und Heizer abgeschlossenen Tarifvertrag gebrochen hat, hat mit dem Maschinistenverein von Geestemünde, Mitglied des Verbandes technischer Schiffsoffiziere, Sitz Hamburg, einen Tarif abgeschlossen, dessen Inhalt im wesentlichen mit dem alten Tarif des Zentralverbandes übereinstimmt. Der Verein zählt nur einige Duzend Mitglieder, wovon der größte Teil nicht in der Hochseefischerei beschäftigt ist. Diese Streikbrecherarbeit ist auch von den Herren Offizieren mit schmauemem Behagen übernommen worden. Viel helfen kann das den Reeder aber nicht, denn deren Mitgliederzahl ist so klein, daß sie nur einige wenige Dampfer besetzen können, während andererseits außer den technischen Schiffsoffizieren (das sind die Maschinisten, die bekanntlich ein Examen ablegen müssen) auch die übrige Besatzung noch nötig ist, um den Dampfer auf See zu bringen. Diese aber lehn es ab, mit Streikbrechern zu fahren! Daher wird auch in den nächsten Wochen die Besatzung in den Reide noch keine Seefische auf den Markt bekommen. Das Verhalten der Reeder die schärfste Verurteilung. Die bescheidenen Forderungen der Maschinisten zu erfüllen, ist im Interesse der Sicherheit und des Lebens der Besatzungen durchaus nötig.

Die Reeder haben auswärtige Arbeitswillige unter großen Opfern herangeschleppt, um einen Teil der Dampfer zu besetzen. Sie machen den Maschinisten die größten Versprechungen und zahlen die volle Gage für die ganze Zeit des Ausliegens der Dampfer. Doch alle diese Mittel dürften angesichts der solidarisches Haltung der großen Masse der Ausgesperrten völlig verfallen. Selbst in Händlerekreisen ist man erobert über das Verhalten der Reeder. Berliner Händler sind an das Gewerkschaftskartell in Bremerhaven herangetreten, um es zu veranlassen, in Berlin Protestbewegungen gegen die Reeder in die Wege zu leiten. Das spricht wohl deutlich genug für die Stimmung in den Kreisen, die den Reeder näherstehen, als den Maschinisten. Die Maschinisten aber werden zusammen halten, bis ihnen ihre berechtigten Forderungen erfüllt sind.

Letzte Nachrichten.

Keine Hoffnung auf Frieden.

London, 14. Januar. Das Neuterische Bureau erzählt von einem Delegierten der Balkanstaaten, daß die Mitglieder der Missionen entschlossen seien, England unmittelbar nach Ueberreichung der Note der Verbündeten an die Türkei zu verlassen. Bis heute Abend war keine Mitteilung darüber zu erhalten, in welcher Weise die Note überreicht werden soll. Was die Note der Mächte betrifft, so steht fest, daß das genaue Datum ihrer Ueberreichung den Vorschlägen der Mächte in Konstantinopel überlassen worden ist, obwohl bisher keine amtliche Angabe darüber vorliegt. Was die Antwort der Türkei anlangt, so scheint keine Hoffnung zu bestehen, daß sie annehmbar für die Verbündeten ausfällt.

In gut unterrichteten Kreisen wird sehr wenig Hoffnung ausgesprochen, daß die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten vermieden wird. Allerdings wird betont, daß wahrscheinlich ein kleines Geschäft den kürzesten Weg zum Frieden zeigen würde. Denn man glaubt allgemein, daß Adrianopel keinem neuen Angriff würde Widerstand leisten können, und daß es nach seinem Fall möglich wäre, die Türken und die Balkanverbündeten zu einer Einigung zu bringen. In Balkankreisen wird erklärt, daß der Friede schon unterzeichnet sein würde, wenn die Türken unverzüglich den an sie gerichteten Forderungen entsprechen hätten. Würden aber die Feindseligkeiten wieder aufgenommen, so wäre vorausgesehen, daß die Forderungen der Verbündeten den künftigen Kriegsergebnissen angepaßt werden würden.

Die unshlüssige türkische Regierung.

Konstantinopel, 14. Januar. (W. Z. B.) Die Regierung scheint für den Augenblick auf die Idee der Einberufung einer großen beratenden Versammlung verzichtet zu haben, da sie glaubt, daß die Beschlüsse einer solchen Versammlung die Regierung verpflichten würden. Man verweist sich hierbei auf die Versammlung vom Jahre 1877, die sich für den Krieg mit Rußland ausgesprochen hat. Nichtsdestoweniger fahren türkische Kreise fort, zu erklären, daß die Pforte einem Schritte der Mächte nicht nachgeben dürfe. Man glaubt nämlich, daß die Anwendung von Zwangsmassnahmen schwierig sei. Die türkischen Delegierten haben noch keinen Auftrag erhalten, London zu verlassen.

Ein königliches Interview.

Madrid, 14. Januar. (W. Z. B.) Der republikanische Führer Azcarate begab sich um 6 Uhr in das Palais, wohin er vom König gerufen worden war, der ihn über soziale Probleme zu befragen wünschte. In politischen Kreisen wird berichtet, daß der König entschlossen wäre, alle hervorragenden politischen Persönlichkeiten, welcher Partei sie auch angehören, zu empfangen, um ihre Meinung über die verschiedenen politisch interessanten Fragen von allen Gesichtspunkten aus kennen zu lernen. Außer Azcarate werden noch verschiedene andere Republikaner von dem König empfangen werden, so namentlich auch der radikale Führer Ferruz. Der sozialistische Führer Pablo Iglesias veröffentlichte die Nachricht von diesen Empfängen, indem er beifügte, daß sie einen tiefen und günstigen Eindruck in allen Kreisen gemacht habe, nur die reaktionären Kreise zeigen sich sehr zurückhaltend.

Drohnoten an China.

Peking, 14. Januar. (Meldung des Neuterischen Bureaus.) Im Auswärtigen Amt wurden heute zwei russische Noten überreicht. Die erste Note weist darauf hin, daß Rußland mit dem Zahlungsausschuss bei den chinesischen Verbindlichkeiten aus dem Vorigen Zustand nicht einverstanden sei, und stellt die Frage, wie China eine sofortige Zahlung des russischen Anteils zu bewerkstelligen gedenke. Die zweite Note erklärt, daß der große Anlauf von Papiergeld im Gebiete von Kuldtscha, dem kein Gegenwert in Silber gegenüberstehe, den russischen Kaufleuten große Verluste bereite wegen der Entwertung der Noten um 1/4 des Nennwertes. Die Note fragt, wie China diesem Zustand abhelfen will. Das fragliche Papiergeld stammt noch aus der Zeit der Mandschurenregierung. Man glaubt, daß die russischen Vorstellungen den Jwed haben, China die Retwendigkeit eines sofortigen Abchlusses der sechs Mächte anerkennen deutlich zu machen.

Deschanel Präsidentschaftskandidat.

Paris, 14. Januar. (W. Z. B.) Die „Agence Havas“ veröffentlicht folgende Note: Nach Schluß der heutigen Kammerdebatten ersuchten zahlreiche Abgeordnete den Präsidenten Deschanel, sich als Kandidaten für die Präsidentschaft der Republik aufstellen zu lassen. Deschanel dankte herzlich und erklärte, er stehe seinen Freunden zur Verfügung.

Reichstag.

90. Sitzung, Dienstag, den 14. Januar 1913, mittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Kommissare, später Dr. Delbrück, Kühn.

Kurze Anfragen.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) fragt: Ist der Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, ob im Bundesrat die Absicht besteht, die Verordnung vom 6. März 1902 betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiterinnen in Glasbläsen, Glasbleisereien und Glasbeizerereien sowie Sandbläseereien dahin zu ändern, daß der sanitäre Schutz für Arbeiterinnen und Arbeiterinnen erweitert und die Ausnahmestimmungen, insbesondere die Erlaubnis zur Nachtarbeit für die Jugendlichen aufgehoben werden?

Direktor im Reichsamt des Innern Caspar: Der Entwurf einer neuen Verordnung über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiterinnen in Glasbläsen usw. liegt bereits dem Bundesrat zur Beschlussfassung vor. Es ist darin eine wesentliche Einschränkung der bisher für die Glasbläsen zugelassenen Ausnahmen bezüglich der Beschäftigung von jugendlichen Arbeiterinnen während der Nacht vorgesehen. Bei einer Reihe bestimmter Arbeiten sollen Jugendliche überhaupt nicht mehr verwendet werden. Außerdem ist in dem Entwurf die Bestimmung vorgesehen, daß die zuständigen Behörden befugt sind, im Wege der Verfügung für einzelne Anlagen weitergehende Anordnungen zum Schutze der Arbeiter, insbesondere der jugendlichen Arbeiter zu treffen. Ueber die neuen Bestimmungen ist mit den Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sowie mit den Bundesregierungen eingehend verhandelt worden.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Sp.) fragt: Ist die öffentlich aufgestellte Behauptung richtig, daß Verhandlungen mit der römischen Kurie (Sachen im Zentrum) oder einer anderen kirchlichen Behörde über die Behebung von Lehrstellen der philosophischen Fakultät an der Universität Straßburg i. E. nach konfessionellen Rücksichten bestehen? Für den Fall der Behebung dieser Frage: Was geben die Verbündeten Regierungen zu tun, um die Ausübung einer solchen Abmachung zu erlangen?

Direktor im Reichsamt des Innern Dr. Lewald: Das zwischen dem Deutschen Reich und der römischen Kurie über die wissenschaftliche Ausbildung der angehenden Priester durch die theologische Fakultät in Straßburg abgeschlossene Uebereinkommen ist im „Deutschen Reichsanzeiger“ vom 29. Dezember 1902 veröffentlicht. (Weiterkeit im Zentrum.) Bei Abschluß dieses Uebereinkommens hat ein Notenwechsel stattgefunden, um den Wirkungskreis der Fakultät gegenüber den bischöflichen Seminaren festzusetzen. Als in der Natur der Sache liegend ist hierbei bezeichnet worden, daß den Studierenden Gelegenheit gegeben werden soll, Vorlesungen über Philosophie und Geschichte von Universitätslehrern katholischer Konfession zu hören. Die gleiche Praxis wird auch an anderen deutschen Universitäten mit katholisch-theologischen Fakultäten eingehalten und es besteht nicht die Absicht, hieran etwas zu ändern. (Weiterkeit im Zentrum.)

Abg. Heule (Soz.) fragt: Haben Verhandlungen mit dem Norddeutschen Lloyd wegen des im Jahre 1914 abzulaufenden Subventionsvertrages begonnen und wie weit sind sie gediehen? Beabsichtigt der Reichskanzler die Verhandlungen auch auf andere Reedereien und zwar nach dem Gesichtspunkte der Wiedereinführung für gleiche Leistungen auszudehnen?

Direktor im Reichsamt des Innern A. Jonaquères: Die Vorbereitungen für die Neuregelung der Reichspostdampferverbindungen mit Ostasien und Australien sind von den zuständigen Reichsbehörden aufgenommen worden. Es hat eine unverbindliche Aussprache mit dem Norddeutschen Lloyd über die verschiedenen Wünsche, die einerseits bei der Reichsverwaltung bestehen und andererseits vom Norddeutschen Lloyd geltend gemacht werden, für den Fall, daß er mit der Fortführung des Unternehmens betraut werden sollte, stattgefunden. Ob demnächst die Verhandlungen auch auf andere Reedereien und zwar nach dem Gesichtspunkte der Wiedereinführung für gleiche Leistungen auszudehnen sein werden, läßt sich zurzeit nicht übersehen.

Abg. Dr. Thoma (natl.) fragt: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt 1. ob die bayerische Regierung ihre Gesandtschaften im Auslande zur Mitarbeiterschaft an der neuen „Bayerischen Staatszeitung“ heranzuziehen beabsichtigt und 2. ob Vorkehrungen getroffen sind, daß die Behandlung von Fragen

der Reichspolitik, insbesondere der auswärtigen Politik in jedem offiziellen Brevierunternehmen der bayerischen Staatsregierung nur im Einbernehmen mit dem verantwortlichen Leiter der Reichspolitik erfolgen kann?

Wirklicher Geheimer Legationsrat Lehmann: Die erste Anfrage ist mit nein zu beantworten. (Weiterkeit im Zentrum.) Die bayerische Regierung ist diesen Nachrichten selbst amtlich entgegengetreten. Die zweite Anfrage ist mit ja zu beantworten. Die bayerische Regierung wird selbstverständlich dafür sorgen, daß die bayerische Staatszeitung bei der Behandlung von Fragen der Reichspolitik, insbesondere der auswärtigen, nur im Einbernehmen mit dem verantwortlichen Leiter der Reichspolitik vorgeht.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (Sp.) fragt: Ist Sicherheit dafür geschaffen, daß ähnliche der Kongoakte widersprechende Konzeptionen wie die der englischen Firma Lever Brothers gewährt, seitens der belgischen Regierung nicht mehr erteilt werden können und daß Beschränkungen des den Eingeborenen vertragsmäßig zuteilenden Wahlrechts für die Zukunft ausgeschlossen sind?

Wirkl. Geheimer Legationsrat Lehmann: Auf eine gleiche Anfrage im englischen Unterhaus hat Sir Edward Grey am 4. Mai vorigen Jahres ausgeführt, daß derartige Konzeptionen in Zukunft nicht gewährt werden. Die kaiserliche Regierung hat bisher keinen Anlaß gehabt, gegen die Konzeptionen auf Grund der Kongoakte Schritte zu tun. Die zur Durchführung des Programms von der belgischen Regierung getroffenen Maßnahmen lassen das ernste Bestreben erkennen, sich im Rahmen der Bestimmungen der Kongoakte zu halten.

Abg. Erzberger (Z.) fragt: Ist dem Reichskanzler bekannt, daß bei den kriegerischen Operationen auf dem Balkan Ausschreitungen gegen die Bewohner der bisherigen türkischen europäischen Gebiete vorgekommen sind und was ist hierauf von ihm veranlaßt worden?

Wirkl. Geheimer Legationsrat Lehmann: Vom Beginn des Balkankrieges an haben die beiden kriegführenden Parteien Missetaten begangen, die dem Gegner Grausamkeiten und Ausschreitungen begangen worden sind. Bis zu welchem Grade diese Ausschreitungen im einzelnen Falle auf Wahrheit beruhen und insoweit sie insbesondere irreguläre Vandalen zur Last fallen, läßt sich von hier aus nicht nachprüfen. Die deutsche Regierung hat aber alle Fälle, die ihr zur Kenntnis gebracht wurden, den betreffenden Regierungen mitgeteilt und auch sonst, soweit möglich, darauf hinzuwirken gesucht, daß beklagenswerten Uebergriffen vorgebeugt werde.

Etat des Reichsamts des Innern.

Zweiter Tag.

Abg. Dr. Mayer-Kaufbeuren (Z.): Der deutsche Außenhandel hat sich auch im Vorjahre erfreulich entwickelt, und unsere Freude darüber kann auch nicht dadurch getrübt werden, daß unsere Hauptkonkurrenten auf dem Weltmarkt, die Engländer und Nordamerikaner diesmal gleichen Schritt gehalten haben. Es ist zu begrüßen, daß der Stahlwerksverband zustande gekommen ist. Der Kohlenindustrie geht es gar nicht so schlecht, daß sie etwa keine höheren Löhne zahlen könnte. Der Baumarkt hat sich leider von der seit Jahren auf ihm lastenden Depression noch nicht erholen können. Bedauerlich war der Mangel an Geld, der zu zahlreichen Kreditbeschränkungen führte. Der Kurs unserer Staatspapiere ist gefallen, und der einzige Trost ist der, daß in anderen Staaten dieselbe Erscheinung zu bemerken ist. Schuld an diesen bedauerlichen Erscheinungen ist offenbar die Furcht vor einem Weltkrieg. Redner hofft, daß es der deutschen Diplomatie bald gelingen möge, die Kriegsfurcht zu bannen. Den gestrigen Ausführungen Fischers will ich nur in einem Punkte entgegenzutreten, und zwar in dem Punkte, in dem er die katholische Kirche angegriffen und beschimpft hat. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Er hat gesagt, daß es das Papsttum stets mit den Mächtigen der Erde gehalten hat, und es halte es jetzt mit den Ausbeutern gegen die Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aus Ihren Jurusen entnehme ich, daß dies die Anschauung der Partei ist. Diese Ansicht Ihrer Partei schlägt den Tatsachen ins Gesicht. (Sehr richtig! im Zentrum, Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die katholische Kirche kennt nur eine Lehre, und die gilt für Unternehmer und Arbeiter, für Reiche und Arme, für die Kirche sind alle gleich. (Bravo! im Zentrum, Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Die Ausführungen des Abg. Fischer beweisen, daß er keine Ahnung von der Geschichte hat, sie beweisen den mangelhaften Gehalt seiner Partei gegen Kirche und Christentum. Wenn Herr Fischer sich als Schutzherr der katholischen Arbeiter gegen die Kirche aufspielt, so lehnen die katholischen Arbeiter

diesen Schutzherrn genau so ab, wie sie seine Sozialpolitik ablehnen. Seine Ausführungen stehen ganz auf der Höhe der Mandaratspropheten. In Wirklichkeit werden die Arbeiter keine andere Antwort haben als die Wahnen. (Weiß! i. J., Gelächter b. d. Soz.)

Abg. Köstlich (natl.) Unser Wirtschaftsleben hat sich nicht günstig entwickelt. Es muß aber verlangt werden, daß in den Verwaltungsorganen, die mit Handel und Verkehr in Berührung kommen, nicht harte Bürokraten an der Spitze stehen. Landtschaftlich schöne Gegenden müssen mehr als bisher gegen Verfall geschützt werden. Die Konservativen geben sich gern als mittelstandsfreundlich aus, ihre Haltung in der Frage der Fleischbeschau beweist aber das Gegenteil. Wenn es früher hieß: „Hat der Bauer Geld, so hat es die ganze Welt“, so muß man jetzt sagen: „Haben der Bauer und der Arbeiter Geld, so hat es die ganze Welt.“ (Sehr richtig! links.) Auch das Zentrum ist nicht berechtigt, sich mittelstandsfreundlich zu nennen, denn es will den Mittelstand nach konfessionellen Rücksichten trennen. (Weiß! bei den Nationalliberalen, Juruse: „Wahlrede“) Unsere Partei ist immer mittelstandsfreundlich gewesen und hat sich des Mittelstandes vor allem mit der Tat angenommen. Es ist beschämend, wenn ein Deutscher, der seinen deutschen Namen Wetterle in Wetterle umgewandelt hat, in Frankreich Reden gegen sein Vaterland hält. Das geht nicht an, daß man gewissermaßen draußen im Auslande sein Vaterland verrät. Das muß unsere Wähler mit großer Erbitterung erfüllen. Redner hofft, daß die Regierung bald den von den Nationalliberalen im Interesse des Mittelstandes gestellten Anträgen nachkommt. (Weiß! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Graf Westarp (L): Der Abg. Fischer hat gestern ein amtliches Schreiben des Staatssekretärs des Innern zu Angriffen gegen ihn benutzt, das durch einen groben Vertrauensbruch in seine Hände gelangt ist. Mit vollem Recht hat der Staatssekretär gegen dieses Verfahren Protest eingelegt. Auch wir müssen dieses Verfahren des Staatssekretärs, der sich dagegen wehrt, daß ein von einem pflichtvergeßenen Beamten gestiftetes Schreiben zu unredlichen Zwecken verwendet worden ist, als durchaus berechtigt anerkennen. Der Abg. Fischer hat unmittelbar auf die Erklärung des Staatssekretärs erwidert, daß er sich für berechtigt gehalten habe, auch solches Material zu verwenden. Diese Äußerung des Abg. Fischer beweist die vollständige Unmöglichkeit, daß wir uns, wie in allen anderen Fragen, so auch in der Frage des politischen Anstandes mit den Sozialdemokraten jemals verständigen könnten. (Große Unruhe und Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Wer derartiges benutzt, ist nicht besser als der Täter. (Erneute Unruhe bei den Sozialdemokraten. Abg. Fischer (Berlin, Soz.): Genau so, wie die nicht besser sind, die das Material der Spindel der Polizei verwenden!) Wir richten an den Staatssekretär die dringende Bitte, dieser Pflichtverletzung energisch nachzugehen. (Bravo! rechts. Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Der Abgeordnete Fischer hat der konservativen Partei wieder eine ganze Anzahl von Vorwürfen gemacht. Daß der Schutzherr der nationalen Arbeit nichts weiter bedeutet als Schutzherr des Portemonnaies der Konservativen, hören wir ja beinahe in jeder Sitzung. Der Abg. Fischer hat weiter gesagt, daß die Regierung und die konservative Partei gelogen hätten, als sie feinerzeit erklärten, die Höhe dienten nicht dazu, die Lebensmittelpreise zu erhöhen. Der Herr Präsident hat sich leider nicht bewegen gefühlt, diesen Ausdruck zu rügen.

Präsident Kaempf: Wenn ich gestern zu jener Zeit nicht Vorsprechend gewesen bin, so muß ich doch den antwortenden Vorschreibern dagegen in Schutz nehmen, daß Sie seine Tätigkeit in dieser Weise angegriffen. (Weiß! links, Unruhe rechts.)

Abg. Graf Westarp (L, fortsetzend): Diese Ausdrucksweise des Abg. Fischer beweist wenigstens wieder einmal die Loyalität der Sozialdemokraten. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Redner empfiehlt darauf den konservativen Antrag, die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, möglichst bald

einen Gesekentwurf vorzulegen, durch den das Streikpostenwesen verboten wird.

Das Streikpostenwesen hat sich als ein Mißstand herausgestellt, dem man mit den bestehenden Gesetzen nicht beikommen kann. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Ja, ich glaube schon, daß Ihnen (zu den Sozialdemokraten) der Antrag nicht unangenehm ist. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Jedenfalls genügen die jetzt bestehenden Vorschriften zum Schutze der Arbeitswilligen nicht. Der gegenwärtige Zustand ist unhaltbar, daß strafbare Handlungen, die beim Streikpostenwesen begangen werden, bestraft werden können, reicht nicht aus. Es handelt sich vielfach um Untragsdelikte, und dann kommt das Eingreifen des Strafrichters auch zu spät.

Kleines feuilleton.

Mörderpsychologie. Die Ueberraschungen, die die Geständnisse des Mörders Sternickel gebracht haben, lassen uns wieder einmal einen schauerlichen Einblick in die Psyche eines menschlichen Wesens tun, dessen Wildheit und Grausamkeit uns schier unerschrocken. Die Unempfindlichkeit für jedes bessere Gefühl stellt einen solchen Anhalt gleichsam außerhalb unserer Erfahrungen, und so haben wir bei der Wissenschaft Auffassung über diese dunkelsten und furchtbarsten Probleme, die die Menschenseele aufwirft. Während man sich seit Lombroso mit der Hypothese des „geborenen Verbrechers“ befaßt, der eben etwas für sich ist, ist die moderne Psychologie bemüht, auch die seelische Entwicklung dieser Wesen in Menschengehalt in den allgemeinen Verlauf menschlicher Seelenzustände einzuordnen und uns so den Defekt zu zeigen, der das Verbrechen entstehen läßt. Besonders der Psychologe Prof. Kämpferberg, der an amerikanischen Mördern und Mörderinnen genaue Beobachtungen und experimentelle Forschungen vorgenommen hat, gibt darüber Aufschlüsse. Er findet den Ursprung solcher Qualitäten, wie sie Sternickel verhält hat, in einem eigenartigen Seelenzustand, den er als „gefühllos“ bezeichnet, und den er in wechselnder Stärke bei den meisten Kapitalverbrechern beobachtet konnte. Der Gelehrte hat mit dem amerikanischen Massenmörder Oswald Veruche angestellt, die sich auf das Gedächtnis, die Aufmerksamkeit, die Gefühlsbetonung der Assoziation, Wille, Urteil und Suggestionenfähigkeit des Verbrechers bezogen. „Ich fand, daß er „gefühllos“ war, was jedoch nicht bedeutet, daß er Gefühlsregungen überhaupt nicht zugänglich gewesen sei. Die bei den meisten Verbrechern war seine Empfindungsfähigkeit außerordentlich herabgemindert. Ein tiefer Nabelstich z. B. ergab keinerlei Reaktion, sein Lohntisch war äußerst abgestumpft, während Gesicht und Gehör sehr scharf entwickelt waren. Allein trotz dieses Mangels an organischem Schmerzempfinden (er war nie krank gewesen) zeigte er die Fähigkeit, die Leiden anderer sofort aufzunehmen.“ Welcherlei deswegen richtete er seine Verbrechen so ein, daß er seine Opfer nicht sah. Der Verbrecher wird jedenfalls nicht geboren, sondern irgend ein Gefühl, das wir nicht kennen, hat die Fähigkeit des gesamten Organismus des Empfindens und Handelns gestört; der Gehirnweg, durch den die gefühlbetonten Empfindungen eindringen, ist gesperrt. Die Hemmungs- vorrichtungen sind durch das Gleichgewicht der Gefühle ist aufgehoben. Verbrecher sind Menschen mit einem schlecht arbeitenden Geist. Wer aber kann sagen, wo ein absolut richtig arbeitender Geist ist? Es sind alles nur Gradunterschiede.

(Selbst wenn diese psychologische Verbrechertheorie richtig wäre, müßte das soziale Moment, das das Verbrechen auslöst oder möglich macht, in ganz anderem Maße herangezogen werden, als es hier geschieht. Aber eine rein individualistische Wissenschaft kann

das Verbrechen so wenig vollständig erklären, wie eine atomistische Gesellschaft das verhalten kann.)

Der größte Antiquitätenfälscher der Gegenwart. Wie aus Odessa gemeldet wird, ist dort toeben der Antiquitätenfälscher Leo Hausmann zu einer Strafe von 1 1/2 Jahren Arrestantenkompanie verurteilt worden; seine Helferin Jankowskaja erhielt vier Monate Gefängnis. Damit hat ein Verfahren sein Ende erreicht, das für die russische Justiz charakteristisch — über 10 Jahre geschwebt hat. Es handelt sich um die sensationellen Fälschungen von Werken der antiken Kunst, von denen die angelegliche „Tiara des Saitaphernes“ besonders bekannt geworden ist. Keine zweite Däpierung der offiziellen Kunstautoritäten hat so viel Aufsehen erregt wie diese Tiara-Affäre, deren Ruhm nicht einmal die von Odessa vorgenommene Erhebung der Flora von Lucas zum Originalwert Lionardos erreicht. Diese prächtige Krone, die aus dem Besitz eines alten Stythens Königs in Schwedenland stammen sollte, wurde vom Porzellanmuseum für einen Preis von 200 000 Frank erworben. Man war in Frankreich nicht wenig stolz auf diesen Schatz, der eine der feinsten Arbeiten zu repräsentieren schien, die aus dem Altertum auf uns gekommen sind. Und als dann die ersten Zweifel an der Echtheit der Tiara aufstiegen, hielten immer noch ausgezeichnete Kenner das Werk für antik, bis endlich der Juwelier und Graveur Rachamowski in Odessa eingeschickte, daß er die Krone des „Saitaphernes“ selbst hergestellt habe. Indessen war er nicht der Schuldige, er hatte nur einen letzten Auftrag ausgeführt, den man ihm gegeben hatte. Der geistige Urheber des ungeheuerlichen Betruges war Hausmann. Er hatte das antike Kunstgewerbe so genau studiert, daß er die Zusammensetzung der Metalle in den griechischen und römischen Prunkgefäßen sowie alle Feinheiten der alten Technik fehlerlos im Kopfe hatte. Nach diesen Grundrissen entwarf er dann Kunstwerke aller Art und ließ sie von den tüchtigsten Metallarbeitern herstellen, die er nur finden konnte. Hausmann behauptete, er habe einen antiken Goldschmied entdeckt, der aus der Gegend der griechischen Stadt Ombia stammen sollte, und es gelang ihm, diese Stücke zu hohen Preisen abzusetzen. Zu seinen Kunden gehörte außer dem Louvre auch das kaiserliche Historische Museum in Moskau. Die Aufdeckung dieser Fälschungen ist dem Professor von Stern gelungen, der damals in Odessa wirkte und heute den Lehrstuhl für alte Geschichte an der Universität Halle innehat. Indessen hat es noch zehn Jahre gedauert, ehe die Affäre bis in alle Einzelheiten hinein aufgeklärt werden konnte, und erst jetzt ist der Prozeß gegen Hausmann zum Abschluß gelangt. Die Metallarbeiter selbst, die jene Gefäße und Prunkstücke hergestellt hatten, wurden freigesprochen. Es war nicht erweisbar, daß sie Mitwisser an den Projekten Hausmanns gewesen sind.

Theater.

Münchener Theater. Das Berliner Premieremonopol scheint durchbrochen. In München hagelt es nur so Aufführungen.

Innerhalb einer Woche: „Besinnung“, ein lustiges Quartett des Schiller kopierenden Wiener Feuilletonisten und Bühnenamateurs Dr. Hans Müller, gleichzeitig mit Berlin Sudermanns im Schauspielhaus ziemlich wohl aufgenommenen „Guten Ruf“, ebenso „Klein-Eisen“ von Eugen Ibbu, ein „Berliner Mittelstückerdrama“ und nicht ungeschickt aufgebautes Raffentendenzstück. Die Besinnungslosigkeit des getauften Juden wird gegeißelt, der edle Besinnungslose mit der Sehnsucht nach dem „Deutschen“ im Menschen proklamiert. Viel jugendlicher Schwulst, doch ein hübsches Talent glimmt unter Schlacken. Im Residenz-Theater bereitet man dem Schauspiel: „Eisen“ von Walter Fierich, einem wohlakkreditierten Münchener Literaten, eine sehr wohlwollende Aufnahme, ohne daß es deshalb zu einer Haufe von Bühnen-Eisen kommen wird. Fierich hat so etwas wie ein soziales Fabrikdrama mit Streiks, Arbeiterdeputationen z. vorgezeichnet. Aber der Tiefblick und die Gestaltungskraft für eine derartige Aufgabe mangeln ihm. So blieb eine ziemlich echte Willeulie aus der Wuppertaler Eisenhüttenindustrie und eine rührlig aufgedommene, psychologisch ganz unmögliche Liebesgeschichte zwischen zwei Eisenhütten: der Besizerin des Werkes und einem brutalen Emporkömmling und Leuteschinder, genannt „der gußeiserne Richard“. Das Stück ist durchaus schematisch gearbeitet; die Symphonie des bürgerlichen Autors steht selbstverständlich nicht auf der Probeleiterlinie.

Notizen.

- Musikchronik. Die Erstaufführung von Kaiser's musikalischem Schauspiel „Stella maris“ in der Kurfürstentheater mußte auf Donnerstag verschoben werden. — Ferruccio Busoni muß von der Fortführung seiner diesjährigen Sinfoniekonzerte mit dem Blüthner-Orchester absehen. Die folgenden Konzerte werden von Jwan Fröbe geleitet werden.
- Kunstabend. Die Vereinigung der Kunstfreunde des Charlottenburger Lehrvereins veranstaltet am Sonnabend im Rathhausfestsaal zu Charlottenburg einen Volksliederabend, bei dem die Lautenspielerin Marianne Meyer und das Soliquartett des Berliner Völkergesangsvereins mitwirken. Karten zu 0,50 Mark.
- Heinz Caspar veranstaltet am Sonnabend im Harmoniumsaal einen Liederabend zur Laute. (Mittellieder aus alter und neuer Zeit.)
- Das Friedrich-Wilhelm-Städtische Schauspielhaus, dessen Direktor Korden sich eine Veltte von 350 000 Mark leistet, wird voraussichtlich von Adele Hartwig und Tomi Jmpetoven übernommen werden.
- Die Neuerwerbungen der Rationalgalerie sind Mittwoch, von 1/2 2 Uhr an, öffentlich zugänglich.

Getusch ist es bedauerlich, daß beim letzten Vergarbeitsstreik so viele harte Strafen ausgesprochen werden mußten; aber der Richter muß beim Urteil auch die Folgen in Betracht ziehen, und in solchen erregten Zeiten können einfache Schimpfworte eine viel schlimmere Wirkung haben als in ruhigen Zeiten. — Die Polizeibehörde darf nach der Judikatur nur im Verwehrungsinteresse einschreiten; dadurch ist für die Polizeibehörde ein Gefühl der Rechtsunsicherheit entstanden, und sie schreiet oft zu spät ein. Daher muß das Streikpostenstehen an sich verboten werden. Gefährdungsgemäß führt es oft zu Verleumdungen, Tätlichkeiten, Sachbeschädigungen, Aufruhr. Aber auch der Zweck des Streikpostenstehens ist nicht die Veranbringung der Arbeiter, daß hier ein Streik besteht — dazu gibt es andere Mittel —, sondern der Zweck ist die Einschüchterung der Arbeitswilligen, das Streikpostenstehen ist eine ständige Bedrohung der Arbeitswilligen, und deshalb ist sein Verbot berechtigt. (Zustimmung rechts.) In der Schweiz ist die Polizeibehörde auf dem Verwaltungswege beauftragt worden, das Streikpostenstehen zu verbieten, in Basel hat ein sozialdemokratischer Regierungsrat als Leiter der Polizei das Streikpostenstehen verboten (Hört! hört! rechts); in England laufen die Kreise der Industriellen ebenfalls Sturm gegen die Erlaubnis des Streikpostenstehens. Bei uns ist der ganze Mittelstand für ein Verbot des Streikpostenstehens. Einen größeren Schutz der Arbeitswilligen haben auch die christlichen Gewerkschaften verlangt, und sie werden sich der Konsequenz nicht entziehen können. In der Industrie ist man geteilter Meinung, einige halten die bestehenden Bestimmungen für ausreichend, die Mehrheit dagegen nicht, und hiervon wieder verlangt die Mehrheit ein direktes Verbot des Streikpostenstehens. Ein Teil der Industriellen freilich wendet sich dagegen, weil es

ein Ausnahmengesetz

sein würde. Der Deutsche Handelstag aber hält das Verbot des Streikpostenstehens für unbedingt notwendig. Die vom Ausschuß des Deutschen Handelstages befragten Handelskammern haben sich ebenfalls mit überwiegender Mehrheit für das völlige Verbot des Streikpostenstehens ausgesprochen, weil es notwendig sei zum Schutze der Arbeitswilligen. Der Staat und die bürgerliche Gesellschaft laden eine schwere Schuld auf sich, wenn sie diesem Vorkäse gegenüber sich nicht zu einer Tat aufraffen. Wir Konservativen wollen die Verantwortung für eine solche Unterlassung nicht tragen und haben deshalb den Antrag eingebracht. Seine Aussichten sind freilich gering. Die Herren von den Freisinnigen, die die Jenerer Stichwahlbedingungen unterschrieben haben, werden nicht dafür stimmen, weil sie für ein Ausnahmengesetz nicht stimmen dürfen. Zwar handelt es sich hier nicht um ein Ausnahmengesetz. Ein Ausnahmengesetz ist z. B. die Reichsversicherungsordnung mit ihren Wohlthaten nur für Arbeiter, ein Ausnahmengesetz sind die Strafbestimmungen gegen Beamte, auch das Jesuitengesetz. Aber die Sozialdemokraten, die für sich das Ausnahmerecht verlangen, jeden mit allen Mitteln in ihre Organisationen hineinzuzwingen, nennen eben das Verbot des Streikpostenstehens ein Ausnahmengesetz, und daran sind die Herren, die die Jenerer Stichwahlbedingungen unterschrieben haben, gebunden. Aber auch sonst wird die Volkspartei nicht leicht etwas tun, was der Sozialdemokratie nicht gefällt. Bei den letzten Reichstagswahlen hat sie ja mit der Sozialdemokratie ein geheimes Stichwahlabkommen mit der Bestimmung der Dämpfung der Agitation in einer Reihe von Wahlkreisen getroffen. Der Redner geht, vom Vizepräsidenten Dr. Baaske mehrfach darauf hingewiesen, nicht zu weit vom Thema: Gehalt des Staatssekretärs, abzuschweifen, in breiterer Weise auf die Einzelheiten des Stichwahlabkommens ein. Die Volkspartei ist dadurch — das ist die erste Seite des Abkommens — aus dem Zusammenarbeiten mit den anderen bürgerlichen Parteien ausgeschlossen. Um so mehr haben die anderen bürgerlichen Parteien Veranlassung, gegen die Gewaltthätigkeit der Sozialdemokratie sich zu wehren. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der Abgeordnete Ledebour hat ja hier offen verkündet: wir wollen die Republik. Und zwar ist er das in einer Weise, die jedem gesunden monarchischen Empfinden direkt ins Gesicht schlägt. Er hat es gewagt, zu sagen, wenn etwa der englische König ähnliche Verfügungen tun würde, wie unser Kaiser sie im Uffah getan haben soll oder getan hat, so würde das englische Volk den Thron in Scherben schlagen. (Abg. Ledebour: Sehr richtig.) Oder, und das war noch schlimmer für den Kaiser, das englische Volk würde seinem König Gelegenheit geben, auf einem einsamen Schloß in unätziger Ruhe zu verharren. In einer solchen Weise ist dem monarchischen Empfinden noch niemals ins Gesicht geschlagen worden, und so unerschrocken ist noch nie zum Ausdruck gekommen, welche Ziele die Sozialdemokraten erstreben. Denn deutlich kam in jenen Worten zum Ausdruck, daß sie den Wunsch haben, das deutsche Volk möge die Wege wandeln, die nach ihrer Meinung unter solchen Umständen das englische Volk wandeln würde. Mit Gewalt die Monarchie zu stürzen, das ist das Ziel, das Sie aufgestellt haben. Wie wollen Sie dem sonst Ihr Ziel, die Republik, erreichen? Das das Hohenzollernhaus ohne Gewalt nicht zu vertreiben ist, wissen Sie so gut wie wir. Und deshalb ist es wirkungslos, wenn Sie bestreiten, auf die Revolution hinzuwirken.

Das führt mich auch auf Ihr Verhalten zum Kriege. Der Abg. Scheidemann hat in einer persönlichen Bemerkung bestritten, in Paris gesagt zu haben, die deutschen Arbeiter werden nicht auf die französischen schauen. Es soll das nur in einem unbedeutenden Nachmittagsgespräch gestanden haben. Ich kann hier zwei andere Blätter auf den Tisch des Hauses niederlegen, die dieselbe Wendung bringen. Ist übrigens der Unterschied zwischen „sie wollen nicht schauen“ und „sie werden nicht schauen“ gar so groß? Und in welchem Zusammenhang ist die Wendung gefallen? Der Bericht der „Humanität“ hierüber lautet: „Wir wollen nicht den Krieg; gegen diejenigen, die versuchen würden, uns in diese Bestialität hineinzuwerfen, würden wir uns erheben mit dem Rute der Verzweiflung. Wir lieben und achten die französischen Arbeiter, wir wollen nicht auf sie schauen.“ Von der Verantwortung also kommt Herr Scheidemann nicht los, daß er in erster kritischer Stunde in Frankreich den Eindruck hervorgerufen hat, als ob die deutschen Arbeiter bereit sind, wozu sie in der Tat nicht bereit sind — darüber täuschen sich die Führer der Sozialdemokraten — unter Waterloo wehrlos zu machen. In derselben Sitzung fragte Fürst Löwenstein, ob Sie für den Fall des Krieges die Revolution wollten. Der Abg. Baaske verneinte das allerdings. Aber die Formel, unter der Sie die Revolution predigen, hat der Abg. Lenck hier aufgezeigt, als er ausführte: „Wir Sozialdemokraten wollen die Revolution nicht, aber wir sagen voraus, daß sie kommen wird.“ Und diese Voraussage ist in eine Form gekleidet, die schwerlich verheißender und aufrechter sein kann, denn es wird den Arbeitern gesagt, Ihr seid Heiden, Ihr seid Niedergedrückte, und werdet daher gar nicht anders können, als zur Revolution zu greifen. Wir bitten den Reichslanzler und seine Vertreter mit aller Schärfe an dem Grundsatz festzuhalten, daß ein Sozialdemokrat niemals mittelbarer oder unmittelbarer Beamter sein kann. Das Beamtenverhältnis ist nicht vereinbar mit dem Bekenntnis zur Republik. Wenn die Behörden des Reichs oder eines Staates in einem einzelnen Fall davon abweichen, so wird das Bewußtsein von der Staatsgefährlichkeit der Sozialdemokratie zum Schwimmen gebracht. Deshalb heißt es hier, sich endlich einmal zu ermannen gegen die Gewaltthätigkeit der Sozialdemokratie. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Unser Antrag ist nur ein erster beschließender Schritt. Aber er muß gemacht werden, damit der Staat und die bürgerliche Gesellschaft zeigen, daß sie sich auf ihre Pflicht besinnen, und es sich nicht gefallen lassen, daß der Staat sich vor der Gewaltthätigkeit der Sozialdemokratie beugt! (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Wp.): Ich weiß nicht, was Herr Graf Westarp veranlaßt hat, in diesem ersten Teil der Rede die Hälfte seiner politischen Freunde eingeschlossen zu sein.

Vizepräsident Dove: Sie blühen die Unachtsamkeit der Mitglieder des Hauses keinerlei Kritik unterziehen, wenn diese nicht gerade störende Geräusche hervorruft. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Wp.) fortfahrend: Ich weiß nicht, was ihn veranlaßt hat, der fortschrittlichen Volkspartei eine Vorlesung darüber zu halten, was für ein Wahlabkommen wir abzuschließen dürfen. Das geschah mit einer seltenen Plumpheit. (Vizepräsident Dove rügt den Ausdruck.) Graf Westarp ist der letzte, der der fortschrittlichen Volkspartei eine solche Vorlesung halten darf, denn wenn die fortschrittliche Volkspartei nicht wäre, so läge er nicht in diesem Hause. (Lachen rechts, große Heiterkeit links.) Nach einem derartigen Vorgehen wird er wohl kaum darauf rechnen können, das nächste Mal die Stimmen der Fortschrittler wieder zu erhalten. Warum sprechen Sie denn eigentlich über unser Wahlabkommen? Warum nicht über Ihre eigenen? Da hätten Sie gerade genug zu tun. Warum sprechen Sie nicht über das „Dr. Coburnsche Fährtenband“? (Heiterkeit und sehr gut! links.) Deshalb sprechen Sie nicht von den berühmten „braunen Lappen“ von Straßau und Greifswald? (Lachen rechts.) Wer so im Glashaute sitzt, soll doch nicht mit Steinen werfen, Herr Graf Westarp. (Sehr richtig! links.) Sie haben der Sozialdemokratie selbst 15 bis 20 Wahlkreise ausgeliefert. Die Schamacherrede, die Sie heute gehalten haben, nützt keiner Partei mehr als der Sozialdemokratie. (Sehr richtig! bei der Sozialdemokratie.) Nur der Kerger und der Born über den Ausfall der Wahlen, bei denen Sie so schlecht abgekommen haben, veranlaßt Sie dazu. (Widerpruch rechts.) Und Sie hätten noch schlechter abgekommen, wenn Ihnen nicht die Wahlkreisgeometrie zu Hilfe gekommen wäre. (Sehr richtig! links.) Mein Zeitpunkt ist ungünstiger, der fortschrittlichen Volkspartei solche Vorwürfe zu machen, als der jetzige, wo mir im vorigen Sommer alle Forderungen zur Wehrfähigkeit des deutschen Volkes bewilligt haben. (Heiterkeit und Ach! bei den Sozialdemokraten.) Meine Herren (zu den Sozialdemokraten), wir machen unsere Stellungnahme in derartigen nationalen Fragen nicht von irgend welcher Dankbarkeit abhängig. — In der Rede zeigte sich das gute Einvernehmen mit dem Zentrum auch dadurch, daß er aus Liebe zu seinen Bundesgenossen nichts über die Affäre Wetteritz gesagt hat. (Lachen im Zentrum.) Wenn jemand hier etwas gegen das Zentrum sagt, so schreien Sie (zum Zentrum) gleich, der Katholizismus werde angegriffen und beschimpft. Aber natürlich — das Zentrum ist keine konfessionelle Partei! (Promisches sehr richtig! links.) Das ist die gemeingefährliche Art, mit der Sie kämpfen. Sie sind die Kulturlämpfer. (Lachen im Zentrum.) Das Verhalten des Staatssekretärs des Innern in der Angelegenheit der amtlichen Wahlen, die der Abg. Fischer gestern beharrte, ist wirklich etwas sehr merkwürdig. (Sehr richtig! links.) Ich hoffe, daß der Staatssekretär jetzt endlich die Forderung des Reichstages erfüllt und für die Einführung amtlicher Wahlen sorgt. — Die preussische Wahlrechtsfrage harret noch immer der Entscheidung. Die Wahlrechtsfrage ist aber nicht eine rein preussische Frage, sondern eine große deutsche Frage. (Sehr richtig links, Widerspruch rechts.) Die Regelung der gewerblichen Kinderarbeit löst auch noch sehr zu wünschen übrig, besonders bei der Beschäftigung der Kinder bei der Landwirtschaft. Der Verfall des preussischen Ministeriums des Innern in Sachen des Verarbeitens, hat die Kerze mit dem größten Mißtrauen gegenüber dem Minister des Innern erfüllt. Er bedeutet einen Eingriff in das Koalitionsrecht und dient dem Frieden zwischen Arbeitern und Arbeitgebern nicht. Der Staatssekretär sollte dafür sorgen, daß dieser Erfolg zurückgezogen wird. — Der Abgeordnete Fischer hat allen bürgerlichen Parteien, also auch uns, vorgeworfen, sie gingen nicht energisch genug gegen Verletzungen des Vereins- und Versammlungsrechts vor. Gegen die Volkspartei ist dieser Vorwurf ganz ungerechtfertigt. — Graf Westarp nennt es eine Unfreundlichkeit, wenn die Unte Anträge auf Einführung einer Zuchthausvorlage ablehnt. Nun, er könnte sich in näherer Umgebung, zum Beispiel beim Grafen Potjomoff, nach dem Schicksal einer Zuchthausvorlage erkundigen. Auch der Staatssekretär Delbrück, der doch gewiß den Anschauungen des Grafen Westarp näher steht als den unterigen, hat solche Gesetze, wie das Verbot des Streikpostenstehens, für überflüssig erklärt. Gerade solche Schamacherreden, wie sie Graf Westarp eben gehalten hat, nützen der Sozialdemokratie am meisten. (Sehr wahr! bei der Volkspartei.) — Bei der Verantwortung unserer Interpellation über die Verletzungen des Vereins- und Versammlungsrechts am 10. Dezember jagte der Staatssekretär, die Verdrängung des Vereins- und Versammlungsrechts soll niemals über das hinausgehen, was notwendig ist, um die Erfüllung der staatlichen Aufgaben zu sichern. Es fragt sich eben nur, was hierzu notwendig ist. Ebenso denkbar sind die Ausdrücke des Staatssekretärs, wenn er Beschränkungen des Koalitionsrechts für zulässig erklärt, durch privatrechtlichen Vertrag, sofern die Beschränkungen nicht den guten Sitten zuwiderlaufen und nicht über das hinausgehen, was zur Wahrung der Rechte der wirtschaftlichen Interessen von Seiten des Arbeitgebers billigerweise gefordert werden kann, damit ist jeder möglichen Auslegung des Koalitionsrechts Tür und Tor geöffnet. (Sehr richtig! links.) Das zeigt, wie notwendig eine völlige Reform des Koalitionsrechts, vor allem des § 152 der Gewerbeordnung ist. — Herr Fischer ist gestern auf die Gewerkschaften eingegangen. Sie ist nur ein Glied in dem jahrelangen systematischen Vorgehen der römischen Kirche gegen die katholische Demokratie in allen, auch in katholischen Ländern. Was heute den Arbeitern geschieht, kann morgen den Beamten, übermorgen den Offizieren passieren, und ich bin bereit nachzuweisen, daß diese konfessionellen Spaltzüge tatsächlich in das Offizierskorps getrieben werden. (Hört! hört! bei der Volkspartei.) Der Staatssekretär Dr. Delbrück hat zu der Gewerkschaften ein Standpunkt eingenommen, den nicht einmal die christlichen Gewerkschaften teilen, die für das Wirtschaftsleben nicht konfessionelle Scheidewände wollen errichten lassen. Der Staatssekretär hat einen vollständigen ultramontanen Standpunkt eingenommen. (Lachen im Zentrum.) Das schaffen Sie durch Lachen nicht aus der Welt. Schreien doch eines der Zentrumsblätter, was der Staatssekretär zur Enghilfa gesagt hat, hätte ebenso gut ein Bischof sagen können. (Große Heiterkeit.) Man erzählt, daß der Reichslanzler sich für eine Wilerung der Enghilfa in Rom verwandt hat. Wir haben ein Recht zu erfahren, ob den Herren in Rom kargemacht worden ist, daß wir uns in weltlichen Dingen von ihnen nicht auf der Nase herumtanzen lassen. (Beifall bei der Volkspartei.) Zusammenfassend sage ich: Wir wußten bei der Schaffung des Vereinsrechts, daß Schwierigkeiten entstehen würden. Durch unsere jährlichen Ausreden hier haben sich die Verhältnisse verbessert; doch bestehen noch immer große Schwierigkeiten. Deshalb sind wir zu einem Akkord des Koalitionsrechts bereit. Der Staatsmann, der dazu die Hand bietet, würde dem deutschen Volk die schönste Jubiläumsgabe darbringen. (Lebhafte Beifall bei der Volkspartei.)

Abg. v. Morawski (Vole) spricht über die Entlehnungsfrage. Diese Frage muß besonderes Interesse haben für die Konservativen — denn wenn wir enteignet werden können, können auch alle Großgrundbesitzer enteignet werden. Alle polnischen Vereine werden von der preussischen Verwaltung schikaniert, auch wenn sie keine politischen, sondern nur wirtschaftlichen Zwecke verfolgen. (Beifall bei den Polen.)

Abg. Dr. Quast (Soj.):

Der Angriff des Grafen Westarp wegen des Stichwahlabkommens nach einer so langen Zeit und gerade beim Etat des Reichstages des Innern ist doch recht verunnehmlich. Seine späte

moralische Entschuldigung zeigt die starke Verärgerung der konservativen Partei über das Abkommen. Was er hier über die Verletzung der monarchischen Gefühle gesagt hat, soll wohl nur als Vorwand dienen zur Erreichung dessen, was ihm als Ideal auf dem Gebiete des Vereins- und Versammlungsrechts vorschwebt. Offenbar hat er seine Ausführungen als eine Art Einleitung zu den preussischen Landtagswahlen gedacht. Es scheint der konservativen Partei notwendig, den Staatsanwalt anzurufen, weil sie fürchtet, durch die Empörung über ihren Druck gegen die Landarbeiter könnte eine Reaktion zustandekommen, die ihnen unannehmlich wäre. Daß Graf Westarp und die Konservativen überhaupt einen schlimmeren Schein für die sozialistische Gewerkschaftsauffassung zeigen sollten, darauf haben wir längst endgültig verzichtet. Die Auseinandersetzung zwischen ihm und dem Abg. Müller-Meinungen war für uns recht interessant, sie erinnerte an die

Gegensätze von ehemals,

die sich streiten, wobei rechts ein Chignon liegt, links ein Kuge geschlagen wird, und die jüngere Generation, in diesem Fall die Sozialdemokratie, sich erlaubt dem Janz der Eltern zu (weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Wir müssen laden aber die gegenseitigen Vorwürfe, uns zu fördern. Sie fördern uns ja vor allem durch Ihre Taten.

Für den Rechtsbruch, den der Antrag des Grafen Westarp verlangt, ist der gegenwärtige Reichstag wohl der allernachste Ort und der Moment wohl sehr schlecht gewählt. Der Staatssekretär hat eine geradezu ungehörliche Interpretation des Koalitionsrechts gegeben. Nach seiner Auslegung hat im Grunde der Unternehmer darüber zu entscheiden, wie weit der Arbeiter ein Koalitionsrecht hat. Das Reichstags des Innern hat auch ruhig zugegeben, wie nicht nur den Staatsanwälten, sondern wie in Preußen jetzt auch einer weiteren Kategorie von Arbeitern das Koalitionsrecht einfach eskamotiert worden ist. In meine die Vernichtung des Koalitionsrechts der Arbeiter in den Bäckerei- und Fleischerbetrieben durch die belanteten Innungsbeschlüsse und ihre Verfestigung durch die preussischen Behörden. Aus Süddeutschland sind derartige Fälle nicht bekannt, das Vorgehen scheint charakteristischerweise auf Preußen beschränkt. In Magdeburg, in Frankfurt a. M. und anderwärts haben die Innungen ihre Mitglieder mit hohen Strafen dazu gezwungen, von Vereinbarungen mit den Behörden zurückzutreten. Bis in die Behntungen gehen die Strafen dafür, wenn ein Unternehmer es wagt, gemeinsam mit einer Arbeiterorganisation eine Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchzuführen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn man Derartiges vom beschränkten Innungsvorstand noch verstehen kann, so verstehen wir schlechterdings nicht das Vorgehen der Behörden. Daß nachher zunächst die städtischen Behörden von Magdeburg und Frankfurt a. M., dann die staatlichen Aufsichtsbehörden die Innungsbeschlüsse, die gegen die Koalitionsfreiheit aufs allerhöchste verstoßen, gut heißen — ist das unerhörteste an dem Vorgang. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Und diese Beschränkung der Koalitionsfreiheit besteht heute weiter. Es ist soweit gekommen, daß eine große Reihe von Prinzipalen und Unternehmern sich in einer Petition an uns gewandt haben — es handelt sich da um die Petition, die uns aus Breslau von dem Verbanne der deutschen Bädermeister und verbannten Gewerben zugegangen ist — in denen Unternehmer vor uns erscheinen und uns bitten, daß der Reichstag die Regierung veranlasse, sie vor dem Terrorismus ihrer eigenen Berufskollegen zu schützen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Unerbört!) Durch die preussischen Behörden wird die Niederzwingung der Koalition der Arbeiter möglich gemacht. Man braucht sich nicht zu wundern, wenn die „Deutsche Fleischerzeitung“ mit Bezug auf unsere Verhandlungen zur Fleischnot zu schreiben wagte: „Das würde den roten Herrschaften gut gefallen, weiter auf städtische Kosten gestützt zu werden.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist ein Jynismus, wie er schlimmer nicht gedacht werden kann. Kein deutscher Arbeiter denkt daran, sich auf städtische Kosten füttern zu lassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Fragen Sie die Armenverwaltungen im ganzen Lande, wer sich am meisten dagegen sträubt, Almosen anzunehmen: das sind die deutschen Arbeiter! (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Erst wenn die Not gar zu groß wird, dann muß der deutsche Arbeiter auch den Weg zur Armenverwaltung gehen. Die Fleischpreise der städtischen Verwaltungen waren im übrigen auf Hochnpannung, so daß von einem Füttern auf Kosten der Stadt schon deswegen nicht gesprochen werden kann. Das Zentrum, das alles mitmacht, wird auf die Dauer es vor seinen Interessen doch nicht verantworten können, so gegen die Arbeiterinteressen zu handeln, wie es das bisher getan hat. Vor allem hat das Zentrum alle Lebensmittelverteuerungen mitgemacht. Ein Zentrumsmann hat einmal über den Kaffeezoll gesagt, was schade es, wenn der Kaffee etwas teurer werde — die Leute könnten ja den Kaffee dann etwas dünner aufbrühen. (Hört! hört! bei den Soz.) Das ist die sozialpolitische Verbesserungspolitik des Zentrums! Als der Kollege Kölsch vorhin davon gesprochen hat, auch seine politischen Freunde seien für billiges Fleisch, so habe ich meinen Ohren nicht getraut. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Erst dieser Tage haben wir es doch erlebt, daß in der Fleischsteuerungskommission es gerade die Nationalliberalen waren, die als Hinglein an der Waage alle auf Verbilligung des Fleisches gerichteten Anträge abgeschmettert haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich bin noch ein sehr junges Mitglied des Reichstages und bin sehr naiv in Bezug auf die Gewohnheiten und Gebräuche dieses Hauses, und darum ist mir wohl die Frage erlaubt: Wie ist es möglich, daß eine Partei sich so mit ihren Worten und Taten in Widerspruch setzen kann? (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Graf Westarp hat den Rat gehabt, seine Resolution damit zu begründen, daß er Stimmen von Unternehmern verloren hat, die sich dahin ausdrücken, daß gegenüber den Unternehmern und Arbeitwilligen die Säugmaßregeln des Staates gegen die Streikenden noch nicht ausreichen. Es ist doch eine bekannte Tatsache, daß unter glorreichem Regime der preussischen Junker schon dafür gesorgt hat, daß die Arbeiter mit der ihnen geschuld gewöhnten Koalitionsfreiheit nicht viel anfangen können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung möge sich ab-davor hüten, dieses Material ohne weiteres zu benutzen. Ehe man es amtlich benutz, muß man gerechterweise auch erst die andere Seite hören. Wahrscheinlich wird sich bei genauer Prüfung des Materials herausstellen, daß 90 Proz. aller Fälle nicht zutreffen, wie das bei den meisten Unternehmern der Fall ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Konservativen sollten doch lieber offen sagen, daß sie nicht bloß das Streikpostenstehen verbieten, sondern daß sie die deutsche Arbeiterkraft

an Händen und Füßen fesseln

wollen, damit die Arbeiter wehrlos gegenüberstehen den großen Organisationen der Unternehmer, gegen die Graf Westarp sein Wort des Tadels hatte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich würde mich gar nicht wundern, wenn Graf Westarp im nächsten Jahre erklärt, wir dürfen mit dem Einschreiten nicht bis zum Ausbruch des Streiks warten, sondern schon jede Vorbereitung eines Streiks muß als eine das Staatswohl bedrohende Handlung verboten werden. Darauf deutet es ja schon hin, wenn in Magdeburg 400 Teilnehmer einer Metallarbeiterversammlung auf die Polizeiwache geschleppt wurden, um zu untersuchen, ob sich unter diesen vielleicht ein Arbeiter befände, der einen Streikbrecher beleidigt haben sollte. (Hört! hört!) Die bei jedem Streik herrschende Erregung ist ein Kulturmoment, vor der der Staat den Hut ziehen sollte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es sollte nicht, wie Graf Westarp verlangt, krassköpfig, sondern strafmildernd bei Bericht ins Bewußt fallen. Härtere Urteile gegen Streikführer, als die im Preussischen vorliegen können, Graf Westarp uns höchstens aus Ausland vorlegen können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir sind der Ueber-

zeugung, daß der Reichstag auch diesmal den vom Grafen Westarp empfohlenen Antrag seiner Freunde mit überwältigender Mehrheit ablehnen wird. (Beifall links.)

Sozialpolitik der deutschen Reichsregierung

hat auch die allerbestehenden Anforderungen einer bürgerlichen Sozialpolitik unerfüllt gelassen. (Sehr richtig!) Bei der Sozialdemokratie.) Die Nachtarbeit in den Bäckereien ist bereits in England, in Italien abgeschafft. Auch Deutschland müßte endlich folgen. Technisch sind die großen Bäckereien längst in der Lage, die Nachtarbeit entbehren zu können. Eine vollständige Abschaffung läßt sich auch nur durchführen, wenn die Nachtarbeit beseitigt ist. Ich freue mich, daß gerade in Frankfurt am Main eine große Bäckerei schon lange die Nachtarbeit abgeschafft hat. Aber jenseits Material existiert nicht für unser Reichsamt des Innern. In den Nationalbäckereien unterliegen sich die Bäckmeister, daß sie keinen militärischen Rang haben; ich halte es eher für möglich, daß diese Herren die ersehnten Epauletten bekommen, als daß unter Reichsamt des Innern in die Beseitigung der Nachtarbeit in den Bäckereien willigt. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten.)

Dann hätte das Reichsamt des Innern seine Aufmerksamkeit schon längst den Zuständen in der chemischen Industrie zuwenden müssen. Gerade Frankfurt ist von einem Kranz chemischer Fabriken umgeben, und wir können beobachten, wie die Stadt den chemischen Millionären entgegenkommt, wie ihnen Wald abgetreten wird, damit sie Kesseltürme und prächtige Villen hinbauen. Auf der anderen Seite sehen wir, daß die Arbeiter diese Fabriken

als Höllen bezeichnen.

Es herrschen da Zustände, die jeder Menschlichkeit Hohn sprechen; durch giftige Stoffe werden die Menschen in entsetzlicher Weise verunstaltet. Zehntausende von Arbeitern gehen jährlich durch diese Fabriken und arbeiten dort sechs Wochen, acht Wochen, weil sie es länger nicht aushalten, und gehen dann mit dem Keim der Krankheit fort. Aber gegenüber diesem Gesagten, dem beruhigenden Reichtum auf der einen, dem Elend auf der anderen Seite, verhält sich das Reichsamt des Innern absolut unaktiv. Das einzige Gebiet, auf dem es in den letzten Monaten eine Initiative ergriffen hat, ist der Schutz der Bühnengedächtnisse. Wir begrüßen den Entwurf eines Reichstheatergesetzes und freuen uns, daß die junge Organisation der Bühnengedächtnisse und ihre temperamentvolle Vertretung bereits solche Erfolge erzielt hat. Wir werden aber wohl mit den Bühnengedächtnissen einig sein darin, daß dieser Entwurf auch nicht entfernt die schwierigen Arbeitsverhältnisse regelt. Der Entwurf sagt, der Schauspieler ist zu der und der Tätigkeit nicht verpflichtet. Hierfür müssen zwingende Bestimmungen geschaffen werden, wenn sie dem Schauspieler wirklich nützen sollen. In Bezug auf die Konzessionen wird der Polizei eine sehr große Macht eingeräumt; deshalb muß für eine Reichszentralbehörde für das Konzessionswesen gesorgt werden. Ferner ist eine Ueberwachung für die Durchführung der Bestimmungen notwendig, denn das Reichstheatergesetz nicht auf dem Papier stehen bleiben soll. Auch die Kostfrage muß besser geregelt werden. Auch die Regelung der Verhältnisse der Musikanten ist ganz unzureichend.

Die Anstellungsbedingungen in vielen Konservatorien begünstigen die schamlose Ausbeutung billiger Arbeitskräfte. Sehr mißlich ist auch die Lage der herrschaftlichen Diener. Es besteht ein hartes Bedürfnis nach sozialer Schutz auch für diese Arbeitnehmerschicht, die unter dem parasitären Gewächs der sogenannten Diener-Kochschulen zu leiden hat. Diese Kochschulen sind nur veraltete Stellenvermittlungsinstitute, die geradezu Menschenhandel treiben und die armen Angestellten ausbeuten. Hier sollte das Stellenvermittlungsgesetz schärfer angewandt werden. Hier dreht es sich um die Gesindeordnung und über die schwersten Mißstände, die sich aus diesem überlebten Gesetz ergeben, hat Graf Westarp kein Wort verloren. Dabei ist das eines der aufreizendsten Kapitel im Wirtschaftsleben, das revolutionärer wirkt als alle sozialdemokratischen Reden. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten.) Die ganze Zersplitterung unserer sozialen Gesetzgebung, die schon vor vollstündlichen Verbesserungen ist verursacht durch die Scheu der Regierung davor, daß Arbeiter in der Sozialversicherung zu größerer Mitarbeit in der Verwaltung herangezogen werden. Diese Mitarbeit würde erst einen Grundstein zur in die Versicherung bringen. Die Regierung ließ es ja aber nicht einmal zu, daß der liberale baltische Fabrikinspektor Borschhofer eine einflussreiche Stellung im Versicherungswesen erhielt. Wir brauchen eine

vollständige soziale Gestaltung der sozialen Gesetzgebung.

Hier mündet das soziale Problem in das politische ein. Hier kommen wir zu dem Schluss, daß die von Fische gestern wieder nachgewiesene Herrschaft Preußens in Deutschland auch verhängnisvoll in sozialer Beziehung wirkt. Sie bedeutet auch die Herrschaft der rückständigen Unternehmungsklassen der Welt, die wir überhaupt kennen, der preußischen Junker. (Lebhafte Zustimmung links. — Lachen rechts.) Sie bedeutet, daß sich der Junkerklass die industriellen Schornsteine als Gehilfen angegeschlossen haben, und daß das Zentrum als Hauskaplan hinter dieser Ehegemeinschaft steht. (Sehr richtig!) bei den Sozialdemokraten.) Arbeiterkassen kann nur durchgeführt werden durch eine Demokratisierung unserer Zustände, durch die Beseitigung des Junkereinflusses. Dann wird Deutschland nicht nur politisch, sondern auch sozial vorwärts kommen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Meding (Welfe): Als Mitglied der deutsch-hannoverschen Partei habe ich gegenüber dem Abgeordneten Müller-Reinigen zu erklären, daß wir die Bezugnahme unserer nationalen Gesinnung als schwere Verleumdung empfinden. Ich bemerke noch, daß in Hannover überhaupt keine Welfen gewählt sind.

Hierauf verläßt das Haus die Weiterberatung.

Persönliche Bemerkungen.

Abg. Scheidemann (Soz.):

Graf Westarp ist erneut auf meine Pariser Rede vom 17. November zurückgekommen. Daß sie sich für die konservative Wahllegation nicht fruchtbarisiert, läßt mich wohl selbst, und sagte deshalb: „Was Herr Scheidemann dabei gedacht hat, ist ganz egal.“ Ein etwas merkwürdiger Standpunkt für einen Juristen. In der Auseinandersetzung am 3. Dezember sagte der Abg. Oertel nach meinen Erklärungen, er sei an der Falschung unbeteiligt, er habe nach französischen Blättern zitiert und Verantwortung genommen, die Sache richtig zu stellen. Ich habe damals ausführlich auseinandergesetzt, wie die Rede, zu der ich auch heute noch stehe, zustande gekommen ist, und habe mit den Worten geschlossen: „Wer nach meinen Erklärungen noch fernherhin die erbärmliche Lüge verbreitet, den erkläre ich für einen ehrlosen Menschen.“ Dem habe ich nichts hinzuzufügen. (Lebhafte Beifall und sehr gut! links.)

Reduzent Kammf: Es ist parlamentarisch unzulässig, eine einzelne Person hier im Hause als ehrlos hinzustellen.

Abg. Westarp (kons.): Daß Herr Scheidemann versucht, mich in mehr oder minder parlamentarischer Form als ehrlos zu bezeichnen, kann mich nicht berühren. (Abg. Ledebour: Sie haben eben ein dices Fell!) Nicht deswegen, sondern weil die Verleumdungen tatsächlich unbegründet sind und auf einem Niveau stehen, das mich nicht berührt. (Lautes Lachen links.) Zur Sache selbst bemerke ich: Der Abg. Oertel glaubte den Erklärungen Scheidemanns, ich aber habe inzwischen festgestellt, daß nicht nur ein kleines Nachmittagsstückchen, wie Herr Scheidemann sagte, sondern eine große französische Zeitung denselben Wortlaut brachte. Wenn ich gefragt habe, was er dabei gedacht hat, ist egal, so sollte das nur bedeuten, es kommt nicht darauf an, ob hier ein Dolus oder nur Fahrlässigkeit vorliegt. Wenn Abg. Dr. Müller meinte, ich hätte nicht gewagt, dem Zentrum wegen des Falles Wetterlé Vorwürfe

zu machen, so muß ich erwidern, daß einmal der Abg. Wetterlé nicht zum Zentrum gehört und daß andererseits, soweit ich weiß, das Zentrum seine Haltung entschieden mißbilligt. (Lachen im Zentrum.) Im übrigen lasse ich mir nicht von Dr. Müller vorschreiben, worüber ich reden soll. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Cohn (Soz.):

Der Abg. Müller-Reinigen hat die berühmte Dr. Cohnsche Zahnenbandgeschichte wieder vorgebracht. Wenn er diese Geschichte nicht als Märchen — die sie ist — behandelt hat, so hat er zugunsten seiner dichterischen Phantasie andere persönliche Eigenschaften vernachlässigt. Ich stelle fest, daß ich von meiner Partei mit der Verleumdung von Zahnenbändern beauftragt bin (Heiterkeit), daß ich niemals einem Komitee angehört habe (Heiterkeit), und daß ich seit meiner Dienzeit mit preussischen Zahnen und Zahnenbändern keine Beziehungen mehr gehabt habe. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Müller-Reinigen: Ich habe nicht behauptet, daß Dr. Cohn Zahnenbänder verteidigt oder damit handle. Ich habe in rein passiver Weise von dem Cohnschen Zahnenband gesprochen. Es hätte nur noch gefehlt, daß Dr. Cohn konstatiert hätte, er heiße gar nicht Cohn. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Cohn (Soz.):

Ich muß in Bezug auf die letzte Bemerkung feststellen, daß ich zum Scherz des Abg. Dr. Müller-Reinigen hier im Reichstages noch immer „Dr. Cohn-Nordhausen“ heiße. (Große Heiterkeit.)

Mittwoch, 1 Uhr: Antrag Haase (Soz.) und Genossen auf namentliche Abstimmung über die Resolution betreffend Verbot des Streikpostens. — Weiterberatung des Etats. Schluß 7 Uhr.

Parlamentarisches.

Erhöhung des Rotenumlaufs. — Reichsgefegungs- maschinerie.

Die Budgetkommission des Reichstages setzte am Dienstag die Beratung über die Vermehrung der Ausgabe kleiner Banknoten fort. Genosse Ledebour erklärte sich gegen die Befestigung jeglicher Bindung in der Ausgabe kleiner Noten; die Regierung könne sehr wohl eine den Bedürfnissen entsprechende Grenze angeben. Wenn in einer kritischen Zeit das Publikum verlangen würde, die massenhaft ausgegebenen Noten gegen Gold umzutauschen, können sehr große Schwierigkeiten entstehen; die Gefahr des Zwangsauswechslens sei in einem solchen Falle nicht zu befechten.

Staatssekretär Delbrück wandte sich gegen die im Jahre 1906 zwischen Budgetkommission und Staatssekretär getroffene Vereinbarung, die der Regierung eine Bindung auferlegt. Graf Westarp erklärte namens der Konservativen, daß der Widerspruch gegen Aufhebung der Bindung fallen gelassen werde. Genosse Hoch erklärte es als wünschenswert, daß im Verkehr das Papiergeld das Metallgeld mehr ablöse. Bedenklich im vorliegenden Falle sei die Verbindung der erhöhten Notenausgabe mit Rüstungen für den Kriegszustand. Büchsenmeyer ist, daß der goldarbeitenden Industrie keine Schwierigkeiten gemacht werden bei der Verwendung von Goldstücken für technische Zwecke, sonst müßte die Industrie mit hohen Verlusten andernfalls sich Gold verschaffen und würde erheblich geschädigt werden. Graf Westarp fordert die Einbringung eines Depositionsgesetzes, um die Kreditpekulationen zu bekämpfen. Gegen diese Forderung wendeten sich Staatssekretär Delbrück, Reichsbankpräsident Havenstein und die Redner aller anderen Parteien. Mit gefühlsvollen Bestimmungen seien unläutere Manipulationen, wie auch die wilde Spekulation nicht zu bekämpfen. Genosse Ledebour betonte, die Sozialdemokratie würde jeder gefühlsvollen Maßnahme zustimmen, die ohne Schädigung der berechtigten wirtschaftlichen Interessen die ungesunde Spekulation treffen könnte.

Nach weiterer Debatte wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten die Bindung bei der Ausgabe kleiner Banknoten aufgehoben.

Die Kommission trat Johann in die unterbrochene Beratung der Organisation des Reichsamts des Innern ein. Graf Westarp meinte, die sozialpolitische Gesetzgebungsmaschine arbeite schnell und präzise genug. Er sei neugierig, welche Folgerungen die Sozialdemokraten aus der Schilderung des Staatssekretärs über die Schwierigkeiten ziehen werden, die bei Einbringung von Reichsgesetzen bestehen. Staatssekretär Delbrück war sehr erkrankt, daß seine Schilderung solches Ruffen erregt habe. Er habe nur die Tatsachen gefällert; im übrigen müsse gesagt werden, daß die komplizierte deutsche Staatsmaschinerie sehr gut arbeite. Genosse Ledebour brachte zum Ausdruck, daß der heutige Zustand unhaltbar geworden sei. Es müsse darin eine Veränderung eintreten, daß der eine Bundesstaat, Preußen, in solch ungeheurer Weise die Reichsgefegung beeinflussen kann, wofür am Montag im Plenum ein drohender Hinweis erbracht worden ist. Seine persönliche Auffassung sei, mit den Bundesstaaten ist aufzuräumen, an ihre Stelle hat der deutsche Einheitsstaat zu treten, mit parlamentarischer Regierung auf demokratischer Grundlage. Damit erreichte die allgemeine Debatte ihr Ende.

Vom Zentrum wurde folgende Resolution eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, unverzüglich Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, der durch die sogenannte Valoration herbeigeführten künstlichen Vertierung des Kaffees entgegenzuwirken.“

In der Debatte über diese Resolution drückte Genosse Moltke seine Verwunderung darüber aus, daß dasselbe Zentrum, das vor wenigen Jahren bei der sogenannten Steuerreform und auch beim Zolltarif dem Volke den Kaffee erheblich verteuert hat, jetzt der Vertierung plötzlich entgegenzutreten will. Wollen die bürgerlichen Parteien ernstlich eine Verbilligung des Kaffees, dann brauchen sie bloß den Kaffeezoll aufheben, der den Kaffeekonsum schädigt; ferner die Staaten, die Kaffee ausführen, zu Repressalien gegen Deutschland veranlassen. Das erleben wir jetzt mit Sao Paulo in Südamerika. Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Die Britische Sozialistische Partei und die Rüstungsfrage.

London, 9. Januar. (Fig. Ver.)

Die B. S. P. (Britische Sozialistische Partei) macht augenblicklich eine schwere Krise durch. Die Partei wurde Ende 1911 zu Manchester gegründet und der große Enthusiasmus, der diese Einigungskonferenz kennzeichnete, berechtigte zu hohen Hoffnungen. Aber die Konfusion, die durch die Versuche, die politische Organisation der Arbeiterkassen mit der gewerkschaftlichen zu vereinigen, hervorgerufen worden ist, erhöhte die B. S. P. noch stärker als die übrigen Arbeiterorganisationen Großbritanniens und führte im Jahre 1912 zu einem Stillstand, wenn nicht gar zu einem Rückschritt der neuen Partei. Nun tritt zu diesen internen Schwierigkeiten noch die Rüstungsfrage, die durch das Verhalten des Vorsitzenden der B. S. P. Hyndman wieder an die Tagesordnung gebracht worden ist. Hyndman und seine engeren Freunde vertreten in dieser Frage Ansichten, die in der Internationale von niemand geteilt werden und die auch weder bei der englischen Arbeiterpartei noch bei der Mehrheit der Mitglieder der B. S. P. Anklang finden. Diese Ansichten sehen, im Grunde genommen, auf nichts anderem, als auf einem mit Sozialismus verträglichem Chauvinismus. Der feste

Punkt in den Anschauungen Hyndmans und seiner Freunde ist die von den englischen Panzerlattenpatrioten so weiblich ausgebeutete „deutsche Gefahr“, die nicht allein die Unabhängigkeit und Freiheit Englands bedrohen soll, sondern auch das Wohl der ganzen Menschheit, der Demokratie und des Sozialismus. Um nun diese Gefahr zu beschwören, müsse England eine hinreichende starke (adäquate) Flotte besitzen. Daß nach der Ansicht Hyndmans die englische Flotte, die im kommenden Jahre nicht weniger als 50 Millionen Pfund Sterling kosten wird, noch lange nicht groß genug ist, geht aus den Briefen hervor, die er an erzkonservative Blätter wie die „Morning Post“ schreibt. Zwar will er die Kosten der Rüstungen den besitzenden Klassen aufbürden; aber das ist nur die sozialistische Verdrängung einer chauvinistischen Forderung, die in der von ihm gewünschten Gestalt von dem Parlament in seiner jetzigen Zusammenfassung nie bewilligt werden würde.

Das Auftreten Hyndmans mußte natürlich für den Vorstand der B. S. P., dessen Vorsitzender er ist, konpromittierend wirken. Der Vorstand sah sich daher genötigt, in einer am 14. Dezember 1912 abgehaltenen Sitzung folgende Resolution anzunehmen:

„In Anbetracht, daß die Flotte und Flotten moderner kapitalistischer Staaten nur im Interesse der kapitalistischen Angelegenheiten dieser Staaten erhalten und gebraucht werden; in Anbetracht ferner, daß zwischen dem deutschen und britischen Imperialismus und der deutschen und britischen Aggression, soweit die Arbeiterschaft in Frage kommt, kein Unterschied besteht, bewirkt der Exekutivauschuß der Britischen Sozialistischen Partei die Propaganda zugunsten vermehrter Flottenausgaben.“

In Uebereinstimmung mit den internationalen sozialistischen Prinzipien erklären wir, daß ein Krieg zwischen Deutschland und England ein schreckliches Verbrechen gegen die Menschheit sein würde, daß es zwischen den Arbeitern Deutschlands und Englands keine Ursache zum Streite gibt und daß keine Streitigkeit, die zwischen den Kapitalisten der beiden Länder entstehen mag, die Ansehen eines einzigen deutschen oder britischen Soldaten wert ist. Während wir es vertrauensvoll unseren deutschen Genossen überlassen, einen Druck auf die deutsche Regierung auszuüben, damit diese ihre Ausgaben für Rüstungen beschränke und ihre imperialistischen Träume aufgebe, fordern wir die britische Regierung auf, von ihrer herausfordernden Haltung gegen Deutschland abzulassen, sich für die Aufgabe des Seebaurechts zu Kriegszwecken zu erklären, eine Kontente mit Deutschland herbeizuführen und ihre Rüstungsausgaben zu verringern.

Wir protestieren ferner entschieden gegen die Politik der geheimen Diplomatie, die das Volk zu einem hilflosen Opfer in den Händen einiger gewissenlosen Finanzleute und Diplomaten macht.“

Die Resolution wurde mit 5 gegen 4 Stimmen angenommen. Gleich nach der Annahme der Resolution legte einer der Minderheit, namens Fisher, sein Vorstandsamt nieder. In einem Briefe an die offizielle Monatschrift der B. S. P., den „Socialist Record“, wertet er mit dem Leitmotiv: „Freunde und Ausländer sind es meist, die unter uns gefüt den Geist der Rebellion“ gegen die ausländischen Mitglieder der Partei (vielleicht russische Flüchtlinge), die die Politik der Rüstungseinschränkungen inspiriert haben sollen, und verlangte eine starke britische Flotte, die die Lebensmittelfuhr unter allen Umständen sichern könne. Letzten Sonntag legte Fisher seine Ansichten einer Versammlung in der Chandos Hall auseinander, wo ihm ein sehr ungünstiger Empfang zuteil wurde. Nach seinen Worten zu urteilen, hat ihn das chauvinistische Fieber recht arg gepackt. Der Fall hat jedoch auch seine komische Seite. Dieser Brite der Briten stammt nämlich von einem ungarischen Vater! Auch Hyndman hat einen Brief geschrieben, in dem er erklärt, er werde in der nächsten Vorstandssitzung sein Amt niederlegen, wenn die Resolution nicht abgeändert werde.

Man hat allen Grund zur Annahme, daß die Mehrheit der Mitglieder der B. S. P. die nationalen Vorurteile Hyndmans und seiner Freunde nicht teilen, daß diese Mehrheit geionnen ist, ihren Verpflichtungen gegenüber den Genossen in anderen Ländern voll und ganz nachzukommen. Die Forderung, daß Großbritannien in der sozialistischen Welt eine Sonderstellung eingeräumt werden müßte, wird von den Gegnern Hyndmans als unbedeutend bezeichnet. „Wenn unser Land Gefahr läuft“, so sagen diese Genossen, „daß ihm in einem Kriege die Lebensmittelfuhr abgeschnitten wird, so liegt das Heilmittel nicht darin, daß wir immer mehr Dreadnoughts bauen, sondern darin, daß wir unsere Regierung zwingen, die Wiederbevölkerung unseres so äußerst fruchtbaren Bodens herbeizuführen.“ Das war die Politik der alten S. D. P. und ein Verlassen dieser Politik kann uns nur in den Sumpf des Militarismus führen, aus dem es keine Rettung gibt.“

Die Streitfrage ist überhaupt mehr persönlicher als sachlicher Natur. Hyndman und seine persönlichen Freunde stehen im Banne einer überlebten Anschauung. Sie leben geistig noch in der Zeit der nationalen Unabhängigkeits- und Einigungskämpfe und haben nie einen Versuch gemacht, die internationalen Probleme im Lichte der kapitalistischen Expansionspolitik zu verstehen. Daher auch die Ähnlichkeit, die ihre Schlagworte und Argumente mit denen der ordinären Deutschenbeher haben. Dazu war Hyndman stets ein Bourgeois in seinem Empfinden und seinem ganzen Auftreten auf der Tribüne, in seinem „platform style“ und es liegt gewiß ein gut Stück Wahrheit in der oft gehörten Behauptung, daß seine Persönlichkeit das Wachstum der von ihm geleiteten Organisation verhindert habe. Ein englisches Sprichwort sagt, daß das, was dem Knoden angeboren, aus dem Kleise nicht zu tilgen sei. Als er vor einigen Jahren dem Chauvinismus Vorhub leistete, konnte man annehmen, daß es sich in der damals erregten Situation nur um einen faux pas handelte, den er bald bereuen werde. Heute, da selbst die Ringoes ihre Bege einestell haben, ist eine derartige nachsichtige Beurteilung nicht möglich. Die B. S. P. wird ernstlich Einkehr und Umkehr halten müssen, wenn sie nicht national und international zugrunde gerichtet werden und ihre besten Mitglieder an die S. D. P. verlieren will, die in der Rüstungsfrage, dem heutigen Prüfstein der sozialistischen Politik, ein absolut reines Gewissen hat.

Jugendbewegung.

Die Kriegsspielerei des Jungdeutschlandbundes

findet auch in einsichtigen bürgerlichen Kreisen immer mehr Gegner. So schreibt z. B. das nationale „Samener Tagesblatt“ über das nachgerade zum gefährlichen Sport ausgeartete Spiel erwachsener Schüler mit Schulwaffen:

„Das ist der Blah der bösen Tat und das unbedeutende Verdienst des Jungdeutschlandbundes, der es sich zur Aufgabe macht, den „kriegerischen Geist“ in der Jugend zu erwecken. Wenn aber ein Unglück durch solche Schieberei geschehen ist, wird man mit heuklerischer Miene fragen: Wie konnte so etwas geschehen? Darum sollten

alle Eifern ihre Kinder vor solchen verderblichen Einflüssen bewachen, denn zu guter Letzt wird sie die Schuld treffen."

Der Meinung sind wir auch; insbesondere sollte diese Mahnung für die Arbeiterkassen gelten. Im übrigen aber muß der verderbliche Einfluß des Jungdeutschlandbundes schon schlimme Folgen gezeitigt haben, denn sonst würde sich ein bürgerlich-nationalistisches Blatt wohl kaum zu einer solch scharfen Kritik aufgetrafft haben.

Soziales.

Das Heilverfahren der Angestelltenversicherung

Ist in dem jetzt abgeschlossenen Vertrauensmännerwahlkampf von dem Parteitag der reaktionären Angestelltenverbände, dem „Hauptauschuß“ als eine besondere Errungenschaft gegenüber der Invalidentversicherung gepriesen worden. Jetzt gibt der preussische Minister des Innern einen Erlaß bekannt, durch den die Kreismedizinalbeamten zu Vertrauensärzten der Reichsversicherungsanstalt bestellt werden. Als wichtigstes Gebiet für die ärztliche Tätigkeit wird die Begutachtung im Heilverfahren bezeichnet. Als Honorar sind für das Gutachten im Heilverfahren 9 M. in Aussicht genommen. Von dem Betrage für das Gutachten im Heilverfahren werden von der Reichsversicherungsanstalt 6 M. übernommen, während der Versicherung, gleichviel ob der Antrag bewilligt wird, 3 M. zu zahlen hat. Zur Begründung dieser merkwürdigen Sorte von sozialer Fürsorge wird in dem Erlaß ausgeführt:

„Diese Beteiligung des Versicherten an den Kosten des Gutachtens erscheint begründet, teils, um die allzu leichtfertige Stellung von Anträgen einzuschränken, teils, um die Versicherungsanstalt bei den erheblichen Kosten der besonders im Anfang zweifellos zahlreich einlaufenden Anträge zu entlasten.“

Diese Begründung muiet um so merkwürdiger an, als bisher bei allen Versicherungsgesetzen, die von dem Versicherungsträger eingehalten Gutachten selbstverständlich von diesem selbst bezahlt wurden. Bei der Angestelltenversicherung sind die Beiträge gerade mit Rücksicht auf das Heilverfahren so exorbitant hoch bemessen worden — und nun sollen die Angestellten außerdem noch aus ihrer Tasche zu den Kosten beitragen. Das ist ja eine nette soziale Fürsorge. Da ist es denn doch dringend nötig, daß bei den jetzt bevorstehenden Wahlen zur Angestelltenversicherung recht viele Gewerkschafter gewählt werden, die den Herren Bureaukraten scharf auf die Finger sehen.

Gerichts-Zeitung.

Freigesprochen und doch vernichtet.

Am Montag befahl sich das Reichsgericht mit der Frage, ob ein Buch ohne Zuziehung des Verfassers und Verlegers laffiert werden dürfe.

Gegen die Bücher „Radt“ und „Kultur der Radtheit“ des Reformjournalisten und Verlegers Richard Ungewitter in Stuttgart war ein „objektives“ Verfahren vor dem Landgericht Stuttgart eingeleitet worden, nachdem der Verfasser selbst schon früher wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften außer Verfolgung gesetzt worden war. Am 24. April 1912 hat das Landgericht den Antrag der Staatsanwaltschaft, das Buch „Radt“ einzuziehen, im vollen Umfang zurückgewiesen. Was das Buch „Kultur der Radtheit“ betrifft, so hat das Gericht nur das Kapitel über „Eitelkeit und Schamgefühl“, Seite 60—65, für unzüchtig erklärt und ausgesprochen, daß dieses Kapitel, sowie die entsprechenden Platten und

Formen unbrauchbar zu machen seien. Im übrigen wurde der Antrag der Staatsanwaltschaft auf Einziehung dieses zweiten Buches zurückgewiesen. Gegen dieses Urteil hatte sowohl die Staatsanwaltschaft, sowie auch Herr Ungewitter als Einziehungsinteressent Revision eingelegt. Der letztere wandte sich gegen das Urteil insoweit, als es auf Unbrauchbarmachung des einen Kapitels erkannt hat. Die Staatsanwaltschaft dagegen rügte, daß ihrem Antrage nicht in vollem Umfang stattgegeben sei. Nun handelt es sich nicht nur allein um dieses Stuttgarter Urteil, sondern um zwei weitere Urteile, die gegen die Ungewitterschen Bücher ergangen sind und bereits Rechtskraft erlangt haben. Am 3. April 1912 hat nämlich das Landgericht Wiesbaden einen dortigen Buchhändler wegen Verbreitung einer unzüchtigen Schrift zu einer Kart Geldstrafe verurteilt und das Buch „Kultur der Radtheit“ als eine unzüchtige Schrift in vollem Umfang zurückgewiesen und dessen Vernichtung ausgesprochen. Ferner hat das Landgericht I in Berlin am 6. Juli 1912 einen dortigen Buchhändler wegen Verbreitung des Buches „Radt“ verurteilt und bezüglich einer einzelnen Stelle des Buches, die noch nicht eine Seite umfaßt, auf Unbrauchbarmachung erkannt, indem es lediglich diese eine Stelle für unzüchtig erklärte. Das Stuttgarter Landgericht hat die Frage, ob es sich bei beiden Büchern um unzüchtige Schriften handele, selbständig geprüft und auf die Urteile von Wiesbaden und Berlin keine Rücksicht genommen.

Das Reichsgericht hob das Urteil auf und stellte das vorliegende Verfahren gegen beide Bücher als unzulässig ein. Zur Begründung wurde ausgeführt: Aus der Verhandlung hat sich ergeben, daß das Buch „Kultur der Radtheit“ bereits am 3. April 1912 zur vollständigen Unbrauchbarmachung verurteilt worden ist. Dagegen das Buch „Radt“ am 6. Juli 1912 Gegenstand einer Verhandlung des Landgericht I in Berlin gebildet hat, in welcher nur ein kleiner Teil für unzüchtig erklärt, im übrigen das Buch nicht beanstandet worden ist. Aus diesem letzteren Urteile ergibt sich, daß nicht etwa diese einzelne Stelle als selbständige unzüchtige Schrift den Gegenstand der Verhandlung gebildet hat, sondern das Buch als ganzes, und daß das Urteil das Buch als ganzes hat treffen wollen. Demgemäß liegen bereits in bezug auf beide Bücher rechtskräftige Entscheidungen vor und es war unzulässig, ein Verfahren einzuleiten, das abermals auf Unbrauchbarmachung hingielt. Diese Entscheidung beruht nicht, so betonte der Präsident ausdrücklich, auf einer Spitzfindigkeit, sondern es ist nach Lage der Sachegebung nicht darüber hinwegzudenken, wenn auch zugegeben werden muß, daß es eine mißliche Sache ist, auf Unbrauchbarmachung von Büchern zu erkennen, ohne daß Verfasser und Verleger gehört werden, und ebenso mißlich, daß, wenn in bezug auf ein Buch durch verschiedene Gerichte verschiedene Entscheidungen getroffen werden. Daran ist aber nach der Sachegebung nichts zu ändern.

Der Fall liegt ebenso wie die Kassierung des straffreien Buches von Hyan „Die Verführten“. Nachdem das höchste Gericht anerkannt hat, daß das Ergebnis seiner Kunst dem Rechtsgefühl widerspricht, wäre es an der Zeit, daß durch Reichsgesetzgebung dem Unfug ein Ende bereitet wird, daß ein Buch ohne Anhörung des Verfassers und Verlegers vernichtet wird.

Ein schwerer Automobilunfall.

der durch das zu schnelle Durchfahren einer Kurve entstanden war, lag einer Anklage wegen fahrlässiger Tötung zugrunde, die gestern die 6. Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Rosenthal beschäftigte. Angeklagt war der Fabrikdirektor Rehfeldt.

Der in Frage kommende Unfall wirkte besonders tragisch durch den Umstand, daß die eigene Mutter des Angeklagten infolge der ihm sehr zur Last gelegten Fahrlässigkeit zu Tode gekommen war. Der Angeklagte, der Direktor einer Textilmaschinenfabrik ist, hatte am 13. Oktober v. J. in Begleitung seiner 64-jährigen Mutter und mehrerer Bekannten in seinem 24 PS R. A. Wagen einen Ausflug nach Eberstadt unternommen, bei dem er sich sehr verspätete, so daß die Rückfahrt in dunkler Nacht unternommen werden mußte. Trotzdem er die Chaussee nicht genau kannte, fuhr er mit ziemlich großer Geschwindigkeit. Diese Unvorsichtigkeit hatte dann auch kurz vor Lindenberg die furchtbarsten Folgen. Als er hier in eine Kurve hineinfuhr und die Geschwindigkeit beibehielt, kam der Wagen ins Schleudern, Hög gegen ein Brüdengefänder, durchbrach dieses und fauchte, sich zweimal überschlagend, in einen Graben hinunter. Sämtliche Insassen erlitten erhebliche Verletzungen, die Mutter des unvorsichtigen Fahrers wurde so schwer verletzt, daß sie bald darauf verstarb. Das Gericht erkannte mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte selbst schon schwer genug bestraft sei durch den Verlust seiner Mutter, auf eine Gefängnisstrafe von 1 Woche.

Aus der Frauenbewegung.

Vom Kampfe um das Frauenstimmrecht in England.

Auf Beschluß der britischen sozialistischen Partei sollen vor der Wiedereröffnung der Parlamentverhandlungen im ganzen Lande Demonstrationen zugunsten des allgemeinen Stimmrechts aller Großjährigen stattfinden. Die Einführung eines allgemeinen Männerstimmrechts liegt bekanntlich in der Pflicht der englischen Regierung. Es handelt sich nun darum, die Ausdehnung des Wahlrechts auch auf die Frauen ohne jede Beschränkung im Parlament durchzusetzen.

Die erste dieser Demonstrationen in London fand unter keinem guten Stern. Der Tag — es war der erste Sonntag im neuen Jahre — war nicht gut gewählt, die Vorbereitungen waren etwas überstürzt worden, dazu gewisse Mängel in der Organisation der Partei und schließlich der Umstand, daß die wüste Agitation der Suffragettes selbst unter den Verehrern des Frauenstimmrechts viele Kopfschmerzen gemacht hatte, dies alles bewirkte, daß die Demonstration nur unter sehr mäßiger Beteiligung zustande kam. Die verschiedenen bürgerlichen Frauenstimmrechtsorganisationen hatten das Meeting boykottiert. Es galt ja nicht einem Damenwahlrecht, sondern dem Wahlrecht aller großjährigen Männer und Frauen. Obndem hielt das einleitende Referat. Selbst wenn das Frauenwahlrecht in den Händen einer so rückständigen Schicht, wie es die englischen Frauen heute noch wären, zunächst schlecht angewendet würde, müßte man doch danach streben, es für alle Männer und Frauen zu erringen. Um so mehr sei es dann aber nötig, mit aller Energie an der Schulung und Aufklärung sowohl der Männer wie der Frauen zu arbeiten. Es sprachen dann noch eine Reihe hervorragender Redner und Rednerinnen der Partei. Schließlich wurde eine Resolution für das allgemeine Männer- und Frauenwahlrecht angenommen.

Marktpreise von Berlin am 13. Januar 1913, nach Ermittlungen des königl. Polizeipräsidiums. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,94 bis 20,00, mittel 19,82—19,88, geringe 19,70—19,76. Roggen, gute Sorte 17,25—17,30, mittel 17,24—17,28, geringe 17,20—17,22 (ab Bahn). Futtergerste, gute Sorte 17,60—18,20, mittel 16,90—17,50, geringe 16,20—16,80. Hafer, gute Sorte 19,10—20,40, mittel 17,50—19,00 (inkl. Wagen und ab Bahn).

Marktpreise 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 36,00—50,00. Linsen 35,00—60,00. Kartoffeln (Kleinbbl.) 5,00—9,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,40—1,80. Schweinefleisch 1,90—2,20. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,10—3,00. 60 Stück Eier 4,30—7,20. 1 Kilogramm Karotten 1,40—2,40. Kalle 1,60—3,20. Janer 1,40—3,60. Nüsse 1,60—3,60. Backfe 1,00—2,40. Schokolade 1,60—3,20. Mele 0,80—1,40. 60 Stück Kleebe 3,50—24,00.



Inventur Ausverkauf

von ca. **20.000 Knaben-Stoff- u. Wasch-Anzügen, Blusen, Hosen, Ulstern, Pyjacks, Paletots zu noch nie dagewesenen Preisen**



- ### Stoff- und Manchester-Anzüge
- Manch.-Blusen-Anzüge in viel. Farben für 3-8 Qualif. II **3 10** Qualif. I **4 75** Jahre durchweg
 - Sport-Anzüge aus haltbaren Stoffen für 3-8 Qualif. II **4 20** Qualif. I **5 70** Jahre durchweg
 - Blaue Anzüge, Kammgarnart, Blusen- und Manchemustern mit Ueberkragen, 3 bis 6 Jahre, **5 90**
 - Prinz-Heinrich-Anzüge Aerm. mit Säckerel, 3 b. 8 Jahre durchweg **7 50**
 - Jackett-Anzüge, verschiedene Stoffart., f. 8 bis 11 Jahre, durchweg **6 90**
 - Sportanzüge in vielen Fassons für 8 bis 14 Jahre ... durchweg **9 20**
 - Winter-Joppen, durchweg warm gefüttert für 3 bis 6 Jahre **2 95**
 - Knaben-Stoff-Hosen für 3 bis 8 Jahre **1 35** 40 Pf. für 9 bis 14 Jahre **1 85**

- ### Wasch-Anzüge
- Blusen-Anzüge gestreifter Waschstoff, 3-8 Jahre durchweg **5 50** Pf.
 - Blusen-Anzüge Waschstoffe in vielen Mustern, 3-8 Jahre ... durchweg **1 65**
 - Blusen-Anzüge gestreifter Waschstoff mit schöner Garnierung, 3-8 Jahre durchweg **2 65**
 - Blusen-Anzüge gestreifter Waschstoff mit Ueberkragen, 3-8 Jahre, durchweg **4 10**
 - Blusen-Anzüge weiß und gestreifte Waschstoffe, Aermel mit Säckerel, 3-8 Jahre **5 25**
 - Kieler und Prinz-Heinrich-Anzüge Gestreifte Waschstoffe, Kragen und Manschetten blauer Safr., 3-8 Jahre, durchweg **2 75**
 - Gestreifte Waschstoffe, Kragen und Manschetten zum Abknöpfen, Aermel mit Säckerel, 3-8 Jahre **4 15**
 - Imitierte Bast-Anzüge Form Prinz Heinrich, 3-8 Jahre, durchweg **5 50** 9-14 Jahre durchweg **6 50**

- ### Praktische Schul-Anzüge
- Joppe und Hose derber Waschstoff, 9-14 Jahre ... durchweg **1 45**
 - Joppe und Hose Waschstoff, in verschiedenen Mustern, 9-14 Jahre, durchweg **2 10**
 - Joppe und Hose Waschstoff, sehr haltbar, aparte Muster, 9-14 Jahre, durchweg **3 60**
 - Joppe und Hose schwerer Waschstoff, Joppe m. Falten, 9-14 Jahre, durchweg **4 85**
 - Kieler Anzüge gestr. Waschstoffe, Aermel mit Abzeich., 9-14 Jahre, durchweg **3 60**
 - Kieler Anzüge gestreift oder weißer Waschstoff, Kragen und Manschetten zum Abknöpfen, 9-14 Jahre durchweg **4 95**
 - Einzelne Muster-Anzüge 9-14 Jahre durchweg **7 50**
 - Sport-Hemden für Knaben, in den neuesten Mustern von **1 55** an
 - Knaben-Mützen kleidsame Fassons und Muster **50** Pf.

Knaben-Wasch-Blusen aus Resten gearbeitet, für 3 bis 6 Jahre **1.45, 95, 70, 30** Pf. Blaue Safrn-Sport-Hosen, waschecht 3 bis 6 Jahre **1.35** 9 bis 15 Jahre **1.55** Knaben-Wasch-Hosen aus Resten gearbeitet für 3 bis 6 Jahre **90, 65, 30** Pf.

Baer Sohn

Chausseestraße 29/30 BERLIN 11 Brückenstraße 11 Gr. Frankfurter Str. 20 gegen. 1891 Schöneberg, Hauptstr. 10

Hauptkatalog Nr. 40 (Neueste Moden) kostenfrei Sonntag von 12-2 geöffnet

Abgeordnetenhaus.

111. Sitzung. Dienstag, den 14. Januar 1913, vormittags 10 Uhr.

Am Ministerische: Dr. Penze, Freiherr v. Schorlemer, Fesler.

Die erste Lesung des Etats, Dritter Tag.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Der Finanzminister hat das preussische Finanzwesen als eine Veräuflichkeit bezeichnet, das Finanzprogramm von 1908 habe sich nach jeder Richtung hin bewährt. Finanztechnik sieht ja der Etat außerordentlich geschickt aus, mit seinen 4,6 Milliarden Mark kann er sich ganz gewiss in der Welt sehen lassen. Aber wenn wir nicht nur die Quantität, sondern auch seine Qualität prüfen, so haben wir alle Veranlassung, dem preussischen Etat sehr kritisch gegenüberzutreten und dem preussischen Finanzverwaltung schwere Vorwürfe zu machen. Es ist charakteristisch, in welcher Weise dem preussischen Staatswesen, das durchaus keine Wohltätigkeitsanstalt für die Masse der Bevölkerung ist, die Mittel für seine Leistungen aufgebracht werden. Neben den direkten Steuern sind das die Betriebsüberschüsse, die die Höhe der direkten Steuern nicht nur erreicht, sondern sogar überschritten haben. Die Ueberweisungen an den Ausgleichsfond werden mit Ueberlegung überschätzt. Wir müssen verlangen, daß bei der Verwaltung der Staatsbetriebe die sozialpolitischen Aufgaben in den Vordergrund gestellt werden und daß die Staatsverwaltung es weit von sich weise, Gewinne einzubehalten, die von dem Schweiß der Armen durchtränkt sind, daß sie weit von sich weise, die Arbeiter der Staatsbetriebe auszunutzen und auszupressen und die Verwaltung überdies noch zum Schaden der Konsumenten zu führen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die höhere Akrobatik entfaltet der Finanzminister, als er auf der einen Seite die glänzende Finanzlage pries und dann wieder die Klippe zu umschiffen versuchte, die für ihn der Beweis bedeuten mußte, daß auf die Steuerzuschläge nicht verzichtet werden könnte. Da mußte der Minister

eine halbschererische Seiltanzerei

aufführen. (Heiterkeit.) Erleichtert wird seine Situation vielleicht durch offizielle Preiskonventionen. So brachte der Berliner Lokal-anzeiger am 11. dieses Monats eine sehr auffällige Notiz über die bevorstehenden preussischen und deutschen Anleihen und so wie der Minister für Preußen eine stärkere Schuldentilgung verlangt hat, so wird hier gesagt, daß das Reich neue Anleihen nicht benötige, Preußen aber unbedingt, denn es gehe ihm recht schlecht. Davon ist aber nach der eigenen Darstellung des Ministers keine Rede und um so notwendiger ist es, daß selbst, wenn das Steuergesetz in dieser Legislaturperiode nicht mehr erledigt werden sollte, doch die Steuerzuschläge möglichst schnell aus der Welt geschafft werden, damit doch den Allerärmsten eine Entlastung zuteil werde, müssen sie doch gedrückt sein, daß im Reich eine neue große Militärvorlage uns heimsucht, über deren Kostendeckung vollkommene Ungewissheit herrscht. Es ist zwar die berühmte Beihilfe in Aussicht, aber in der Konferenz der einzelstaatlichen Finanzminister am 4. Januar ist eine Einigung nach unwiderstehlichen, wohl offiziellen Preismeldungen nicht erzielt worden und zwar deshalb, weil Preußen in der rücksichtslosesten Weise Widerstand geleistet hat gegen die einzig mögliche und dem Gemeinwohl nützliche Lösung, nämlich

die Erbschaftsteuer.

Dieser preussische Widerstand gegen eine gerechte und notwendige, gar nicht mehr zu vermeidende Steuer ist ausdiesiglich auf politische Gründe zurückzuführen. Man kann die Erbschaftsteuer haben, wenn man sie will, man muß sie allerdings nehmen aus den Händen der Sozialdemokratie. Das will die preussische Regierung nicht, das darf sie nicht, das würde sie den Hals kosten, denn die Rechte und das Zentrum würden sich das nie und nimmer gefallen lassen und sie sind vorläufig noch die Herren hier im Hause und in Preußen.

In hinterhältigster Weise langieren die Konservativen

Gerüchte über eine Kanzlerkrise

wegen der Besitzsteuer, um diese Gerüchte dann in der „Deutschen Tageszeitung“ wieder zu dementieren, alles damit die gewünschte Nervosität bei denjenigen Stellen erzeugt wird, auf die man wirken, denen man die Kräfte zeigen und denen man zurufen will: „Auch Dich, Ministerpräsident und Reichskanzler!“ (Hört! hört! bei den Soz.) Der tatsächlichen Regierung nahestehende Organe erklären, daß Gründe politischer Bequemlichkeit und Jagdbarkeit die preussische Regierung bestimmen; die Wahlen zum preussischen Landtag stehen bevor, da könnte die Regierung nicht aus den Händen der Sozialdemokratie die Besitzsteuer entgegennehmen. Nun, wenn die preussische Regierung wirklich wahlreformfreundlich wäre, selbst in dieser laienmäßig verdünnten Lösung, die geherrn Herr v. Dallwig zum besten gegeben hat, dann müßte doch die preussische Regierung jetzt gerade die Möglichkeit schaffen, daß die oppositionellen Elemente bei den Wahlen gegen Konservative und Zentrum gestärkt werden, damit im künftigen Landtag entsprechend den Anregungen der Regierung die Durchführung eines freien Wahlrechts möglich wird. Aber das will ja die Regierung gar nicht, das beweist auch ihre Haltung zur Besitzsteuerfrage. Sie hat solche Angst, wie der Teufel vor dem Weihwasser, vor irgend einer Verdringung mit der Sozialdemokratie und davor, sich in irgend einem Punkt auf sie zu stützen. Ich bin überzeugt, der Ministerpräsident träumt von nichts anderem als von seiner gottgewollten Abhängigkeit. (Heiterkeit links.) Je offenkundiger die durch die Reichsfinanzreform gezielte Gefahr ist, daß gelegentlich der neuen Militärvorlage statt einer Besitzsteuer indirekte Steuern kommen, um so mehr müssen wir dies zu verhindern trachten.

Der Finanzminister hat die Zurückhaltung des Publikums gegenüber den Staatspapieren beklagt. Tatsache ist, daß die Regierung selbst alle Mittel in Bewegung setzt, um sich vor den von ihr befürchteten Gefahren der auswärtigen Politik zu sichern.

Nun zu der demonstrativen Hervorhebung der geringfügigsten sozialpolitischen Vapalten des preussischen Etats. Das ist auch

ein Stück Wahlmagie der Regierung.

Ich will die unglaublichen sozialpolitischen Aufgeschlissenenheiten, von denen wir da gehört haben, doch ein klein wenig auf ihr Normalmaß reduzieren. Im Mittelpunkt haben als Schaustück der sozialpolitischen Leistungen des preussischen Staates die 3 Millionen Mark gestanden, um die der Unterstützungsfonds vergrößert wird. Sie sind in der Tat ein vorzügliches Beispiel. Von diesen drei Millionen sollen ganze 30 000 Mark auf die gewaltige Vermögensverwaltung kommen, um die Rot ihrer so zahlreichen Beamten abzugeben. Auf die Eisenbahnverwaltung kommen 2,1 Millionen Mark. Da aber schon bisher der Unterstützungsfonds zu 5 525 000 M. an die höheren und mittleren Beamten und nur zu 5 222 000 M. an die unteren Beamten verteilt wurde, so wird die Verteilung der 2,1 Millionen ähnlich erfolgen. Wenn nun auch die höheren Beamten infolge der von ihren schwarzen Freunden geschaffenen Steuerung nicht in solcher Lage sind, so sind sie doch nur 50 000 gegen vielleicht 150 000 Unterbeamte. Wird aber eine Million auf 150 000 Unterbeamte verteilt, so bedeutet das nicht einmal 7 M. für jeden einzelnen. (Hört!

hört! links.) Diese Schähigkeit konnte der Finanzminister nicht einmal dem preussischen Landtag vortragen.

Ebenso kläglich ist, was man den Staatsarbeitern bietet. Kein Wort ist jemals gefallen, das mit der Wahrheit in einem schrofferen Widerspruch geklungen hätte, als das Wort des kaiserlichen Erlasses von 1900 über die Staatsbetriebe als Musterbetriebe. Man kann nicht anders, als darüber lächeln, — bei allem Respekt. Und heute gilt das Wort noch weniger als damals. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die preussische Regierung kann sich durchaus nicht rühmen, irgend wie sozialpolitische Einsicht und Wohlwollen gegenüber ihren Arbeitern und Beamten gezeigt zu haben. Für diese ist der Etat noch ungenügender und unfreundlicher ausgefallen, als zu erwarten war. Die preussische Regierung hält mit allem Nachdruck an ihrer bisherigen Praxis fest, die Koalitionsfreiheit ihrer Beamten und Arbeiter zu untergraben. Wie ein verständiger Beamter über das Koalitionsrecht der Beamten und Staatsarbeiter denken sollte, hätte die Regierung aus der Haltung des Oberbürgermeisters von Breslau in der Feuerwehrcorpsfrage erkennen können. Aber die Regierung verlagst ja ihren Beamten und Arbeitern das Koalitionsrecht mit voller Zustimmung dieses Hauses, namentlich auch mit Zustimmung der Zentrumspartei, die ganz offen und unbedingst für die Entziehung der Staatsarbeiter eintritt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Sehr interessant ist eine kurze Betrachtung über das Verhältnis zwischen den preussischen und den Reichsfinanzen. Die preussischen Finanzen sind geradezu reichsföndlich. Das Bestreben der preussischen Verwaltung geht dahin, im Ausgleichsfonds und anderen Sparbüchsen möglichst große Mittel anzuhäufen und sie in das distriktionäre Ermen der Regierung und ihrer Hintermänner zu stellen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Suprematie Preußens soll auch finanziell gegenüber dem Reiche zur Geltung kommen. Das Reich soll von der Hand in den Mund leben, während Preußen Millionen über Millionen aufspeichert. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Mit der Politik schlagen die Agrarier zwei Fliegen mit einer Klappe. Sie bereichern sich selbst und bringen das Geld in den Reichsschatz aus den Taschen der großen Masse des Volkes, aus demselben Grunde sollen auch die direkten Steuern für Preußen reserviert bleiben. Die Abhängigkeit des Reiches von Preußen hat sich längst wieder bei den Verhandlungen über den Bogenmangel im besten Licht gezeigt. Das Reichseisenbahnamt ist trotz seiner in der Reichsverfassung vorgesehenen Funktionen doch nicht eine genügend starke Institution, um die Rechte des Reiches gegenüber der preussischen Eisenbahnverwaltung zu wahren. Eine finanzielle Unabhängigkeit des Reiches von Preußen kann nur durchgeföhrt werden, wenn das Verhältnis der Steuerquellen zwischen dem Reiche und Preußen verschoben wird, wenn das Reich auch direkte Steuern zur Verfügung bekommt und wenn andererseits die Eisenbahnverwaltung ihre Machtstellung gegenüber dem Reiche verliert. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb treten wir nicht nur für eine Erbschaftsteuer und eine Erbschaftsteuer, sondern auch für Reichseisenbahnen ein.

Man hat davon gesprochen, die Politik müßte nach moralischen Grundbügen geübt werden. Aber die Politik der bürgerlichen Parteien und der Regierung

ist eine Politik der doppelten Moral,

eine unmoralische Politik. Dastie ist die konservative Partei ein schlagendes Beispiel. In einem Weihnachtsartikel der „Kreuzzeitung“ wird die königliche Autorität als Schutzein der Regierung bezeichnet. Diese Behauptung zeigt die innere Unwahrheit der konservativen Partei. Sie hat niemals die königliche Autorität hochgehalten, sie hat in der Wahlrechtsfrage die königliche Autorität vor sich auf die Knie geworfen. (Lachen rechts.) Wie können Sie dabei lachen. (Erneutes Lachen rechts.) Man muß Ihre Kaltblütigkeit bewundern, mir bei diesen Ausführungen ins Gesicht zu lachen. Wie die Königstreue sich in Köpfen von Herren wie des Herrn v. d. Goltz und Herrn v. Liebert malt, zeigt eine Rede, die der Feldmarschall v. d. Goltz kürzlich gehalten hat. In ihr lobte er den Grafen Yorck, der doch nur ein Rebell gegen den Willen seines Königs gewesen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Widerspruch rechts.) Yorck hat doch unter Nichtachtung der Befehle seines Königs die Konvention von Tanzen abgeschlossen. Herr v. d. Goltz führte weiter aus, die Armees könne keine Tugendbolde, sondern nur energische Soldaten brauchen. (Sehr richtig! rechts.) Ich will nicht von Ihrer Auffassung vom Gottesgnadentum sprechen, will mich näher mit dem Terrorismus der konservativen Partei in Liegnitz befassen, will aber auf die

Vorgänge von Schwet,

die schon im Reichstag erörtert sind, eingehen. Den Landrat v. Galem hätte man vor den Strafrichter ziehen müssen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und Polen.) Ganz ähnliche Dinge scheinen sich auch bei der Radwahl abgespielt zu haben. Ein Schreiben der konservativen Parteileitung, die allerdings inzwischen ihre Autorität abgelegt hat, gab Anweisung zur Fernhaltung der polnischen Wähler durch Anwendung von Schanaps usw. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten und Polen.) Weiter ist ein Zirkular wahrcheinlich an alle Ortsvorsteher verandt worden, welches rät, die polnischen Wähler mit ungenügenden Legitimationen zu versehen und ihnen so die Ausübung ihres Wahlrechts unmöglich zu machen. Diese Tatsachen sind in der Tat unerhört. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und Polen.) Hier muß mit eisernem Besen ausgekehrt werden. Der Reichstag muß sich nicht mit Resolutionen begnügen, sondern das Uebel an der Wurzel angreifen. Bezeichnend ist auch, wie man den nationalliberalen Kandidaten Jesso von Puttkamer in Pommern behandelt hat. Der selbige Minister v. Puttkamer würde sich im Grabe umwälzen, er würde dauernd rotieren, wie man einmal gesagt hat, wenn er leben müßte, wie es einem Puttkamer im Jahre des Heils 1913 in Puttkamerin ergangen ist, nur weil er nationalliberal ist. (Heiterkeit links.) Sehr bezeichnend ist, daß der Redner der nationalliberalen Partei auf diese Vorgänge nicht mit einem Worte eingegangen ist. Aber die pommerschen Nationalliberalen sind ja bei Dr. Friedberg nicht beliebt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Mein Parteifreund Fischer hat gestern im Reichstage ein Schreiben des Herrn Delbrück an den preussischen Minister des Innern zur Sprache gebracht, das so recht die Abhängigkeit des Reiches von Preußen zeigt. Herr v. Dallwig widerlegte sich energisch der Einführung amtlicher Wahlurnen, die die Geheimhaltung des Wahlaktes bewerkeln. Damit hat er gezeigt, daß er ein Gegner des geheimen Wahlrechts ist. Er will es anscheinend auch für den Reichstag nicht und setzt als gedorkamer Diener und Schüller der Konservativen alle Mittel in Bewegung gegen die Geheimhaltung des Wahlaktes. Herr Delbrück hat gegen ein Eingehen auf dieses Rundschreiben abgelehnt, weil es nur durch Vertrauensbruch in die Hände des Hrn. Fischer gelangt sein könne. Aber die Regierung hat kein Recht, ein

geheimes Rundschreiben hinter den Kulissen

zum Schaden des Volkes zu erlassen und dann aus einem solchen Grunde ein Eingehen auf ihre gemeingefährlichen Handlungen abzulehnen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das ist eine gemeingefährliche Wehrminister.

Präsident Graf Schwerin: Sie dürfen einen solchen Vorwurf nicht gegen die Regierung richten. Wenn Sie das nicht unterlassen, würden Sie mich zwingen, zum ersten Male während meiner Dienstzeit einen Abgeordneten zur Ordnung zu rufen.

Abg. Dr. Liebknecht (fortfahrend):

Ich will nicht weiter auf das Sündenregister der Konservativen

Partei, auf die Knebelung der Landarbeiter u. a. eingehen, sondern nur eine charakteristische Erscheinung noch kurz streifen. Die katholische „Westfälische Rundschau“ erzählt, wie auf einer Station ein Reisender den Wartesaal 1. und 2. Klasse aussuchen wollte. Er war aber verschlossen und auf seine Frage wurde ihm erklärt, er sei nur für noble Herrschaften bestimmt. Ist es wirklich in Preußen schon so weit gekommen, daß solche Wartesäle eingerichtet werden? (Der Redner wendet sich während dieser Worte nach rechts, während der Eisenbahnminister nach seiner Gewohnheit links vom Rednerpult sitzt. Auf einen Zuruf von rechts eingehend, antwortet er:) Ich habe mich an Sie gewandt, weil ich weiß, daß Sie doch die Austraggeber sind. Deshalb hat es keinen Sinn, zu dem Minister selbst zu sprechen, er ist doch nur das Echo von Ihnen. (Sehr gut! und Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Ein Breslauer Professor hat sich jüngst in die Notwendigkeit verlegt gesehen, zu definieren, was die freikonserervative Partei ist. Er sagt, sie sei die Partei der geistigen und kulturellen Freiheit, die Trägerin der unbedingten Toleranz. Treffender kann man sie als die volksfeindliche Schlaraffenpartei bezeichnen, die wir in Preußen neben den Herren auf der äußersten Rechten haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Mit dieser Volksfeindlichkeit vereinigen Sie nur noch ein bißchen jenes Streben nach volksfeindlicher und volksverräterischer Schlauberei der Herren auf Ihrer linken Seite, die ebenfalls reaktionäre Ziele verfolgen. Graf Praskma hat in seiner Etatsrede kein Wort über die Wahlrechtsfrage gesprochen. Gerade jetzt bei den Wahlen ist es dringend notwendig,

die Wahlrechtsreform

in den Vordergrund zu stellen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Herren vom Zentrum behaupten immer, sie wollen eine Wahlreform in freirechtlichem Sinne. Daß ihr Redner kein Wort darüber gesprochen hat, ist allerdings neben vielen anderen ein Zeichen dafür, daß Sie kein Verständnis für die Interessen des Volkes haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Deso mehr hat Graf Praskma von den Jesuiten gesprochen. Man hat gerade in der letzten Zeit behauptet, wir Sozialdemokraten seien keine Gegner des Jesuitengesetzes, wir gäben uns alle Mühe, es aufrecht zu erhalten. Das ist nicht wahr. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bei jeder Gelegenheit haben wir seine Beseitigung verlangt. Das Zentrum aber hat es viel weniger getan, weil es ein Interesse an seinem Weiterbestehen hat. Es braucht dieses Gesetz aus leicht erkennbaren politischen Gründen. Die Herren vom Zentrum haben mit außerordentlicher Geschicklichkeit alle Pläne der Regierung spielen lassen, um diese acht Wünsche der Jesuiten einzuleiten. Justizrat Schmidt hat auf dem Katholikentag als der Oberleiter der Illumination gesprochen, der nur auf den Knopf zu drücken braucht und sofort hunderttausend Flammen auf. Hier braucht man nur auf den Knopf zu drücken, sofort erbt der Weisfall, sofort löst die Volksseele, sofort ist der Kulturkampf da. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber für die Wahlrechtsfrage hat diese Regie niemals die Flammen aufspringen lassen. Und doch würde gerade durch die Einführung eines freirechtlichen Wahlrechts in Preußen die Beseitigung des Jesuitengesetzes erreicht werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Denn dann würde auch die preussische Regierung gegenüber dem Jesuitengesetz eine andere Stellung einnehmen müssen. Also: ein freirechtliches Wahlrecht in Preußen, wenn Sie ernstlich die Aufhebung des Jesuitengesetzes wollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Mit welchen Mitteln der Demagogie das Zentrum arbeitet, beweist ein Artikel der „Germania“ vom 17. Dezember, in dem mit allen Klüben gepflogt wird. Auch der Partikularismus wird für die Interessen der Zentrumspartei in geradezu „hegerrischer“ Weise ausgenutzt. Man nennt uns ja immer die Hege, aber gegen Sie sind wir die reinen Walfenknaben.

Der ganze Jesuitenrummel ist vom Zentrum künstlich inszeniert worden. Mit allen Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen, müßte die katholische Volksseele aufgeschüttelt werden. So lange das Zentrum bei der politischen Ehrlichkeit bleibt und mit dem Jesuitenrummel nicht ganz andere Zwecke verfolgt, haben wir dagegen nichts einzusetzen. Aber Graf Praskma hat durchsichtigen lassen, daß es ihm um ganz etwas anderes zu tun ist. Er hat den Jesuitenrummel in allen Tonarten gelobt und die Unsturzbulle in den entsetzlichen Farben gemalt. Er hat damit eine Taktik fortgesetzt, die das Zentrum schon längere Zeit betreibt. Er hat alle Register gezogen und sogar den Schatten des reaktionären Herrn v. Gerlach heraufbeschworen, der den Haß der Revolution den schönsten Schmutz des Jesuitenordens genannt hat. Tatsache ist, daß das Zentrum durch seine politische und sozialpolitische Tätigkeit in den letzten Jahren sich auch bereits geschmückt hat. Aber nicht mit dem Haß der Revolution, sondern mit dem Haß aller ehrlich empfindenden Volkstreue. (Lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Lärm im Zentrum.) Graf Praskma hat den Jesuitenorden empfohlen, weil er besonders nachdrücklich für die Autorität aller öffentlichen Gewalten eintritt. So wird mit der Wurf nach der Speckseite geworfen. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Das Zentrum hat längst das Recht verwirkt, im Namen der Gerechtigkeit und der Gewissensfreiheit für die Aufhebung des Jesuitenordens einzutreten, denn das Zentrum tritt selbst die Gerechtigkeit mit Füßen und unterdrückt in Bayern, wo es das Heft in der Hand hat, jede freirechtliche Regierung. Wer die religiöse Gewissensfreiheit fordern will, muß auch die politische Gewissensfreiheit vertreten. Hier gibt es nur ein Entweder — Oder. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist mir überhaupt sehr zweifelhaft, ob dem Zentrum im Augenblick die Aufhebung des Jesuitengesetzes genehm wäre. (Widerspruch im Zentrum.) Es lebt ja zum großen Teil vom Jesuitengesetz. (Sehr richtig! links.) Das Zentrum braucht den Jesuitenrummel als Schild, hinter dem es dann um so besser seine volksfeindliche Politik treiben kann. Dadurch, daß es die Jesuitenfrage in den Vordergrund stellt und alle anderen Fragen zurückgedrängt hat, will das Zentrum unter seinen Wählern für sich eine möglichst günstige Stimmung hervorufen. Wir aber werden diese Wahlmagie, mit der das Zentrum seine Verge von Sünden verdecken will, allenthalben brandmarken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die falsche Politik des Zentrums hat sich auch bei den Vorgängen im Saarrevier gezeigt. (Widerspruch des Abg. Imbusch.) Wollen Sie, Herr Imbusch, bestreiten, daß sie neulich bei der Rede des Handelsministers wie ein begoffener Pudel dagelassen haben? (Heitere Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Schwerin: Es ist nicht statthaft, Abgeordnete mit begoffenen Pudel zu vergleichen. (Schallende Heiterkeit.)

Abg. Dr. Liebknecht:

Die ganze Politik des Zentrums ist darauf berechnet, die Unzufriedenheit der Bevölkerung abzulassen. Weil das Zentrum dafür kein politisches Befriedigungsmittel hat, sucht es die politische Unzufriedenheit umzuwandeln in eine religiöse Unzufriedenheit. (Sehr richtig! links.) Das ist auch bequemer. Aber eine solche Palschmünzerei ist auf die Dauer nicht möglich. (Lärm im Zentrum.) Wenn der Kultusminister glaubte, mit seiner Rede Del auf die Wogen zu ziehen, so lemt er das Zentrum selbst. Die „Germania“ hat bereits erklärt, daß durch die Verpfändungen des Kultusministers die Katholiken sich nicht davon abbringen lassen würden, die Aufhebung des Jesuitengesetzes zu fordern. Sehr charakteristisch ist eine Resolution, die auf einer Charlottenburger Zentrumsversammlung angenommen

nurde. Sie fordert die Zentrumsfraktion des Reichstages auf, im Kampfe der Freiheit gegen die Unterdrückung und des Rechts gegen die Gewalt es auf jede Kraftprobe mit der Regierung ankommen zu lassen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Also die Zentrumsfraktion des Reichstages soll den Staat verweigern. So spielt das Zentrum mit verfehlten Worten. Draußen läßt es hehen, läßt die Fraktion des Reichstages scharf machen, läßt den Sturm der Wähler toben, nur damit es für seine

Parlamentarischen Theateraktionen

den nötigen Rückhalt hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Besonders amüsant ist die Verlegenheit der konservativen Partei. Das arme, gequälte evangelische Gewissen kann einem in diesen Tagen wirklich in der Seele weh tun. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Der konservative Redner ist auch nicht mit einem Wort auf die Jesuitenfrage eingegangen, auch nicht auf die Vorgänge im Saarrevier, obwohl er den Ministerstreit in Halle für wichtig genug hielt, um ihn zu erwähnen. Das ist sehr interessant. Und die konservative „Deutsche Tageszeitung“ schrieb am 5. Dezember: „Vielleicht wäre es nicht ungewöhnlich gewesen, wenn der Reichstagsler seine in der Sache berechtigten Ausführungen etwas anders hätte ausfallen lassen, wenn er auf die hochgehenden Wogen der Erregung ein wenig Del gegossen hätte.“ Das ist das evangelische Gewissen der konservativen „Deutschen Tageszeitung“! Das evangelische Gewissen der Konservativen wird zurückgestellt hinter den Staatsnotwendigkeit, mit dem Zentrum die gute Freundschaft aufrecht zu erhalten zur gemeinschaftlichen Schädigung der großen Massen des Volkes. Im privaten Leben muß man oft sehen, daß Religion und Geschäft heterogene Dinge sind. Im politischen Leben sieht man das noch häufiger. Das beste Beispiel dafür bietet die Hauptvertreterin des evangelischen Glaubens in Deutschland, die deutsche-konservative Partei. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nun werfen sich Zentrum und Konservative gegenseitig den Ball des Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie zu. Graf Praschna hat sich mindestens mit einer sehr zweideutigen Redensart über die Haltung des Zentrums zu einem neuen Sozialistengesetz hinweggesetzt. Aber das Zentrum ist entwicklungsfähig. Es kann alles und wird eines Tages auch einem

Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie

seine Zustimmung geben. Einig sind sich Zentrum und Konservative in der Bekämpfung der Sozialdemokratie und in der Tat ist die Sozialdemokratie die Ache, um die sich das ganze innerliche politische Leben in Deutschland dreht. Wie weit die konservative Partei bereits in der Unterdrückung des evangelischen Bewusstseins im Interesse des Auswärtigen mit dem Zentrum gekommen ist, beweist die Neugründung eines Deutsch-Evangelischen Volksbundes, dessen Spitze sich gegen den liberalen Evangelischen Bund richtet. So reichen sich evangelische Orthodoxie und katholische Kirche die Hand, beide verschmelzen sich zum gemeinsamen Kampf gegen die Sozialdemokratie! Das ist wirklich eine Lust, das zu sehen. Für uns ist es ein Satyrspiel, das uns Vergnügen bereitet. Lassen Sie die Jesuiten ruhig herein, wir werden mit ihnen fertig. Damit genug von der Münchener Doh.

In der letzten Zeit hat sich eine merkwürdige Differenz zwischen den Konservativen und dem Zentrum gezeigt, das Billigsein der christlich-nationalen Land- und Fortarbeitergewerkschaft trübte den Himmel und die Konservativen wandten sich energisch gegen diese Übertragung des sozialen Kampfes auf das Land. Die „Kreuzzeitung“ schlug eine gemeinsame Organisation der ländlichen Arbeitgeber und Arbeiter vor. Ist so etwas schon einmal da gewesen? Man müßte glauben, dieser Vorschlag hätte in einer Reichsregierung gefunden. Eine solche Organisation wäre für die Arbeiter eine societas leonina (eine Löwentilgung). (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Im übrigen kann das Zentrum nicht bestreiten, daß sich die christlichen Gewerkschaften gewandelt haben. Früher waren sie so etwas wie eine Kampforganisation, jetzt hat sich die Umwandlung am deutlichsten im Saarrevier gezeigt, wo die christlichen Gewerkschaftsführer sogar auf das Streikrecht verzichtet haben. So sind die christlichen Gewerkschaften gewissermaßen konfessionell organisiert worden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie sind gegenwärtig nichts anderes als eine Falle, in die die Arbeiter gelockt werden sollen. Dann sollen sie im Interesse des Unternehmens, des Staates und der katholischen Kirche vollständig geknebelt werden. Das Zentrum kann nicht bestreiten, daß die Engländer erstlich die Erdrosselung der christlichen Gewerkschaften wollte. Bis nach Berlin reichte sogar der lange Arm des Kardinals Kopp, der eine Versammlung verbot, in der es zu Auseinandersetzungen zwischen der Berliner und Kölner Richtung hätte kommen können. Wenn die christlichen Gewerkschaften im Saarrevier jetzt trotzdem Sturm geblasen haben, so einmal, weil sie mußten, weil die Erregung zu groß war und dann weil der christliche Arbeitgeberverband die Scharte ausweichten mußte, die ihm beim Streik der Ruhrbergleute zugesetzt wurde. Die allzu berechtigten Empörung der Bergarbeiter aber wurde von den christlichen Gewerkschaftsführern in ein falsches Gleis abgelenkt und die Bergarbeiter wurden betrogen. Die Sozialdemokratie war entschlossen, einen Streik im Saarrevier nach Kräften zu unterstützen. Aber die Christlichen haben das abgelehnt, weil sie den Verrat von vornherein geplant hatten. Begonnen hat mit dem Verrat die Berliner Richtung, dann aber haben die christlichen Gewerkschaften durch ihre Föhnensucht den Verrat vollendet. Sie haben sich selbst damit gekennzeichnet, daß die Berliner Richtung jetzt ein Flugblatt gegen die christlichen Gewerkschaften verbreitet, das wörtlich abgeschrieben ist von einem Flugblatt, das die christlichen Gewerkschaften seinerzeit im Ruhrrevier gegen die drei verbündeten Verbände veröffentlicht haben. (Lebhafter Hört! hört! links.) Die christlichen Gewerkschaften haben die Berliner Organisationen als Streikbrecher bezeichnet und damit anerkannt, wie recht wir hatten, im Vorjahr sie als Streikbrecher zu bezeichnen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die tiefe Aufregung im Saarrevier wird wohl die Anwendung der Arbeiter von den christlichen Gewerkschaften, die sie geschädigt haben, zur Folge haben.

Schärfste Verwarnung erheben wir jedoch dagegen, daß der Handelsminister am Sonnabend hier den Herr-im-Hause-Standpunkt in einer selbst in Preußen ungewohnt scharfen und rücksichtslosen Weise hervorkehrt hat. Die Bergwerke sind wirtschaftliche Betriebe, die Arbeiter keine Sklaven, die Fabriken keine Kasernen, in denen kommandiert wird, die Arbeiter haben genau dasselbe Recht über die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse mitzuprocedieren, wie irgend jemand sonst.

Die national-liberale Partei ist in der letzten Zeit von heftigen inneren Kämpfen geschüttelt worden und der Charlottenburger Nationalliberale Verein fordert eine Verschärfung des Parteiprotokolls nach dem Grundsatze: „Wer nicht pariert, der flieht!“ (Große Heiterkeit.) Wer nicht nach der Pfeife Dr. Friedbergs tanzt, soll nicht würdig sein, der Partei anzugehören, die letztlich als

Acht für politische Beobachter

bezeichnet worden ist. Weinade wäre es ja möglich dem Sommerlichen Justizrat Ludewig und unserm Kollegen Schiffer zum Duell gekommen (Lebhafter Heiterkeit), was ein fürchterliches Unglück für die Weltgeschichte hätte werden können. (Erneute Lebhafter Heiterkeit.) Die Hauptschwächen macht die Schwerindustrie, die Weltheberin der national-liberalen Partei, bei der das Wort „liberal“ ungefähr denselben Wert hat, wie das „frei“ bei den Freikonserwativen. Wenn man in der Partei nach Professoren und Angehörige der freien Berufe duldet, wirklich liberale Leute, so nur, um ein Aushängeschild zum Einfangen gewisser Kategorien von Wählern zu haben, die man mit der Schatzmacheparole allein nicht einfangen könnte. Als die Jesuitenfrage auftauchte, witzelten die Nationalliberalen vornehmlich und dochten, jetzt würden die Konservativen erheit sein, wieder zum alten Kartell zurückzukehren, nach dem die national-liberale Partei unüber-

windliche Schnäuzt empfindet. In einer Rede in Posen hat das der Abg. Dr. Friedberg deutlich erkennen lassen. (Zustimmende Rufe bei den Nationalliberalen während der Verlesung einiger Stellen der Friedbergschen Rede beweisen die Übereinstimmung der Partei mit den Friedbergschen Forderungen.) Wie ein baldiger Zutritt tangen Sie um die konservative Partei (Große Heiterkeit. — Ob bei den Nationalliberalen), um ihre Freundschaft neu zu erwerben. Es wird ja schon verhandelt, die Konservativen stellen Ihnen die Bedingung, daß Sie sich von Ihren linken Brüdern, den Fortschrittler, radikal losschneiden und Ihre intransigente Haltung gegen das Zentrum aufgeben. Die Nationalliberalen wieder wünschen, daß die Konservativen die allzuenge Liaison mit dem Zentrum aufgeben und auch etwas mehr Interesse für die Schwerindustrie betätigen. Schließlich bieten die Konservativen ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie an. Wird diese Sammelpolitik Erfolg haben? Machen Sie, was Sie wollen, uns gegenüber sind Sie ja ohnehin schon ein Herz und eine Seele. Auch ein Arbeitswilliges Gesetz wird von den Konservativen eifrig propagiert. Jedenfalls, wenn es nach Friedberg geht, wird das Zusammenwirken zwischen Nationalliberalen und Konservativen bei den Wahlen einen größeren Umfang annehmen, als das zwischen Nationalliberalen und Fortschrittler!

Wie beklagen die schweren Unglücksfälle im Bergbau und sehen in ihnen nicht nur die Wirkung unabwehrbarer Ereignisse, sondern die Sünden der Bergwerksverwaltung, die mit ihrer Plündererei die Privatbergwerke zur Nachahmung veranlaßt. Ueber die Wohnungsfrage, das Kinderelend und die Kindersterblichkeit, denen nicht durch irgend welche Staatspositionen für Jugendpflege abgeholfen werden kann, muß das Abgeordnetenhaus einmal gründlich verhandeln. Die Erziehungsresultate der mit 2 1/2 Millionen Mark geförderten staatlichen Jugendpflege sind nicht klar zu übersehen. Jedenfalls wird im Jungdeutschlandbund und ähnlichen Vereinen ein schlimmer Chauvinismus gepredigt, und auch der Reichsvater v. d. Goltz hat diejenigen, die bemüht sind, eine Massenhebel und damit die Götterdämmerung unserer ganzen Kultur von Europa abzuhalten, als ziemlich verachtliche Friedensapostel hingestellt. Sie wollen eben

Leute mit starken Nerven,

flug brauchen sie nicht zu sein, denen es aber nicht darauf ankommt, gegen Recht und Gesetz brutal und rücksichtslos vorzugehen. Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie soll sogar eine Großfäule ausgearbeitet werden, die jeden Offizier in die Lage setzt, die sozialdemokratische Verleumdung der Jugend und der Reservisten zu bekämpfen. Zwar wird dieser löbliche Plan in Oesterreich verfolgt, aber die „Kreuzzeitung“ scheint die Nachahmung bei uns zu wünschen. Guten Appetit dazu! In einem Weihnachtsartikel der „Deutschen Jugendwehr“ wird als Betätigung wahren Christentums die Hergabe aller Taten und von Kunden an arme Kameraden gepriesen. Dagegen scheint „Die Post“ das Wort vom Frieden auf Erden, nach einem Leitartikel ihrer Weihnachtsnummer, als eine Irreligion anzusehen, und der „Deutschen Tageszeitung“ postierte das föhliche Wort: daß die ganze Menschenliebe sich in der Weihnachtszeit zusammenbringe. In der Tat: die ganze Menschenliebe der Konservativen rettet sich in einem Weihnachtsartikel. (Sehr gut links. Unden rechts.) Die Weihnachtsbotschaft des Kapolleregiments v. Bernhardt berichtete sogar von dem Weihnachtsgeschenk einer neuen, besonders großen Kruppkanone, die wahrscheinlich auch in der neuen Militärverträge ihre Rolle spielen wird.

Ueber das

Verhalten der Regierung gegenüber der Teuerung

Ist es schwer, keine Satire zu schreiben. Auf Kaninchen- und Pferdefleisch, das besonders eiweißhaltig sein soll, wird das Volk verwiesen. Hat die Regierung wirklich den Plan, die geringen Erleichterungen für die ausländische Fleischzufuhr schon am 1. April aufzuheben? Wir fordern, daß diese Maßregeln weiter bestehen bleiben, weil sonst die Teuerung wahrscheinlich sich in mer würde. Es ist Falschmünzerei, wenn als Jock aller Maßnahmen nur die Sicherung der deutschen Fleischversorgung durch deutsche Viehproduktion bezeichnet wird. Auf agrarischer Seite wünscht man nicht einmal, daß der deutsche Fleischbedarf vollständig durch das Inland gedeckt werde, denn dann würde man den Zollgewinn einbüßen. Es ist auch gar nicht möglich, den ganzen Fleischbedarf durch das Inland zu decken, weil sonst andere Zweige der Landwirtschaft leiden würden. Bei unserer heutigen Wirtschaftsweise ist die Abhängigkeit vom Ausland eine absolute Notwendigkeit, und bei noch so großer landwirtschaftlicher Produktion würden wir doch Fabriksalz usw. einführen müssen. Die Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes ist unbedingt notwendig und am Sonntag wieder von der Berliner Volksversammlung gefordert worden. Unerhört ist es, daß im Subventionsvertrag des Norddeutschen Lloyd die Zufuhr landwirtschaftlicher Produkte, die mit deutschen landwirtschaftlichen Produkten konkurrieren könnten, verboten ist. Im November 1912 waren unter den 84 Millionen Tonnen der deutschen Einfuhr 25 Millionen Tonnen Ackerbauzeugnisse. Soll das deutsche Volk mit seinem Hunger so lange warten, bis diese Mengen im Inland erzeugt werden können? Das kann Jahrzehnte dauern und davon kann

die Sicherheit des Vaterlandes

nicht abhängen. Wenn aber durch Teuerung und Not das Volk gesundheitlich schwer geschädigt, in leidenschaftlichem Haß gegen die reaktionäre Herrschaft in Preußen und dem Reich bis zur Siebtheit getrieben wird, dann verantworten Sie es, ob das der Sicherheit des Vaterlandes zuträglich ist. Sie provozieren damit die heftigsten politischen Kämpfe. Der schädliche Einfluß Preußens auf die Reichspolitik ist durch die Mitteilung des Staatssekretärs Delbrück in der Budgetkommission des Reichstags erwiesen, daß die Reichsregierung alle Gesekentwürfe, die sie dem Bundesrat oder auch nur einer einzelstaatlichen Regierung vorlegen will, erst der preussischen Regierung unterbreitet. Das preussische Wahlrecht enthebt den Abgeordneten der Reichstagspflicht gegenüber den Wählern, deshalb wird die Tätigkeit dieses Parlaments ohne jede Verantwortlichkeit gegenüber den Massen ausgeübt. Im Reichstag sind wir 7/11, hier nur 1/11. Dieser schroffe Gegensatz kann nicht ohne schwere Schädigung des gesamten deutschen Volkes auf die Dauer aufrecht erhalten bleiben. Als die Regierung von Schwarzburg-Rudolstadt sich mit der sozialdemokratischen Landtagsmehrheit nicht zu verständigen vermochte, gab der Staatsrechtlicher Laband das Gutachten ab, daß nach der Reichsverfassung die Reichsregierung der Einzelregierung ohne Landtag ein Budget durch Reichsdelegation zur Verfügung stellen könnte. Nun vielleicht kommt auch einmal der Tag, wo das Reich Exekution gegen Preußen führt, um ein freies Wahlrecht und eine fortschrittliche Regierung einzuführen. (Lachen rechts.) Wo ist denn das Wahlrecht, das zur preussischen Eigenart gehört? Abg. v. Redlich will es abhufen und Abg. von Ratzahn nannte es einen vortrefflichen Destillierungsapparat, wahrscheinlich in Erinnerung an die Spirituszentrale. (Heiterkeit links.) Die Nationalliberalen denken ja gar nicht daran, auch nur das von ihnen ursprünglich geforderte direkte und geheime Wahlrecht durchzuführen, auch Sie haben, wie das Zentrum, Ihre Leute abkommandiert. Wir wollen bei den Landtagswahlen mit allen Mitteln moderner politischer Technik jede ernstliche Wahlreform verhindern. (Lachen rechts.) Der Großhaß in Preußen ist ja natürlich angesichts der Richtung Friedberg eine Illusion, aber die fortschrittliche Volkspartei, die hier im Hause energisch für das Reichstagswahlrecht eingetreten ist, hätte wohl mehr Interesse, am Sturm gegen die Junkerherrschaft teilzunehmen. Aber wie es auch sei,

die Demokratie ist allenthalben auf dem Vormarsch!

Bei dem schwarz-blauen Erfolg in Württemberg hat auch nicht die Sozialdemokratie die Schläge erhalten. Denken Sie (nach rechts) daran, daß der jetzige Prinzregent von Bayern energisch für die Demokratisierung des Wahlrechts eingetreten ist. Wenn

Sie auch trotz dem Versprechen der Theoretiker die Wahlrechtsfrage noch einmal verschleppen konnten, das ist die letzte Gelegenheit. Die Ihnen gewährt ist, darauf können Sie Gilt nehmen! (Lachen rechts.) An den Nationalliberalen liegt sehr viel, aber sie wollen nicht. (Widerpruch bei den Nationalliberalen.) Herr Köhling, Sie fühlen sich gewiß recht wohl bei dem Dreiklassenwahlrecht. (Abg. Köhling (natl.): Sehr richtig!) Ich stelle das fest! Das Deutsche Reich ist zusammen geboren mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht. Bismard hat es eingeführt, weil er das Volk zur Errichtung des Reiches brauchte. Vor 100 Jahren, als das Volk die Herrschenden vom Joch Napoleons befreien sollte, versprach man ihm Freiheit und Verfassung. Heute verlangt man von ihm höchsten Patriotismus, den furor teutonicus, aber man verpricht ihm nichts! Verlangen Sie furor teutonicus für soziale und wirtschaftliche Unterdrückung, für das von Preußen regierte Reich, für die Konservativen und das Zentrum, für die Volksausländerer und Auswanderer? Dieses Haus hat sich am 8. Mai vorigen Jahres ein Denkmal gesetzt, es hat mit den Prozeßen Borchardt-Deinert und „Kaffenombdie“ Wasser auf unsere Mühlen geleitet. Sie haben Jörn gehäuft während der ganzen Legislaturperiode, Sie werden die Strafe dafür erhalten. Wir werden dafür sorgen, daß der bevorstehende Wahlkampf das ganze preussische Volk aufrüttelt mit dem Sturmruf: „Nieder mit dem preussischen Junkertum, nieder mit dem schwarz-blauen Block, nieder mit dem Dreiklassenhaus!“ (Lebhafter Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Arnim-Jübedom (L): Das Haus soll nicht geleitet haben! Die 200 Millionen der Besetzungreform kommen meistens den Unterbeamten zugute. — Es sollten mehr Silbermünzen geprägt werden. Für das Gedeihen der inneren Kolonisation im Osten müssen die nötigen Vorbedingungen vorhanden sein. In der Jesuitenfrage sind wir im allgemeinen mit der Erklärung des Kultusministers einverstanden. Der Bundesrat mußte eben doch auch auf Empfindungen Rücksicht nehmen, die sich auf traurige Tatsachen der Vergangenheit stützen. Das Urteil des Zentrumredners ist schief. Gegenüber Dr. Liebnecht bemerke ich, daß wir dem König dankbar sind, wenn er sein Regierungsjubiläum feierlich begehen will. Ich erinnere dabei an das nach den Attentaten gegen Wilhelm I. geschaffene Sozialistengesetz, unter dem nach Webels Gesandnis die Sozialdemokratie wirklich schwer gelitten hat. Das fortschrittlich-sozialdemokratische Stichwörterbuch ist das traurigste Ereignis unserer Politik seit langem. (Lebhafter Zustimmung rechts.) Ich fürchte, die Volkspartei befindet sich so im Banne der Sozialdemokratie, daß sie sich schwer davon wird losmachen können. (Unruhe links.) Ohne die traurige Verblendung des Begriffs von der Gemeingefährlichkeit der Sozialdemokratie in weiten Kreisen wäre es nicht zu verstehen, daß z. B. Rosa Luxemburg sich in öffentlicher Versammlung erlauben darf, auszurufen: es müsse doch ein leichtes sein, diesen elenden Rißhaufen unserer Monarchie zu räumen. (Psul und Hört! hört! rechts.) Die arge Verzerrung der Nationalliberalen des Reichstags, Webel und Scheidemann ins Präsidium zu wählen, wird sich, glaube ich, nicht wiederholen. Ich hoffe, daß auf dem national-liberalen Parteitag am 19. Februar die andere Richtung fest. Leider haben im Reichstag nur wenige Liberale für den von uns verlangten Schutz der Arbeitswilligen gestimmt. Gegen das Streikpostengesetz, für den Schutz der Arbeitswilligen und der christlich-nationalen Arbeiter muß Nachdrückliches geschehen. Es muß endlich Positives geschaffen werden, damit wieder die Zustände herbeigeführt werden, die unter dem Druck des Sozialistengesetzes auf der Sozialdemokratie gelastet haben! (Lebhafter Beifall rechts.)

Justizminister Beiser teilt mit, daß die kleinen Amtsgerichte nicht aufgehoben, sondern vielmehr erweitert werden sollen. Finanzminister Dr. Bense polemisiert gegen den Abg. Dr. Biemer. Der Kultusrat beweist, daß Kulturaufgaben bei uns nicht leiden. (Zuruf links: Kultur, nicht Kultus!) Den Beweis ist Dr. Biemer schuldig geblieben. Die Aufhebung der Zuschläge würde uns in eine Sackgasse führen, unsere Schuldenlastung ist gesund. Viele Leute halten wohl aus Kriegsangst die Silbermünzen im Hause, daher der Mangel.

Abg. Dr. Vorsh (Z.) bemerkt gegen Dr. Liebnecht, daß das Zentrum sich deshalb über die Wahlrechtsfrage ausgesprochen habe, weil seine Stellung zu dieser Frage bekannt sei. übrigen werde sie bei den Neuwahlen in breiter Öffentlichkeit erörtert werden. Dann geht der Redner auf die Jesuitenfrage ein und polemisiert eingehend gegen Dr. Friedberg. Sind die Jesuiten für oder gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes? Wir billigen den Juden volle Gleichberechtigung zu, das beweist z. B. unsere Stellung zum Schächtverbot. Nach Liebnecht leben wir vom Jesuitengesetz, nun, wir wünschen einmütig seine Beseitigung. Es gibt dem Bundesrat eine Blankovollmacht wie kein anderes Gesetz. Die Rede Webels beim Erlaß des Jesuitengesetzes müßte jeder Staatsmann lesen. Er hat gesagt, daß mit der kirchlichen auch die irdische Autorität fallen würde. (Hört! hört! im Zentrum.) Warum regte sich Dr. Friedberg über den bayerischen Jesuitenerlaß auf, wo doch 1872 auch Preußen einen erlassen hat? Der Bundesratsbeschluss ist eine Verschärfung der bestehenden Praxis. Außerdem verstößt er mit dem Verbot religiöser Versammlungsversuche gegen das Reichsverfassungsgesetz und muß von den Gerichten als rechtswirksam erklärt werden. Das Ministerium Hertling ist weder ein Zentrumsmember, noch ein ultramontanes, von seinen sieben Mitglieder sind höchstens drei Zentrumsmänner und zwei sind sogar protestantisch, obgleich in Bayern 72 Proz. Katholiken wohnen. Einen solchen Ton, wie ihn Friedberg hier gegen das Ministerium Hertling angeschlagen hat, mag man nur gegen Zentrumsmänner, und würden wir ein andersgeartetes Ministerium so angreifen, wie das christlich-konservative Ministerium Hertling bekämpft wird, dann würde jedes konstitutionelle Leben aufhören. (Lebhafter Zustimmung im Zentrum.) Der Redner polemisiert dann gegen die anti-jesuitische Agitation der evangelischen Kirche und stellt die angebliche Freiheit unsäkulärer Bestrebungen der angeblichen Unfreiheit des Katholizismus gegenüber. Wenn wir gegen solche Zustände Abhilfe verlangen, so darf man nicht sagen, daß wir damit den evangelischen Volksteil provozieren. (Zürnischer Beifall im Zentrum.)

Kultusminister Dr. v. Trost zu Sols betont nochmals die Zuständigkeit des Reichstags und Bundesrats für die Jesuitengesetzfrage und gibt dann eine Darstellung der Rechtslage in der Verhandlung der Jesuiten durch die preussischen Behörden seit 1872. Er schließt damit, daß der Bundesratsbeschluss tatsächlich keine Verschärfung bedeute.

Abg. Graf Wittke (H.) hält eine scharfe Antijesuitenrede und wendet sich namentlich gegen die Zentrumsbekämpfung, daß die Jesuiten unbedingte Patrioten seien.

Abg. Dr. Lehmann (natl.) beklagt den Lugeb unter der Jugend und spricht dann hundenlang über die Jesuiten, wobei er u. a. dem Grafen Praschna Vorwürfe gegen falscher Tatsachen vorwirft, was vom Präsidenten gerügt wird. Während eines Teiles der Rede begleitet das Zentrum jeden gegen die Jesuiten gerichteten Satz mit höhnlichem Gelächter, bis der Redner wieder als Regie bezeichnet, worauf das Lachen aufhört. — Dem Abg. v. Arnim-Jübedom antwortet er mit einer Klage über die Behandlung der national-liberalen Partei im Osten und den gesellschaftlichen Posten ihrer Anhänger durch die konservativen Großgrundbesitzer, wodurch der notwendige Ausgleich zwischen Konservativen und Liberalen erschwert wird. Wir sind nicht in England, wo es nur Konservative und Liberale gibt, bei uns spielen in der Politik zwei Parteien die führende Rolle, die eigentlich keine politischen Parteien sind: die Klassenkampfpartei der Sozialdemokratie und die konfessionelle Partei des Zentrums. (Gelächter im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.) Der Redner bedauert die Vertreibung des Blau-Block, an der die Konservativen schuld seien. Das Eintreten national-liberaler Reichstagsabgeordneter für Webel als Präsidenten haben wir nicht billigt und Scheid-

mann's Hofenoffenrede konnte damals niemand. Viel schlimmer ist, daß die Konfessionen vielen Sozialdemokraten in den Reichstag verholten haben. (Lärm rechts. — Rufe im Zentrum: Nicht! Nicht!) In Hannover haben die Konfessionen sogar Waffen gegen uns gerichtet. Sogar Bismarck hat sich für die Zulassung einer starken Sozialdemokratie in das Präsidium ausgesprochen. Die Regierung könnte durch ihre Autokratie auch die Rechte zur Mitarbeit an der Wahlreform bewegen, die der König will, was ich nach meiner Kenntnis von seiner Persönlichkeit auch fest glaube. Im Interesse des Mittelstandes muß mindestens geheimes und direktes Wahlrecht eingeführt werden. Ein Ratgesetz wäre falsch. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Erfreulich ist, daß das Stichwahlrecht der Sozialdemokratie so niedrig ist, daß keine bürgerliche Partei hindurchdringen kann. Die Sozialdemokratie muß als eines der gefährlichsten und schädlichsten Rebell energisch bekämpft werden, aber mehr als Unterdrückungsmahregeln würde eine gesunde Sozialpolitik hierzu beitragen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Bahndt (Sp.) fordert vom Minister v. Dallwitz Aufklärung über die Mitteilungen des Reichstagsabgeordneten Fischer in der Wahlurnenfrage, weist weiter darauf hin, daß das Sozialistengesetz die Sozialdemokratie gefördert habe und gibt den Heubehändlern Königberger Bedingungen die Schuld an dem Abbruch des Stichwahlabkommens mit der Sozialdemokratie. Unser Wahlrechtsantrag wurde das letzte Mal nur durch eine Zufallsmehrheit abgelehnt. Die jetztige Wahlrechtsabstufung würde gerade beim Mittelstand heftiges Kopfschütteln erregen. Die Wahlrechtsfrage ist die Schicksalsfrage Preußens, sie wird auch der Inhalt des Wahlkampfes sein. (Beifall links.)

Minister des Innern v. Dallwitz: Die Behauptung des Reichstagsabgeordneten Fischer, daß mein Ministerium die Einführung von Wahlurnen verhindert habe, ist erst durch den Vorredner zu meiner Kenntnis gekommen und ich muß erst Bericht darüber abwarten. Ein einzelnes Ressort ist gar nicht in der Lage, beratende Maßnahmen des Reiches zu verhindern. (Beifall bei der Volkspartei.)

Ein Schlußantrag wird gegen Fortschrittler, Sozialdemokraten und Polen angenommen.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Abg. Gieseler (Z.), daß er gern die Darstellung des Handelsministers über den Sozialistengesetz, die neuerdings große Unruhe unter den Sozialisten hervorgerufen habe, berichtigt haben würde.

Abg. Vorhandt (Soz.): Dieser Debattenabsatz ist ein bedauerlicher Rückfall in die schlimmsten Gepflogenheiten der Vergangenheit dieses Hauses. Jede Partei hat zwei Redner gehabt, nur vor den Polen und uns hat man Schluß gemacht, und das, nachdem von Arnim von der Gemeingefährlichkeit der Sozialdemokratie gesprochen und uns wieder mit den Altentenen von 1878 in Verbindung gebracht und ein neues Sozialistengesetz verlangt hat. Wenn man uns da nicht mehr antworten läßt, so ist das ein demagogisches Wahlmanöver. (Präsident: Das gehört nicht zur Geschäftsordnung!) Herr Vorhandt hat zwei Stunden über das Sozialistengesetz gesprochen, ich möchte nur noch über den Etat sprechen. Sie irren gewaltig, wenn Sie uns mündlos zu machen glauben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Arosant (Kole) bedauert, daß er die unwahren Anschauungen des Ministers v. Dallwitz und die gemeingefährlichen Behauptungen des Abg. v. Jedlich nicht zurückerufen könne. (Der Präsident rügt diesen Ausdruck.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. v. Arnim (L.) bemerkt gegenüber dem Abg. Dr. Lohmann, daß derjenige, der einen Scheidemann zum Vizepräsidenten des Reichstags wähle, sich doch über sein Vorleben genau orientieren müsse. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Gegenüber dem Abgeordneten Vorhandt bemerkt er, daß er die Sozial-

demokratie nicht mit den Altentenen von 1878 in Verbindung gebracht habe.

Abg. Dr. Friedberg (nat.) erwidert dem Abg. Liebknecht, daß bei den Nationalliberalen ein Verlangen nach Annäherung an die Konfessionen nicht bestehe. (Heiterkeit. — Auf bei den Sozialdemokraten: Lohmann!)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) wendet sich in persönlicher Bemerkung gegen polemische Äußerungen des Abg. Dr. Parsch. Auf der rechten Seite, insbesondere vom Abg. v. Pappenheim mehrfach laut gerufen, daß dies nicht persönlich sei. — Präsident Graf v. Schwerin-Weich (zur Rechten): Ueberlassen Sie doch mir die Entscheidung, was in den Rahmen einer persönlichen Bemerkung fällt. Ich erlaube dem Redner nur das richtigzustellen, worin er mißverstanden wurde.

Der Etat geht an die Budgetkommission.
Donnerstag 11 Uhr: Wahlprüfungen, Realcreditinterpellation.
Schluß 7 Uhr.

Parlamentarisches.

Das Petroleummonopol.

Die Kommission zur Vorberatung des Gesetzesentwurfes über das Petroleummonopol hielt am Dienstag ihre erste Sitzung ab. Entsprechend einem Antrage der Zentrumsmitglieder und des Vorsitzenden der Kommission, Genossen Warm, erteilte der Vertreter der Staatsregierung zunächst Auskunft über die folgenden drei Fragen:

1. Kann sich Deutschland, unter Ausschluß der Standard Oil Company, ausreichend mit gutem und billigem Leuchtöl versorgen?

Die Antwort lautet: Deutscher Bedarf ist 8 Proz. der Weltproduktion. Für uns in Betracht kommen als Produktions- und Lieferländer nur der Westen der Vereinigten Staaten Amerikas, Südamerika und Rußland, Galizien und Rumänien. Zu beachten sind nur die Mengen, die ausgeführt werden und davon wieder nur der Teil, der nach Westeuropa geht. Nach Westeuropa werden heute ausgeführt aus Rußland 220 000 Tonnen, aus Rumänien 100 000 Tonnen und aus Galizien 200 000 Tonnen. Davon gehen jetzt nach Deutschland aus Rußland 20 000 Tonnen, aus Rumänien 25 000 Tonnen und aus Oesterreich 120 000 Tonnen. Für das Reichsmonopol stünden nun zur Verfügung aus Galizien auf Grund von Vorverträgen garantiert 75 000 Tonnen, aus Rumänien und Rußland etwa drei Viertel der obigen Ausfuhr nach Westeuropa mit 220 000 Tonnen. Die mögliche Gesamtlieferung Osteuropas an das Reichsmonopol beträgt also 300 000 bis 350 000 Tonnen. Vom Westen und Süden Amerikas liegen zahlreiche Angebote vor für Lieferung an das Reichsmonopol von leistungsfähigen, kapitalkräftigen Gesellschaften. Diese Angebote belaufen sich auf 700 000 Tonnen insgesamt. Somit ergäbe sich zur Versorgung des deutschen Marktes ein außerhalb der Standard Oil Company zur Verfügung stehendes Quantum von 1 000 000 bis 1 100 000 Tonnen Leuchtöl. Da der deutsche Bedarf zwischen 750 000 und 800 000 Tonnen jährlich sich bewegt, so wäre die gestellte Frage mit „Ja“ zu beantworten. Außerdem wäre eine Qualitätsverschlechterung und eine Verteuerung des Leuchtöls ausgeschlossen.

2. Was ist von der Reichsregierung bisher geschehen, um den Bedarf sicherzustellen?

Die Antwort hierauf lautet: Die Regierung hat jetzt schon eine Reihe von Verträgen abgeschlossen, wodurch ein Bedarf von 375 000 Tonnen gesichert ist. Zu diesen vertraglich gesicherten 375 000 Tonnen kommen noch aus Oesterreich und Deutschland rund weitere 100 000 Tonnen, so daß 450 000 Tonnen garantiert wären und noch 350 000 Tonnen zu decken blieben. Für diese liegen aber Angebote bis zu 550 000 Tonnen vor, so daß ihre Deckung keine Schwierigkeiten bereite, wenn das Gesetz einmal beschlossen sei. Die Regierung habe deshalb noch nicht für den ganzen Bedarf ab-

geschlossen, weil sie der Standard Oil Company Gelegenheit geben wolle, sich an der Versorgung Deutschlands auch weiterhin zu beteiligen. Um die gute Qualität zu garantieren, seien in den Verträgen genaue Vorschriften aufgenommen.

Die Preise würden sich auf Grund der Angebote wie folgen stellen: Der Einkaufspreis pro Tonne Rohöl frei Hamburg auf 55 Pf. pro Tonne, das ist 68 Pf. pro Liter. Dazu kämen dann die Ausgaben für den Zoll und das Verteilungsgeschäft im Inland, so daß das Liter Petroleum in den Selbstkosten bis zum Tank auf 15 bis 15 1/2 Pf. kommen würde; ab Straßentankwagen um einen Pfennig höher, also auf 16 bis 16 1/2 Pf. Diese Ziffern stellen die Selbstkosten dar. Dazu käme ein Gewinn von 1/2 Pf. pro Liter, falls die geplante Monopolgesellschaft den Betrieb übernimmt und das Liter stellt sich dann frei Haus des Detaillisten auf 17 1/2 bis 18 Pf. Zugelassen 2 bis 2 1/2 Pf. Verdienst für den Detaillisten macht einen Ladenpreis für den Konsumenten von 20 bis 20 1/2 Pf. pro Liter. Diese Preise seien nicht höher als die jetzigen Preise der Deutsch-Amerikanischen Petroleumgesellschaft, der Verkaufsgesellschaft der Standard Oil Company und würden in der Zukunft — die zwei ersten Betriebsjahre ausgenommen — nicht höher werden. Dafür, daß die Produzentengesellschaften ihre Lieferungsverträge einhalten, seien durch unabhängige Banken die nötigen Garantien gegeben.

3. Werden die Produktions- und Markthaltverhältnisse auch in der Zukunft so sein, daß die Versorgung Deutschlands sichergestellt ist?

Die Antwort lautet: Wenn man alle Erscheinungen und Wahrscheinlichkeiten in der Entwicklung des Weltmarktes, die zu einer Erleichterung oder einer Erschwerung der Versorgung des deutschen Marktes mit Petroleum führen können, gegeneinander abwägt, dann ergäbe sich als Schluß, daß die Versorgung in der Zukunft leichter möglich sein werde als heute.

Nach dem Referat des Regierungsvertreters entspann sich eine Aussprache über die Zulänglichkeit oder Unzulänglichkeit der Regierungserklärungen zur Verantwortung der Versorgungsfrage. Von allen Seiten wurden weitere Aufklärungen gewünscht, ganz besonders wollte man die Verträge in ihrem Wortlaut und wenigstens den Hauptinhalt der Verhandlungen der Reichsregierung mit der Standard Oil Company kennen lernen. Jedoch äußerte der Staatssekretär Kühn gegen die Einseitigkeit der Verträge schwere Bedenken, weil bei einem Scheitern der Gesetzesvorlage die amerikanischen Kupferwerke der Standard Oil Company gegenüber blockiert und dadurch der Einfluß und die Macht des Trusts noch vermehrt würden. Wie weit die Regierung die für die Beurteilung der Frage nötigen Aufschlüsse über die Verträge und Vertragsbedingungen gibt, wird sich in der nächsten Sitzung am Freitag zeigen, in der der Bericht der Regierung gedruckt vorgelegt wird.

Witterungsbericht vom 14. Januar 1913.

Stationen	14. Jan. 1913			15. Jan. 1913		
	Barometer	Temperatur	Wind	Barometer	Temperatur	Wind
Swinemünde	770	5	SW	777	2	SW
Hamburg	768	5	SW	773	1	SW
Berlin	769	5	SW	774	1	SW
München	764	1	SW	757	3	SW
Wien	765	2	SW	758	3	SW
Stettin	768	1	SW	770	2	SW

Wetterprognose für Mittwoch, den 15. Januar 1913.

Vorwiegend neblig oder wolfig bei gelindem Frost und mäßigen (abwärtigen) Winden; keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau

Todes-Anzeigen

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener

Georg Schumann

am 11. d. Mts. im Alter von 55 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Reutlin, Herrmannstraße, aus statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Hausdiener

Max Stehmann

am 12. d. Mts. im Alter von 22 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. d. M., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Belehofes in Friedrichstraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Geschäftsführer

Eduard Nimo

am 8. d. Mts. im Alter von 43 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken.

61/4 Die Bezirksverwaltung

Dankjagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und Anteilnahme bei der Beerdigung meines lieben Vaters (siehe alle Teilnehmer, insbesondere dem Geleit der Frau Wambach, den Kollegen, dem Holzarbeiterverband und den Genossen des 4. Wahlkreises meinen herzlichsten Dank.
Frau Wolf.

Sozialdemokr. Wahlverein für d. Reichst.-Wahlkr. Niederharnim.

Bezirk Lichtenberg.
Am Sonntag, den 12. Januar, verstarb unser Genosse, Gastwirt

Richard Krüger

Schillerstr. 19, Gruppe 66.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute nachmittags 2 1/2 Uhr, vom Nummernburger Krankenhaus, Prinz-Wilhelmstraße, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet
14/2 Die Bezirksleitung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Sobretz

Rudolf Meermann

Prinzessinnenstr. 61, am 12. d. M., an Magenleiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofes in Reinickendorf, Humboldtstraße, aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter

Heinrich Hendrich

Dunderstr. 60,
am 10. d. Mts. an Lungenleiden gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

110/18 Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Nachruf.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Wirtshausbesitzer

Max Schmidt

(Eckstr. 6, 7. Bezirk) verstorben ist und bereits zur letzten Ruhe bestattet wurde.

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand.

Verband der Lithographen, Steindruckere u. verwandten Berufe (Zitate der Photographen).

Am 11. Januar 1913 starb unser Kollege, der Photograph

Fritz Stoik

im Alter von 25 Jahren an Herzlähmung.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am 15. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Reichshofers Friedhofes in Tempelhofer Park, Marienburger Weg, aus statt.

100/1 Die Verwaltung.

Albert Oelschläger

Für die so überaus reiche Teilnahme, sowie die herrlichen Kranzgebenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters, des Galtwirtes

Marie Oelschläger nebst Kindern.

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere dem Arbeiterverein „Arbeitskraft“, Reichshof, als auch den Genossen des 12. Bezirkes und den verschiedensten Deputationen unseren herzlichsten Dank.

Marie Oelschläger nebst Kindern.

Schwarze Kleidung

Fertig am Lager:
Gebrock-Anzüge 70, 60, 36 M.
Smoking-Anzüge 80, 70, 40 M.
Frack-Anzüge 60, 50, 40 M.
Jeinkleider 15, 12, 10, 8 M.

Fertige schwarze Kleidung für Knaben und Jugendliche in größter Auswahl

Feine Maß-Anfertigung in ca. 10 Stunden

Baer Sohn

Kleider-Werke
Berlin, Gebr. 1891.
Charlottenstraße 29-30,
11, Brückenstraße 11,
Gr. Frankfurter Str. 20,
Schöneberg, Haus Nr. 10.

Verein Berliner Buchdruck-Maschinenmeister.

Am Sonnabend vormittag 10 1/2 Uhr verstarb nach langem, schwerem Leiden im 68. Lebensjahr in Strausberg unser langjähriges Mitglied und seither Invalide

Otto Trapp.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 15. Januar, nachmittags 8 Uhr, in Strausberg vom Andachtsraum der Leichenhalle aus statt.

Sein Andenken werden wir in Ehren halten.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Dankjagung.

Erlaubt erlaube ich allen Angehörigen, die meinem Bruder

Otto Butschkau

die letzte Ehre erwiesen haben, meinen innigsten Dank.

Berta Butschkau.

Von der Reise zurück: 10/1

Privatdozent Dr. W. Liepmann.

Faasenerstr. 41 I. — Ambulatorium: Karlstr. 20a I. 10-11.

Haben Sie bioli?

Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schnell, durch. Zeiteten von 25 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 8, II. (Städt. Bldg.)

Westmanns Trauermagazin

Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemstraße).

II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).

Sehr ger. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hochgelegten Genre z. äußerst niedrigen Preisen.

Sonder-Abteilung: Maßanfertigung in 10 bis 12 Stunden.

WESTMANN

Mohrenstr. 37a
Gr. Frankfurterstr. 115.

Invantur

In wenigen Tagen Schluss!

Plüschmäntel No. jetzt 29, 49, 79 M. (Teat-Preis) (alle früh, bis 90, b. 135, b. 275 Mark)

Pelzmäntel (Modelle) . . . jetzt nur 75, 175, 225 M.

Ulster (Modelle) . . . jetzt 9 1/2, 12, 18 M.

Abendmäntel (Modelle) . . . 25 M. (bis 70% unt. Preis)

Kostüme (Modelle) . . . jetzt 10, 25, 52 M.

Gesellschaftskleider . . . jetzt 30 M., früh, bis 130 M.

Sonntag geöffnet 12-2 Uhr.



Millionen gebrauchten gegen Husten

Kaiser's Brust-Caramellen

gegen Heiserkeit, Verschleimung, Brust-Katarrh

mit den 3 Tannen

6100 notariell beglaubigte Zeugnisse von Aerzten und Privaten verbürgen den sicheren Erfolg. Köstliches, feinschmeckendes Hustenmittel. Paket 30 Pf. Dose 60 Pf. Ausschließlich in Apotheken und Drogerien erhältlich und zwar nur in verpackten Paketen, niemals lose ausgewogen.

Vom Schwinden des „Kinderiegens“.

Den Geburtenrückgang in Berlin erörtert Prof. Dr. S. Silbergleit in den vom Berliner Statistischen Amt herausgegebenen „Statistischen Monatsberichten Groß-Berlin“ (3. Jahrgang, 7. Heft). Er gelangt dabei zu sehr beachtenswerten Ergebnissen.

Wie sehr in Berlin die Geburtenhäufigkeit in den letzten Jahrzehnten nachgelassen hat, das lehrt eine einfache Angabe, die Silbergleit voranstellt. Er weist darauf hin, daß hier im Jahre 1911 nur 44 834 Kinder, im Jahre 1876 aber 46 298 Kinder geboren wurden, obwohl damals Berlins Bevölkerungszahl noch nicht halb so groß war wie heute.

Die Veränderung der Geborenen in eheliche und uneheliche zeigt, daß der Anteil der unehelich Geborenen an der Zahl aller Geborenen des Jahres sich nicht vermindert hat. Bis gegen Ende der 90er Jahre hielt es sich unter manchen Schwankungen auf mäßiger Höhe, zuletzt auf 15-16 Proz. Dann aber setzte eine entschiedene Aufwärtsbewegung ein, und das Jahr 1911 schloß mit 22,2 Proz. Silbergleit will dahingestellt sein lassen, ob darin „Anzeichen einer steigenden sittlichen Verwahrlosung“ zu erblicken sind.

Die Zunahme unehelicher Geburten könnte, sagt er, teilweise durch die in Berlin vollzogenen Einbindungen auswärts wohnender unverblichter Mütter herbeigeführt sein.

Die ehelichen Geburten sind, deren Verringerung die Gesamtzahl der Geburten so herabgedrückt hat. Die Verringerung der ehelichen Geburten zu bescheiden, ist der Jwed der Silbergleitischen Arbeit. Hier genügt natürlich nicht das bei Berechnung der allgemeinen Geburtenziffer übliche rohe Verfahren, die Zahl der Geborenen einfach mit der Bevölkerungszahl zu vergleichen. Eine für die 50 Jahre 1861-1910 durchgeführte Vergleichung der Zahl der ehelich Geborenen (samt Totgeborenen) mit der Zahl der vorhandenen Ehefrauen ergibt, daß die so ermittelte Fruchtbarkeitseiziffer Berlins im Jahre 1910 nur noch drei Viertel derjenigen von 1876 betrug.

In den dreieinhalb Jahrzehnten von 1861-1876 stieg die Zahl der Ehefrauen von 79 400 auf 167 725, aber die Zahl der ehelich geborenen Kinder des Jahres von 17 117 auf 40 302, d. h. pro 1000 Ehefrauen von 215,3 auf 240,3. In den dreieinhalb Jahrzehnten von 1876-1910 stieg dann die Zahl der Ehefrauen weiter von 167 725 auf 401 360, die Zunahme der ehelichen Geburten aber hielt hiermit nicht Schritt und später kam es zu einem so beträchtlichen Geburtenrückgang, daß den 40 005 ehelich Geborenen von 1876 nur noch 30 331 ehelich Geborene von 1910 gegenüberstanden. Das bedeutet: pro 1000 Ehefrauen wurden in 1876 noch 240,3, in 1910 nur 90,5 Kinder ehelich geboren.

Einen Einblick in tiefere Zusammenhänge des Geburtenrückganges gewährt eine für die Jahre 1901-1911 durchgeführte Gliederung der ehelich Lebendgeborenen nach der Geburtenfolge. Da zeigt sich, daß nicht so sehr die ersten und zweiten Kinder, wie die dritten, vierten, fünften usw. sich gemindert haben. Im Jahre 1901 waren unter 42 913 ehelich lebendgeborenen Kindern 13 153 erste, 10 567 zweite, 8880 dritte, 4213 vierte, 2689 fünfte, 1875 sechste, 1194 siebente, 779 achte, 660 neunte, 389 zehnte und schließlich 624 elfte bis dreizehntzählige. Dagegen wurden im Jahre 1911 unter 33 653 ehelich lebendgeborenen Kindern 11 488 erste, 8522 zweite, 5038 dritte, 3008 vierte, 1918 fünfte, 1281 sechste, 787 siebente, 564 achte, 367 neunte, 205 zehnte und zusammen 405 elfte bis einundzwanzigste. Von 1901 bis 1911 minderten sich im ganzen die ehelich lebendgeborenen Kinder um 21,88 Proz., im einzelnen die ersten Kinder nur um 12,66 Proz., die zweiten schon um 19,35 Proz., dann aber die dritten, vierten, fünften um 26,77 Proz., 27,18 Proz., 28,67 Proz., die sechsten und siebenten gar um 34,35 Proz. und 34,09 Proz., die achten nur um 27,00 Proz., die neunten und zehnten um 33,27 Proz. und 31,88 Proz., alle übrigen zusammen (elfte, zwölfte usw.) um 35,10 Proz. Hieraus ergibt sich, daß im letzten Jahrzehnt die Fälle eines zehntens und allzweihundertens „Kinderiegens“ sich besonders stark vermindert haben. Silbergleit empfiehlt eine vorsichtige Beurteilung der Zahlen, weil eine Veränderung der Zusammensetzung des Gesamtbestandes der Ehefrauen als Ursache mitwirken könne. Es sei aber nicht wahrscheinlich, daß aus dieser Ursache allein die Geburtenminderung sich erkläre.

Daß die Verringerung der ehelichen Geburten nicht durch eine Verringerung der Ehefrauen gebärfähigen Alters zustande gekommen ist, zeigt eine Berechnung der ehelichen Fruchtbarkeit nach Altersklassen der Mütter. Diese Berechnung wurde ausgeführt für den Durchschnitt der Jahre 1905/06 und der Jahre 1910/11, die den beiden letzten Volkszählungen zunächstliegen. Von der Volkszählung 1905 bis zur Volkszählung 1910 mehrte sich in Berlin die Gesamtzahl der im gebärfähigen Alter stehenden, d. h. bis 45 Jahre alten Ehefrauen von 271 090 auf 277 651, aber die Zahl der ehelich Geborenen, die im Durchschnitt der Jahre 1905/06 noch 43 293 gewesen war, ging hinab auf 35 523 im Durchschnitt der Jahre 1910/11. Auf 1000 Ehefrauen gebärfähigen Alters kamen hiernach in 1905/06 noch 159, aber in 1910/11 nicht mehr ganz 128 ehelich Geborene. Die Verringerung nach Altersklassen ergibt, daß von 1905/06 bis 1910/11 die Zahl der ehelich geborenen Kinder pro 1000 Ehefrauen sich vermindert hat: bei den bis 20 Jahre alten Ehefrauen von 593 auf 555 Kinder, bei den 20-25 jährigen von 395 auf 337, bei den 25-30 jährigen von 287 auf 196, bei den 30-35 jährigen von 143 auf 108, bei den 35-40 jährigen von 79 auf 61, bei den 40-45 jährigen von 32 auf 22. Es ist hier bei allen Altersklassen ein Rückgang der Fruchtbarkeitseiziffer zu verzeichnen. Der Rückgang ist um so stärker, je höher die Altersklasse ist.

Sehr lehrreich ist das Ergebnis einer für die Jahre 1906 bis 1911 ausgeführten Berechnung der Geburtenziffern für die einzelnen Stadtteile (Standesamtsbezirke). Hierbei mußte wieder zu dem rohen Mittel einer Vergleichung mit der durchschnittlichen Bevölkerungszahl gegriffen werden, doch konnten die hiesigen Einbindungen auswärtiger Mütter, soweit diese in Anstalten verbunden worden waren, ausgesondert werden. Von 1906 bis 1911 minderten sich die Lebendgeborenen (ohne die Auswärtigen der Anstalten) für ganz Berlin von 24,37 pro 1000 der Bevölkerung auf nur noch 19,86, d. h. um 18,5 Proz. In den einzelnen Stadtteilen war aber die Abnahme sehr verschieden, und zwar zeigt sich, daß von dem Rückgang der Geburtenziffer die vorwiegend von einer Arbeiterbevölkerung bewohnten Stadtteile am stärksten betroffen worden sind. Die Abnahme betrug nur 13,4 Proz. in der alten Innenviertel, nur 11,1 Proz. in der anschliefenden Friedrichstadt, gar nur 5,4 Proz. in der Schöneberger Vorstadt samt Tiergartenviertel, dem Stadtteil der wohlhabendsten Bevölkerung, aber 19,3 Proz. in dem benachbarten Westteil der Tempelhofer Vorstadt und 27,0 Proz. im Ostteil der Tempelhofer Vorstadt, der von fast proletarischem Charakter ist. Bestimmte Abnahmestufen finden wir in der Luisenstadt, 19,7 Proz. und 20,9 Proz. in dem Ost- und dem Westteil der außerhalb des Kanals gelegenen Luisenstadtteile, nur 16,4 Proz. in der innerhalb des Kanals gelegenen Luisenstadtteile, die hier an die Friedrichstadt angrenzt. Auf dem anderen Ufer der Spree hatte das Straßauer Viertel in seinem inneren, westlichen Teil nur 14,8 Proz. Abnahme, aber der äußere, östliche, hauptsächlich von Arbeitern bewohnte Teil 20,9 Proz. Berlins Nordosten, das Königs- und Prenzlauer Viertel, fällt auf durch die härteste Abnahme, 30 Proz. In dem nach der Stadtmitte zu gelegenen Spandauer Viertel finden wir 18,6 Proz. Abnahme, dagegen hatte die draußen sich anschließende Rosenthaler Vorstadt in ihrem südlichen Teil 20,0 Proz., in ihrem nordwestlichen Teil 24,0 Proz., in ihrem nordöstlichen Teil 25,6 Proz. Auf dem Gesundbrunnen beträgt die Abnahme 21,1 Proz.,

auf dem Wedding sind es 24,4 Proz., aber nur 18,5 Proz. in der dem Stadtinnern näher gelegenen Oranienburger Vorstadt. Köpenick hat in seinem äußeren, westlichen Teil, der hier der proletarische ist, 22,8 Proz. Der östliche, innere Teil, zu dem auch die Friedrich-Wilhelm-Stadt und die Gegend am Nordrand des Tiergartens gehört, übertraf dadurch, daß dieser Standesamtsbezirk als einziger in Berlin nicht eine Abnahme, sondern eine Zunahme der Geburtenziffer aufweist, in 1911 um 12,7 Proz. mehr als im 1906. Silbergleit erklärt das daraus, daß hier mehrere kleine und eine große Privatentbindungsanstalt liegen und die Kinder der hier entbundenen Anstaltigen nicht aus der Statistik ausgesondert werden konnten. Sieht man von diesem einen Standesamtsbezirk ab, so ist überall ein Rückgang der Geburtenziffer eingetreten. Und fast überall zeigt sich die Regel, daß in den Arbeitervierteln die Abnahme am stärksten war.

Ueber die Ursachen der Geburtenminderung in Berlin sagt Silbergleit nichts. Es bleibt dem Leser überlassen, aus den von Silbergleit mitgeteilten Zahlen seine Schlüsse zu ziehen. Die Ergebnisse der Gliederung nach Stadtteilen weisen auf eine der Ursachen hin, die vielleicht die wichtigste ist. Der Geburtenrückgang war am stärksten in den Arbeitervierteln! Allmählich hat auch die Arbeiterbevölkerung angefangen, die schrankenlose Mehrung ihres Nachwuchses nicht als einen „Segen“ anzusehen. Kann man sich darüber wundern angesichts der agrarischen Wirtschaftspolitik mit ihrer Verteuerung der notwendigen Lebensmittel?

Partei-Angelegenheiten.

Schmargendorf. Am Donnerstag, den 16. Januar, abends pünktlich 9 Uhr, im Schützenhause, Hundeschloßstr. 20: Beginn des Vortragskuriums: „Die Programme der bürgerlichen Parteien“. Vortragender: Landtagsabgeordneter Julian Vorkordt. Eintritt für drei Vortragsabende 50 Pf. Nicht zahlreichem Besuch erwartet. Der örtliche Bildungsausschuß.

Trebbin. Am Sonnabend, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Schützenhause (S. Fromm): Wahlvereinsversammlung.

Potsdam. Der Jahrsabend findet morgen Mittwochabend in allen Bezirkslokalen statt.

Berliner Nachrichten.

Der Konsum russischen Fleisches

hat in den letzten Wochen eine nicht unerhebliche Steigerung erfahren. Aus dem Rathause wird berichtet: „In der vergangenen Woche sind annähernd 3400 Zentner Rind- und Schweinefleisch auf dem städtischen Viehhof an die Verkaufsstellen zur Ausgabe gelangt; trotzdem war der Bedarf der Verkäufer damit noch nicht gedeckt. Besonders die Nachfrage nach Schweinefleisch gestaltet sich immer reger. Der Umsatz in den Markthallen bezifferte sich in der letzten Woche auf über 1750 Zentner, bei den Ladenschlächtern auf rund 450 und bei den Konsumvereinen auf rund 1170 Zentner.“

Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß auf den von der Stadt Berlin an den Landwirtschaftsminister gerichteten Antrag, ihr den Fortbezug russischen Fleisches über den 31. März d. J. hinaus zu genehmigen, bisher noch nichts eingegangen ist. Inzwischen sind aber von der Stadtverwaltung die Vorbereitungen für die weitere Einfuhr des russischen Fleisches auch während des Sommers fortgesetzt worden; es ist ein Beamter nach Warschau entsandt worden, der die Verhältnisse für die Einfuhr im Sommer begutachten und die erforderlichen Maßnahmen in die Wege leiten soll.“

Ueber die Fortführung der Nord-Südbahn nach Neukölln schweben bekanntlich seit längerer Zeit zwischen Berlin und Neukölln Verhandlungen. Es ist jetzt zwischen beiden Gemeinden über die Beteiligung Neuköllns im wesentlichen eine Verständigung erzielt worden, so daß der Vertrag nach Feststellung der mehr untergeordneten und formellen Punkte in nächster Zeit zum Abschluß gebracht werden dürfte. Die Anschlußstrecke nach Neukölln soll durch die Gneisenaustraße geführt werden, wie dies bereits früher in Aussicht genommen war, vom technischen Standpunkt als die gegebene Linienführung bezeichnet worden und in dem der Aufsichtsbehörde vorgelegten Plan vorgezogen ist.

Heizung und Lüftung der Schulen

werden in dem neuesten Jahresbericht über die Tätigkeit der Schulärzte Berlins sehr eingehend erörtert. Im Winter die Schulräume in behaglicher Temperatur zu halten und dabei auch für frische Luft zu sorgen, scheint eine schwierige Aufgabe zu sein. Um sie befriedigend lösen zu können und eine geeignete Unterlage für zweckmäßige Vorschriften zu schaffen, hatte das Untersuchungsamt der Stadt im Auftrage der Schuldeputation die Temperatur und die Luftbeschaffenheit in mehreren Schulen untersucht. Die Ergebnisse führten dazu, daß eine Kommission aus Mitgliedern der Verwaltung, aus Technikern des Heizbureaus, aus Ingenieuren des Untersuchungsamtes, aus Schulärzten und Schulmännern eine Anweisung zur Handhabung der Heizungs- und Lüftungseinrichtungen der Schulen aufstellte. Sie wird in dem Schulärzbericht ausführlich mitgeteilt.

Die Klassenzimmer sollen vor Beginn des Unterrichts bis auf 15 Grad Celsius angeheizt sein. Während des Unterrichts soll die Zimmerwärme durchschnittlich 18 Grad betragen, aber 20 Grad nicht überschreiten. Für Turnhallen ist eine Durchschnittstemperatur von 14 Grad festgesetzt. Fenster, Kippflügel usw. sind während des Unterrichts im allgemeinen geschlossen zu halten. Für Räume mit Lüftungskanälen gelten besondere Vorschriften über die Handhabung der Frischluft- und Abflussklappen. Wo Fenster geöffnet werden müssen, sollen die Kinder wegrücken und Freilübungen machen. Die Fenster dürfen während des Unterrichts nur so lange offen bleiben, daß die Temperatur nicht unter 15 Grad sinkt. In den Pausen soll ausgiebig Lüftungsvorrichtung stattfinden. Sobald die Kinder die Klassenzimmer verlassen haben, sind die Fenster und möglichst auch die Türen offen zu halten. Weiden Kinder in der Klasse zurück, so ist darauf zu achten, daß sie nicht von Zugluft getroffen werden. Unter 12 Grad darf die Temperatur des Klassenzimmers in den Pausen nicht sinken. Nach Schluß des Unterrichts ist durch Öffnen der Fenster gründlich zu lüften. Die Lüftung ist bis zu einer halben Stunde auszudehnen, falls nicht schon vorher die Zimmertemperatur unter 8 Grad sinkt. In Klassen aber, die auch am Nachmittag oder am Abend zum Unterricht benutzt werden, darf nach Schluß des Vormittagsunterrichts „nur ganz kurze Zeit“ gelüftet werden, weil nicht nochmals geheizt wird. Hier zeigt sich, daß bei den in Berlin herrschenden Schulzuständen es in der Tat nicht leicht ist, Heizung und Lüftung in Einklang zu bringen. Ueber das Bedenkliche der Vorschriften, für die auch am Nachmittag oder am Abend zu besuchenden Klassen-

räume die Lüftung nach dem Vormittagsunterricht einzuschränken, sagt der Schulärzbericht kein Wort. In der Jahreszeit, wo nicht geheizt wird, läßt sich die Lüftung natürlich leichter ausführen. Die Praxis lehrt aber, daß es auch da nicht an Schwierigkeiten fehlt. Daß bei mehr als 16 Grad Lufttemperatur die Fenster offen gehalten werden sollen, ist eine Vorschrift, die man in verkehrsreichen und vielleicht noch mit Steinen gepflasterten Straßen manchmal leider beim besten Willen nicht befolgen kann. In dem Schulärzbericht wird erwähnt, daß aus zwei Schulen auch die Klage gekommen sei, hier könne wegen des Lärms einer benachbarten Fabrik im Sommer kein Fenster geöffnet werden. Im Winter führt manchmal eine gewisse Luftkälte der Lehrer und Lehrerinnen dazu, daß die Ventilationsvorrichtungen wenig benutzt werden. Ein Schularzt hebt diese „allzu große Kargheitslichkeit“ hervor und gibt an, daß er in den Klassenzimmern fast durchgängig die zu hohe Temperatur von 18 bis 21 Grad fand. Ein anderer Schularzt berichtet, daß er unter den Lehrenden nicht wenige kennen gelernt habe, die infolge schlechter Schulluft an Nerven- und Kehlkopfkatarrhen oder an Stimmbandermüdung erkrankt waren. Er benutzte diese Beobachtung, um zu ständiger Lüftung anzuregen.

Ueber die Schädigungen, die in den Schulen den Kindern aus dem Mangel frischer Luft erwachsen, steht in dem Schulärzbericht nichts. Das mag für die Schulärzte auch nicht so ganz leicht festzustellen sein, aber die Eltern können es sehr bald merken, wenn sie ihre Kinder ständig und aufmerksam beobachten. Es gibt Kinder, bei denen Jahr für Jahr immer wieder nach Beginn der kälteren Jahreszeit die Wirkungen der Schulluft sich einstellen. Aus den schlecht gelüfteten Klassenzimmern kehren sie mittags mit Kopfschmerz und Uebelkeit heim.

Die Auszahlung des Guthabens an Fürsorgezöglinge

wurde gestern in der Sitzung der Waisenkommission besprochen. Den Fürsorgezöglingen, die in Dienst- oder Arbeitsstellen sich befinden, wird ein Teil ihres Lohnes gut geschrieben und auf Sparkassenbücher angelegt. Bei Entlassung aus der Fürsorgeerziehung wird von der Waisenverwaltung über die Auszahlung des Guthabens verfügt.

In rechtlicher Beziehung wird der Standpunkt vertreten, daß das Guthaben des Fürsorgezöglings eine Arbeitsbelohnung darstelle und daß es in der Hand des Kommunalverbandes liege, ob er das Guthaben auszahlen wolle. Es lägen zwei landgerichtliche Urteile vor, die diesen Standpunkt stützten; auch die Ausführungsbestimmungen des Fürsorgeerziehungsgesetzes bewegten sich in diesem Sinne. Die Verträge, die die Waisenverwaltung mit den Dienstherren schließt, seien Dienstverpflichtungsverträge, der Lohn gehöre dem Kommunalverbande. Die Auszahlung erfolge bei guter Führung nach Ablauf einer Bewährungsfrist. Das sei nicht insbesondere dann, wenn es sich um größere Beträge handele. Würden diese sofort auf einmal ausgezahlt, so bestünde die Gefahr, daß das Geld ungewöhnlich verwendet werde; in manchen Fällen sei es sofort verbuddelt worden. Um eine Regelung herbeizuführen, soll in Zukunft vor Entlassung von Zöglingen von den Fürsorgern bzw. Anstaltsleitern über die einzelnen Zöglinge ein Gutachten eingeholt werden, um über die Zukunft derselben orientiert zu sein.

Von einem Mitgliede der Deputation wurde dargelegt, daß die rechtliche Seite der Sache doch zweifelhaft sei. Wohl werde von den Zöglingen in ihren Dienststellen erzielte Arbeitsverdienst nach den Ausführungsbestimmungen des Fürsorgegesetzes als Belohnung, als ein Erziehungsmittel angesehen, es lägen aber in dieser Beziehung noch keine letztinstanzlichen Urteile vor. Es sei doch zu bedenken, daß der Verdienst der Zöglinge Arbeitslohn darstelle. Sei es aber Arbeitslohn, so könnte bei Zöglingen nach dem 21. Jahre nur das Lohnbeschlagengesetz in Anwendung kommen, da nach dem 21. Jahre der Kommunalverband alle Aufsichtsbefugnisse über den früheren Zögling verliere.

Es bestie lediglich die Pflicht, den aus der Fürsorgeerziehung Entlassenen für das fernere Fortkommen behilflich zu sein. Daran fehle es heute. Am besten geschähe das durch Nachweisung von Arbeit. Allerdings wollten heute die entlassenen Fürsorgezöglinge von der Waisenverwaltung nichts mehr wissen, da die Mehrzahl mit keinen guten Erinnerungen schied. Das werfe aber ein schlechtes Licht auf die heutige Art der Fürsorgeerziehung. Was die Auszahlung des Guthabens betreffe, so solle, auch wenn man sich der heute üblichen Praxis anpasse, darauf gehalten werden, daß von besonderen Fällen abgesehen, wo es sich um erhebliche Beträge handele und eine zweckdienliche Verwendung nicht sofort erkennlich sei, das Guthaben möglichst gleich nach der Entlassung des Zöglings ausgezahlt werde.

Eine eventuelle Verweigerung der Auszahlung sollte nur durch Deputationsbeschluß gelassen und nicht dem Ermessen des zuständigen juristischen Begegnanten überlassen werden.

Der letztere Antrag wurde abgelehnt, der andere Antrag auf Einholung eines Gutachtens vor Entlassung angenommen.

Beachtet sei, daß in den Fällen, in denen Zöglinge sich in Anstalten befinden, nur teilweise Arbeitsverdienst gutgeschrieben wird. Ueber diese Angelegenheit soll noch besonders verhandelt werden.

Das Geheimnis von Tabendorf ist, wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, noch keineswegs aufgeklärt. Die Mitteilung, Frau Böhm habe das Geheimnis abgelegt, daß ihr Geliebter Kolbe ihren Mann umgebracht habe, trifft nicht zu. Nachforschungen in Tabendorf, die dort neuerdings wie auch früher schon wiederholt stattfanden, haben wohl zu dem Bericht Veranlassung gegeben, daß nunmehr das geheimnisvolle Verschwinden des Secretärs Böhm aufgeklärt sei.

Strohenbahnunfall. Schwer verunglückt ist ein bisher unbekannter Herr, der in der Landberger Allee trotz der Warnung des Schaffners von einem fahrenden Strohenbahnwagen der Linie 65 absprang. Der Mann stürzte und blieb benennungslos auf dem Strohenpflaster liegen. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht, wo eine schwere Gehirnerschütterung und auch innere Verletzungen festgestellt wurden. Die Persönlichkeit des Schwerverletzten konnte noch nicht ermittelt werden, da der Mann das Bewußtsein noch nicht wiedererlangt hat.

Deutscher Arbeiter-Sängerbund (Gau Berlin und Umgegend). In der am letzten Sonntag stattgefundenen Ausschussung wurde der Gesangsverein „Anarion 1856“ ausgenommen. Sodann fand eine längere Aussprache über die Agitation für den Bund statt. In der Diskussion wurde lebhaft Klage darüber geführt, daß noch viele organisierte Arbeiter, darunter sogar Arbeiter aus den Pausen der Partei und Gewerkschaften sich in bürgerlichen Gesangsvereinen befinden. Zum Schluß wurde beschlossen, für die Provinz ein Flugblatt herauszugeben und für Berlin in der „Arbeiter-Sängerzeitung“ einen Agitationsartikel erscheinen zu lassen und diesen in bürgerlichen Vereinen zu verteilen.

Einem Lichtbildervortrag veranstaltet der Turnverein „Fichte“ am Freitagabend 14 Uhr in den Sophienhallen, Sophienstraße, Bundesturnwart Koppich aus Leipzig wird einen Vortrag halten.

Feuer in der Wrie. Durch diesen Alarm wurde gestern mittag kurz vor 12 Uhr die Feuerwehrt nach der Reuen Friedrichstraße 51/54 gerufen. Es hieß, daß dort ein Dachstuhlbrand ausgebrochen sei. Bis die Jüge 1, 4 und 17 am Wörsinggebäude ein-

krasen, waren auf dem Dach des Hauses starke Rauchwolken sichtbar. Es stellte sich aber heraus, daß der Dachstuhl nicht brannte. Auf dem Dach war lediglich ein Quantum Teer übergeflossen. Die Gefahre konnte schnell beseitigt werden. — Am Vormittag hatte die Wehr in der Prinzenallee 91 Ede Wadstraße einen größeren Kellerbrand zu bewältigen. Es standen Brennmaterialien und Gerümpel in mehreren Kellererschichten in Flammen. Die Ablösung erfolgte mit zwei Schlauchleitungen.

Vorort-Nachrichten.

Die Gemeindevorwahlen

Liegen in den Gemeinden der Kreise Niederbarnim und Teltow-Beeskow vom 15. bis 30. Januar in den Gemeindebüros öffentlich zu jedermanns Einsicht aus. Finden auch dieses Jahr allgemein keine Wahlen statt, so kann im Laufe desselben doch eine Nach- oder Ersatzwahl notwendig werden. Daher sollte sich jeder wahlberechtigte Einwohner überzeugen, ob er in der Liste verzeichnet ist.

Wahlberechtigt ist jeder selbständige Gemeindeangehörige, welcher 1. Angehöriger des Deutschen Reiches ist, 2. die bürgerlichen Ehrenrechte besitzt, 3. seit einem Jahre in dem Gemeindebezirk seinen Wohnsitz hat, 4. keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfängt, 5. die auf ihn entfallenden Gemeindeabgaben bezahlt hat und außerdem a) entweder ein Wohnhaus in dem Gemeindebezirk besitzt, oder b) von seinem gefamten innerhalb des Gemeindebezirks belegenen Hausbesitz einen Jahresbetrag von mindestens 3 M. an Grund- und Gebäudesteuer entrichtet, oder c) zur Staatseinkommensteuer veranlagt ist oder zu den Gemeindeabgaben nach einem Jahres-einkommen von mehr als 660 M. herangezogen wird.

Als selbständig wird nach vollendetem 24. Lebensjahre jeder betrachtet, welcher einen eigenen Hausstand hat. Chambregarnisten sind wahlberechtigt; Schlafburschen ist das Wahlrecht abgesprochen worden.

Besonders sei darauf hingewiesen, daß man zur Ausübung des Gemeindevahlrechts — im Gegensatz zu den Städten — nicht Brautwein zu sein braucht, es ist erforderlich, daß man die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt.

Die Listen liegen in den nachstehend vermerkten Orten wie folgt aus:

Adlershof. Im Gemeindeamt 2, Sofadowstraße 1, Zimmer 3, während der Dienststunden von 8 bis 3 Uhr und an den Sonntagen vormittags von 9 bis 12 Uhr. Wer nicht selbst Einsicht in die Wählerliste nehmen kann, wende sich an folgende Adressen: August Bed. Bismarckstraße 11 (Konsum-Verkaufsstelle); Richard Kaul, Bismarckstr. 16; Joh. Fegerstein, Bismarckstr. 28; Karl Pöhl, Sedanstr. 25/26; Wilhelm Woskin, Meyer Str. 1; Emil Neumann, Meyer Str. 5, vorn II; Reichert, Dopenstr. 56; Paul Töpfer, Reibstr. 31; Gustav Tempel, Kronprinzstraße 46 und Wilhelm Jabel, Bismarckstr. 11, Hof II.

Alt-Glennede. Im Gemeindebüro während der Dienststunden. **Badow.** Im Gemeindebüro während der Dienststunden. **Sobanischthal.** Im Gemeindebüro, Rathaus, Zimmer 2, während der Dienststunden von 9 bis 1 Uhr.

Nichtensrade. Im Gemeindeamt, Dorfstr. 38, von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 3 Uhr, außerdem am Mittwoch, den 22., und Mittwoch, den 29. d. M., nachmittags von 6 Uhr bis 8 Uhr, sowie am Sonntag, den 19. d. M., von 9 Uhr bis 12 Uhr vormittags.

Mariensfelde. Im Amtsbüro (Kinnobauer-Mediziner), Kallersallee 20, Zimmer 1, während der Dienststunden, werktäglich von 8 bis 3 Uhr und Sonntags von 9 bis 10 Uhr.

Pöhlitz. Während der Dienststunden im hiesigen Gemeindebüro (Schillerstr. 32), und zwar von vormittags 8 bis nachmittags 3 Uhr im Zimmer 8, und von nachmittags 3 bis 6 Uhr im Zimmer 7. Für diejenigen, welche keine Zeit haben, selbst einzuliegen, haben sich folgende Genossen zur Einsichtnahme bereit erklärt:

J. Schiller, Ferdinandstr. 15. O. Epel, Berliner Str. 129. Fr. Wöhren-dorf, Sülzebr. 7. Ernst Richter, Chausseestr. 104. Th. Lenzel, Chausseestr. 55. Otto Busch, Zigarettengeschäft, Dürerstr. 42 und 2. Brotschiff, Ringstr. 17.

Niedersiege. Im Gemeindeamt Kormannstr. 1, Zimmer 2, wochentags während der Dienststunden von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, am 27. d. M., von 10 bis 11 Uhr vormittags.

Nowawes. Die Wählerliste für die Gemeindevorwahlen, die diesmal in der zweiten und dritten Abteilung nach dem neuangelegten Bezirkssystem stattfinden werden, liegen in den Bureauzimmern, Jelenstr. 1, partiere rechts, zu jedermanns Einsicht aus. — Für die zweite Abteilung sind zwei Wahlbezirke eingerichtet, deren Grenze die Linden- und Berliner Straße bilden. Alle Straßen nördlich dieser Grenze einschließlich Linden- und Berliner Straße gehören somit zum ersten Bezirk, während die südlich dieser Grenze gelegenen Straßen den zweiten Wahlbezirk bilden. Die Wähler der dritten Abteilung werden in vier Wahlbezirken vorgenommen.

Pankow. Im Rathaus, Zimmer 24, an den Wochentagen von 8-3 Uhr, Sonntags von 9-1 Uhr.

Samarandorf. Im Rathaus, Zimmer 3, von vormittags 8 1/2 bis nachmittags 3 Uhr, Sonntags am 27. Januar von 10-12 Uhr.

Tegel. Im Amtshaus, Weißstraße 3, partiere, Zimmer 2, während der Dienststunden bis mittags 1 Uhr; am Sonntag, den 19. und 26., sowie am Montag, den 27., nur von 11-12 Uhr vormittags. Die Arbeiter-schaft hat ein dringendes Interesse daran, sich von ihrer Eintragung zu überzeugen. Um so mehr, als die Neubesehung eines bisherigen Mandats demnächst bevorsteht.

Treptow. Im Rathaus, Neue Krugallee 1-3, Zimmer 49, in den Dienststunden, und zwar an den Wochentagen von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags und an den Sonntagen von 9 bis 10 Uhr vormittags.

Wittenau-Vorhagen. Im Rathaus, Zimmer 20, während der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags.

Zusthen. Im Gemeindeamt hierseits, Kurfürstenstr. 1a, während der Dienststunden von vormittags 8 bis nachmittags 3 Uhr.

Charlottenburg.

Desinfektion bei ansteckenden Krankheiten. Aus dem Presse-bureau des Magistrats wird folgendes mitgeteilt: Es ist in vereinzelten Fällen wieder darüber geklagt worden, daß die polizeilich vorgeschriebene Desinfektion bei ansteckenden Krankheiten von der städtischen Desinfektionsanstalt in Charlottenburg nicht so schnell ausgeführt wurde, als es den Beteiligten erwünscht erschien. Es handelte sich hierbei fast stets um den Todesfall eines Angehörigen oder um die Ueberführung eines anderen in ein Krankenhaus, und es lag das berechtigte Verlangen vor, die bisher versprochenen geliebten Angehörigen durch Vornahme der Desinfektion so schnell wie möglich zu sichern.

In solchen und ähnlichen Fällen empfiehlt es sich stets, die städtischen Anstalten um Vornahme der Desinfektion unmittelbar zu ersuchen, anstatt abzuwarten, bis bei dieser die polizeiliche Anzeige eingelaufen ist. Da diese Anzeige vom Eingang der Meldungen des behandelnden Arztes und von anderen Umständen abhängig ist, so ist der Verlust eines gewissen Zeitraumes unvermeidlich.

Die städtische Desinfektionsanstalt nimmt die Desinfektion von Wohnungen und Gegenständen auch vor Eingang der polizeilichen Anzeige auf private Aufforderung vor. Sie bedarf der polizeilichen Mitteilung allerdings, um je nach der Art der gemeldeten Erkrankung feststellen zu können, ob die verlangte Desinfektion gebührenpflichtig oder gebührenfrei war. Diese Feststellung aber kann natürlich auch nachträglich erfolgen.

Schöneberg.

Ein Raubanschlag ist am Montagabend von einem unbekanntem Gurschen in dem Hause Rosenheimer Straße 27 verübt worden. Als sich gegen 9 Uhr abends das 22jährige Dienstmädchen Anna Prodanowski, die bei dem Rentier Julius Gentsheim in Stellung ist, in der Wohnung allein befand, erschien ein junger, etwa 23jähriger Mann, der dem Mädchen einen Liebesbriefsteller zum Kauf anbot. Die P. willigte ein und hat den Hausierer, einen Augenblick zu warten, da sie das Geld aus ihrer Stube holen wolle. Als das Mädchen die Küche verlassen hatte, nämlich der Händler ihr nach und warlete in einem Winkel des Korridors versteckt auf ihre Rückkehr. In dem Augenblick, als die P. mit dem Bortenmonat in der Hand die Küche betreten wollte, verjagte ihr

der Unbekannte mit einem stumpfen Instrument zwei mächtige Schläge über den Kopf, daß das Mädchen bestimmungslos zusammenbrach. Der angelegliche Händler entließ der P. die Geldtasche, in der sich etwa 50 M. befanden und ergriff damit die Flucht. Als der Rentier P., der Dienstherr der P., gegen 9 Uhr nach Hause zurückkehrte; fand er das Mädchen noch immer bestimmungslos auf. Er verständigte die Schöneberger Kriminalpolizei, die sofort Recherchen nach dem unbekanntem Täter einleitete. Das Mädchen, das zwei nicht unbeträchtliche Verletzungen am Hinterkopf erlitten hat, wurde nach dem Schöneberger Krankenhaus gebracht.

Lichtenberg.

Unsere Kennzeichnung des Vorstoßes des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes in bezug auf die geplante kaufmännische Fortbildungsschule in Lichtenberg, hat in den Kreisen der antisemitischen Deutschen arg verschmäht. Sie versuchen in „Lichtenberger Tageblatt“ die Deffentlichkeit zu täuschen. Die Sozialdemokratie sei in Königsberg für den hauswirtschaftlichen Unterricht in der Fortbildungsschule eingetreten, in Lichtenberg bezeichne sie die gleiche Forderung als „sozialpolitische Stegmauer“. Das ist, gelinde ausgedrückt, eine leichtfertige Behauptung. In Königsberg handelte es sich um eine allgemeine Fortbildungsschule, in Lichtenberg aber um eine kaufmännische Fachschule. Das wissen die Deutschenationalen sehr genau. In ihrer Petition fordern sie ausdrücklich, die neue Schule müsse „den Charakter einer Berufsschule haben“. Sie fordern aber weiter, daß sie das nur für den männlichen Nachwuchs sein solle, für die im Handelsgewerbe tätigen weiblichen Angestellten soll an Stelle des Fachunterrichtes ein hauswirtschaftlicher Unterricht eingeführt werden. Begründet wird dazu ausgeführt, daß die weiblichen Angestellten keines Fachunterrichtes bedürften, weil die Tätigkeit im Verufe nur von vorübergehender Dauer sei. „Der Frau“, so sagen die Petenten, „eine theoretische Vorbildung, wenn auch nur zum Teil auf Kosten der Allgemeinheit zu geben, ist ungerecht und zwecklos“. Daß sie nicht zwecklos ist, erfährt man aber auf der nächsten Seite der Petition. Dort heißt es wörtlich: „Weil aber die Nachfrage nach billiger Frauenarbeit immer größer ist, weil auch aus falklichem Vorurteil immer mehr Mädchen in das Handelsgewerbe strömen, sind die Klagen über durchaus mangelhafte Allgemeinbildung immer lauter und immer häufiger geworden“. Die Beweggründe der Deutschenationalen liegen klar zutage. Sie wollen die fachliche Ausbildung der weiblichen Angestellten verhindern. Sie gehen dabei von der fudlich naiven Auffassung aus, sie könnten sich auf solche Weise am besten der gefährlichen Konkurrenz erwehren. Daß ihre Motive nicht ganz lauter sind, beweisen die deutschnationalen Ausfälle gegen den „Vorwärts“ und vor allem ihr Verstoß, die Leser hinter das Licht zu führen. Sie behaupten fast, ihre Forderung der Einführung des hauswirtschaftlichen Unterrichts beziehe sich auf die „geplante Mädchenfortbildungsschule“. Tatsächlich handelt es sich also um die kaufmännische Fachschule. Nach dieser Feststellung deutschnationaler Kampfesweise erübrigt sich eine weitere Polemik. Wir überlassen die Herren dem „Lichtenberger Tageblatt“, das anscheinend eine Seelenwanderung mit den Antisemitischen entdeckt hat.

Trebbin (Kreis Teltow).

Feuer brach gestern morgen um 5 1/2 Uhr auf dem Grundstück der Holzbildhauerei von Bernide u. Co. aus. Der Brand nahm in kurzer Zeit einen großen Umfang an, weil er in dem von der Drechslerei von Schulze benutzten, mit Brettern gefüllten Schuppen reichliche Nahrung fand. Es brannten außer der Bildhauerei von Bernide u. Co., der Drechslerei von Schulze noch die Kiederlage von landwirtschaftlichen Maschinen von Herzberg aus. Der Schaden ist bedeutend; leider sind durch den Brand sieben Arbeiter brotlos geworden.

Spandau.

Die Einrichtung einer Nachrichtenstelle im Rathaus wird in einer Magistratsvorlage verlangt, die der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlußfassung vorgelegt ist. In der Vorlage heißt es: Für die Beflege des Verlehrs zwischen der Stadtverwaltung und der Deffentlichkeit (Presse) wird eine Nachrichtenstelle eingerichtet, die mit einem bestimmten Bureau verbunden wird und dem Oberbürgermeister oder einem von ihm beauftragten Beamten untersteht. Die Nachrichtenstelle übermitteln sämtliche Mitteilungen an die Presse. Allen anderen bei der Stadt angestellten oder beschäftigten Personen sind Mitteilungen an die Presse streng untersagt. In den regelmäßig an die Presse zu übermittelnden Nachrichten gehören: a) die täglichen Polizeiberichte; b) die Monatsberichte der städtischen Betriebsverwaltungen und des Einwohnermeisters; c) die Tagesordnungen der Stadtverordnetenversammlung; d) die Druckfachen zu den Vorlagen an die Stadtverordnetenversammlung, wenn nicht deren Geheimhaltung wünschenswert erscheint.

Ein großer Dachstuhlbrand kam gestern nachmittags kurz nach 2 Uhr im Hause Am Markt 4 zum Ausbruch. Als man das Feuer entdeckte, schlugen schon die hellen Flammen zum Dach heraus. Die Feuerwehr, die alsbald auf der Brandstätte erschien, setzte sofort ihre Tätigkeit mit aller Kraft ein, doch gelang es ihr nur, die Dächer der umliegenden Gebäude zu schützen. Der Dachstuhl des Hauses Am Markt 4 ist vollständig niedergebrannt.

Landtagswähler-Versammlungen im Kreise Teltow-Beeskow-Storkow-Berlin-Wilmersdorf

finden boreinigen Tagen in Königs-Wusterhausen und Schenkendorf statt.

In beiden Versammlungen sprach der Kandidat des Kreises Genosse Adolf Hofer zu den Wählern. In Königs-Wusterhausen hatten sich etwa 500 Personen im alten Schützenhaus versammelt, während in dem rein ländlichen Nachbarort Schenkendorf über 200 Teilnehmer zu verzeichnen waren. Genosse Hofer verstand es in vorzüglicher Weise, die Versammelten davon zu überzeugen, daß im Interesse unseres geistigen und wirtschaftlichen Lebens an der Junferfeste immer mehr und mehr gearbeitet und damit der Einfluß dieser bisher einflussreichen Kaste gebrochen werde. Außer unserem Kandidaten sprachen in Königs-Wusterhausen Genosse H. L. und in Schenkendorf Genosse W. F. die gleichfalls unter lebhaftem Beifall unsere preußischen Zustände grell beleuchteten.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Mariensfelde. Donnerstag, den 16., nachmittags 5 Uhr, im Rathaus-Sitzungslokal, Kallersstraße.

Lichtenberg. Donnerstag, 16., abends 6 Uhr, im Rathaus, Köllnvorstraße.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Aus aller Welt.

Ein spät entdeckter Mord.

Ein vor sieben Jahren begangener Mord wurde am Sonntagabend entdeckt. Im Oktober 1905 gerieten mehrere Knechte nach einer Geburtstagsfeier bei Fallerleber in Streit, in dessen Verlauf der Knecht Holland den Knecht Hirsch mit einem Messer in die Schläfe stach, sodas der Tod eintrat. Die übrigen Knechte erklärten später, der Getötete sei vom Wagen gefallen und überfahren worden. Am Sonntagabend stellte sich durch Gespräche, die dem Amtsdorfseher in Heiligendorf zu Ohren kamen, heraus, daß Hirsch nicht überfahren, sondern ermordet worden sei. Einer der Dienstmächte, Vadschen, gab auf Verhalten zu, daß Hirsch von Holland ermordet worden sei. Die Staats-anwaltschaft in Hildesheim hat die Verhaftung des in Launc bei Draunshweig lebenden Holznechtes Holland angeordnet.

Polizeisergeant und Gattenmörder.

Unter dem Verdacht des Gattenmordes wurde der Polizeisergeant Romahn in Hannoversch-Runden verhaftet. Seine Frau wurde am Mittwoch, den 8. Januar, als Leiche aus der Weser gelandet. Er gab an, daß diese bei einem Spaziergange von ihm weggelaufen und in die Weser gesprungen sei. Jetzt machte er das Geständnis, daß beide zusammen den Tod in der Weser suchen wollten, er aber den Mut verloren habe und seine Frau allein ertrunken sei. Nach eingehender Vernehmung wurde er jetzt in Haft genommen.

Eine Arbeiterrehe nach dem Wunsche der Junker.

Ein reichlicher Zuwachs stellte sich in den letzten drei Jahren in der Familie des Tagelöhners Krause in dem pommerischen Dorfe Hanohagen ein. Im Jahre 1910, als die Zahl der Kinder bereits acht betrug, gefesteten sich Zwillinge hinzu, im Jahre 1911 wurde die Frau von Drillingen entbunden und kurz vor Weihnachten 1912 schenkte die Frau wiederum einem Pärchen das Leben, so daß die ganze Familie nunmehr aus 17 Köpfen besteht. Wie die Zustände dort sind, kann man sich selbst ausmalen.

Die Statistik des Bierherzes.

Nach den Feststellungen des statistischen Amtes der Stadt München betrug im Jahre 1911 der Verbrauch an Milch in der Stadt München 911 164 Hektoliter oder 151 Liter pro Kopf; der Bierkonsum dagegen 1 932 792 Hektoliter oder 320 Liter pro Kopf (?) der Bevölkerung. Wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß in dieser Berechnung auch das Bier enthalten ist, welches die zahlreichen Fremden in München trinken.

Kleine Notizen.

Das Urteil im Bochumer Oriskrankenfassenprozeß. Am Dienstag fällt das Landgericht Bochum in dem Prozeß gegen den Rentanten der Bochumer Oriskrankenfassenfabrik Haberlamp, der wegen Untreue, Urkundenfälschung und Betrug angeklagt war, das Urteil. Es lautet auf fünf Monate Gefängnis. Weitere Strafverfahren gegen den Angeklagten schweben noch.

Schwerer Grubenunfall. Auf der Zeche Zollverein bei Essen stürzten am Dienstag bei der Ausfahrt zwei Bergleute in den Schacht und blieben mit zerstückelten Gliedern tot auf dem Boden des Schachtes liegen.

Eine Kindesmörderin. Im Walde bei Baldhauen (Ostpreußen) wurde unlängst die Leiche eines dreijährigen Knaben gefunden, der anscheinend einem Verbrechen zum Opfer gefallen war. Die Untersuchung hat ergeben, daß die eigene Mutter des Knaben, die uneheliche aus Galizien stammende Kunigunde Kliema, den Knaben im Walde ermordete und verscharrte. Die Kliema hält sich gegenwärtig in Duisburg a. M. auf.

Fele- und Tischtennisclub „Wilhelm Viehschnecht“. Deutscher, abend 9 Uhr: Sitzung im Lokal von Elshorn, Tanziger Str. 93. Vortrag: Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn der Treppe — Fahrstuhl —, wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonntags, von 10 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Danksage und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Drückliche Anträge werden nicht erwidert. Anfragen, denen keine Kommunikation zugesagt ist, werden nicht beantwortet. Übrige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

D. J. 360. 1. Ja, wenn der Konkursverwalter nicht Zahlung leistet, müssen die Ihren Anspruch zur Konkursmasse anmelden und zwar als bevorrechtigte Forderung. 2. Machen Sie Anzeige bei der Polizei oder der Landesversicherungsanstalt. Auch kann der Unternehmer bestraft werden. — **M. J. 100.** Das ist unzulässig. Strafantrag wegen Diebstahls kann nur dann gestellt werden, wenn wegen des Diebstahls die Ehe rechtskräftig geschlossen ist. Bestimmte Rechtsanträge empfehlen wir nicht. — **O. 10. 23. R.** 1. Beschlossen am 11. Oktober 1878, in Geltung bis zum 30. September 90. 2. Herbst 1888 und Frühjahr 89. In Kraft getreten am 1. 1. 1890. — **G. B. 26.** Ihre Frau soll bei dem Vormundschaftsgericht vorher anfragen, ob Ihre Anwesenheit genügt. — **101. P. J.** 1. und 2. Ja, sofern der Hausvater sein Eigentumsrecht glaubhaft gemacht hat. — **M. J. 28.** Geschlecht das nicht, so kann der Hausvater die entscheidenden Sachen einbringen. 2. Der Vermieter ist nicht verpflichtet, darauf einzugehen. — **M. J. 66.** 26. Oktober 1906. — **G. B. 12.** Soweit Ihre Frage verständlich ist, handelt es sich um den Richter-nachbetracht, den Sie in jedem Prozeßgeschäft oder Kopschle erhalten. Wegen der Kosten fragen Sie Ihren Oberführer. — **48. P. N.** und **G. C. 31.** Senden Sie sich unter Angabe Ihrer Adresse an die Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69. — **G. B. 1000.** Sie tun gut sich an das Bekanntmachungsbüro der Straße zu wenden. Sie erfahren dort alles Nähere. — **M. J. P. 98.** Krumbstraße 1. — **G. J. 39.** Erklären Sie die Kaufkraft zum Verband der Schneider, Seckelstr. 37/38. — **W. D. Sebastianstraße.** Rein. — **G. 53.** Nach den in Berlin üblichen Mietsverträgen nicht. Der Anspruch müßte besonders geltend gemacht werden. — **W. C. 27.** 1. Nur vom Nachlass des Vaters. 2. Ja. 3. Beim Prozeßverfahren ist als Beweismittel. 4. Wenn nachweisbar, ja. Die Klage ist bei dem Amtsgericht — bei einem Objekt von mehr als 600 M. bei dem Landgericht des Bezirks, in dem der Vater verstorben ist, anhängig zu machen. — **H. J. 17.** Die Angaben dürften zur Vertragsschließung nicht ausreichen. — **W. W. 333.** 1. a) Es kann beim Amtsgericht Antrag einer einstweiligen Verfügung wegen des Unterhaltsanspruchs für die ersten drei Monate und wegen der übrigen sechs Monaten und Einbringungsstellen beantragt werden. 2. Ja. — **M. W. 101.** Ausweis über die Niederlassung zum Beispiel Mietvertrag oder Anmeldebuchführung. 2. Polizeipräsidium. — **G. B. 22.** 4. 30. In dreijährigen Jahren, sofern das Urteil zugestimmt ist. — **G. B. 100.** Die Fragen lassen sich erst nach Einsichtnahme in das Stellenblatt beantworten. — **L. P. 34.** Ja, sofern Sie durch Vertrag Zahlung übernommen haben. 1. W. ist jetzt fällig, der Rest ist beim Auszuge zahlbar, sofern im Mietvertrage nicht ein anderer Fälligkeitstermin festgelegt ist. — **P. J. 1000.** 1. Der Bescheid im Kalenderjahr 1912, sofern nicht längere Unterbrechungen vorliegen. 2. Ja, es müssen mindestens zwanzig Marken geliebt sein. 3. und 5. Marken einer beliebigen Lohnklasse. 4. Auch Ihre Frau kann noch zwanzig Marken einer beliebigen Lohnklasse haben und antworten. Die Karte muß vor Ablauf von zwei Jahren, vom Datum der Anstellung der Marke ab gerechnet, umgetauscht werden. — **M. W. 1000.** Rein. — **W. P. 25.** Sie müssen sich an die Behörde des Ortes wenden, wo Ihre Familie den letzten Ihnen bekannten Wohnsitz hatte, und dann die Spur weiter verfolgen. — **M. S. 8.** Auf dem Wege der Annonce oder durch den Arbeitsnachweis der Fortschritt, Alte Leipziger Str. 1. — **Bafel 22.** Uns nicht bekannt. — **W. P. 503.** Das Nähere durch Robert Brauer, Wilmersdorf, Kaiser-Allee 173 A. — **R. 62.** Das geht über den Rahmen des Briefkastens hinaus. Der übrige würden Sie hier Ihre Augen noch notwendiger gebrauchen als in der Jabel. — **P. J. 25.** Unterricht in der Krankenwartung der Charité, Kurfürst 3-4 Monate, 150 M. bei feierlicher Station. Eintritt 1. Oktober und 1. April.

Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäscharbeiter Deutschlands. Filiale Berlin III. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin, Blätterin Luise Sewekow Firma B. Meier sen. am 9. Januar im Alter von 31 Jahren plötzlich verstorben ist. Ehre ihrem Andenken! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 15. Januar, nachmittags 7 1/2 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes, Secstraße, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.	Buchhandlung Vorwärts Lindenstr. 69 (Laden) Wie wird die Staatsangehörigkeit erworben? Ein Führer durch das Recht der Staats- und Reichsangehörigkeit. Von H. Beims. Preis 25 Pf. 247/19
---	--

Josefelli

JUNO

2 PF.

QUALITÄTS-CIGARETTE

Tafelbier Flaschenbieren

wenn es um Orbnitz
Mitteln mit Vorliebe
getrunken.

Die sind sehr schmackhaft
ausserordentlich köstlich.

Die Qualität ist hervorragend!

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, nicht am Moritzplatz
10-2 5-7. Sonntags 10-12 2-4

Süßmilch^s Festsäle
Borsdorfer Straße 7.
Jeden Dienstag und Freitag
Wissenschaftliche Vorträge
mit Licht- u. lebend. Photographien.
Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Stavistraße 32-39,
Querstraße an der Müllerstraße,
sind in neu erbauten Häusern mit Hofgärten (Tepichhofplatz und
Küchen im separaten Hof, Keller-Eingang)

1 und 2 Zimmer-Wohnungen
mit Warmwasserzufuhr

per sofort oder 1. April 1913 billig zu vermieten.
Zu erfragen im Verwaltungsbureau, Nr. 35/36. 267/18*

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 15. Januar 1913.
Anfang 8 Uhr.

Schiller-Charlottenburg. Rollen-
heine Lager. Die Piccolomini.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Berliner. Philotas. Der zerbrochene
Krug.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Kgl. Opernhaus. Der fliegende
Holländer.
Kgl. Schauspielhaus. Der große
König.
Deutsches. König Heinrich IV.
1. Teil.
Besetzung: Gabriel Schilling's Flucht.
Jirka Gulch. Gala-Vorstellung.
Jirka Albert Schumann. Gala-
Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.

Urania. Paris und die Königs-
schlößer von Versailles.
Schauspiel: Dr. W. Berndt: Uge-
meine Ideen der Fortpflanzungs-
lehre.
Deutsches Schauspielhaus. Der
gute Ruf.
Kammertheater. Mein Freund Teddy.
Deutsches Opernhaus. Jidello.
Berliner. Filmzauber.
Königsgräber Straße. Die fünf
Frankfurter.
Theater am Rollendorplatz.
Die schöne Helena.
Montis Operetten. Der heilige
Antonius.
Kleines. Professor Bernhardt.
Reibens. Die Frau Präsidentin.
Thalia. Puppen.
Schiller O. Die Lokalpost.
Schiller-Charlottenburg. Hedda
Gabler.
Ruisen. Berlin-Hamburg-New York.
Metropol. Chauffeur — ins
Metropol.
Komödienhaus. Die Generalde-
krete.
Groß-Berlin. Das Fürstentum.
Kurfürsten-Oper. Geschlossen.
Trianon. Der selige Coupinel.
Kofe. Der große Unbekannte.
Herrnfeld. Die Alpenbrüder. Wästen-
moral.
Casino. Am grünen Strand der
Spree.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Brüderlein fein. Spezial-
itäten.
Reichshallen. Bosco.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Lustspielhaus. Majolka.
Friedr. Wild. Schauspielhaus.
Der Baumgast.
Walhalla. Goldener Leuchtturm.
Folies Caprice. In Sachen Kassen-
stein. Die Doppelstrafe. Die
Tochter der Braut.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater. Mutter Land-
strotz.
Anfang 10 Uhr.

Admiralspalast. Eisballett: Blut in
St. Moritz.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Theater am Rollendorplatz 5.
Abends 8 Uhr:
Die schöne Helena.

**Schiller-Theater O. Gallner-
Theater.**
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Lokalpost.
Hierauf: **Die Medaille.**
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Schmetterlingschlacht.
Freitag, abends 8 Uhr:
Die Schmetterlingschlacht.

**Schiller-Theater Charlotten-
burg.**
Mittwoch, nachmittags 3,10 Uhr:
Wallensteins Lager.
Die Piccolomini.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Hedda Gabler.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
König Lear.
Freitag, abends 8 Uhr:
Wolkenkratzer.

Berliner Theater.
8 Uhr: **Filmzauber.**

Theater in der Königsgräber Straße
8 Uhr: **Die fünf Frankfurter.**

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: **Der gute Ruf.**

Residenz-Theater, 8 Uhr.
Die Frau Präsidentin.
(Madame la Présidente).
Schauspiel: Dr. W. Berndt: Uge-
meine Ideen der Fortpflanzungs-
lehre.
Morgen und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.

Montis Operetten-Theater
(fr. Neues Theater). Amt Nordent 1141.
8 Uhr:
Der heilige Antonius.

Luisen-Theater.
Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr: Ander-
vorstellung: Kaiserin als Freier-
mann. (Veranstaltung der Jugend-
bühne Groß-Berlin.)
Mittwoch, abends 8 Uhr: Berlin-
Hamburg-New York.
Donnerstag, abends 8 Uhr, zum
25. Male: Berlin-Hamburg-New
York.

Metropol-Theater
Chauffeur — ins Metropol!
Große Gadevenue mit Gesang und
Tanz in 10 Bildern.
Otto Reutter a. G.
mit ganzlich neuen Repertoire!
Abends 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Folies Caprice.
Die Novitäten:
In Sachen Kassenstein.
Die Doppelstrafe.
Die Tochter der Braut.

Theater Königstadt-Casino.
Ede Holzmarkt u. Alexanderstraße.
1 Minute v. Bahn. Kammerbühne
Tägl. abds. 7 1/2. Sonnt. 10 Uhr:
Einer Mutter Sohn.
Wolltuch in 1 Akt — und das
arab. Spezialitätenprogramm
Jed. 1. u. 10. r. Programmwechsel.

Urania
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
**Paris und die Königs-
schlößer von Versailles.**
Hörssaal 8 Uhr: Dr. W. Berndt:
**Allgemeine Ideen
der Fortpflanzungslehre.**

Casino-Theater
Lobdringer Str. 37. Täglich 8 Uhr:
**Die neue Lokalpost:
Am grünen Strand
der Spree!**

Trianon-Theater.
Der selige Coupinel.
Anfang 8 Uhr.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger,
„Bosco“.
Wesjel und
Britton.
Anfang
8 Uhr.
Sonntags
7 1/2 Uhr.

Brauerei Friedrichshain
am Königstor
Heute Mittwoch: Elite-Tag!
Größte Sehenswürdigkeit Berlins!
Das amüsantest. bayerische Bockbierfest
Weinzierl aus München 100
Oberbayern.
Gratisverteilung von 200 Wertgegenständen.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

**„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus**
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.

Großes Doppel-Konzert!
Musik des 2. Garde-Regiments z. F., Dirig. Oberm. Graf,
— Zillerthaler und Tegernseer Sänger —
Schuhplattler und Jodler!
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen:
Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt.

Neue Welt
Arnold Scholz Hasenheide 108/114

Heute Mittwoch, den 15. Januar 1913: Elitetag.
Bockbierfest
in den bayrischen Alpen
Im neuen Saal: Großer Ball.
5 Kapellen. 30 bayerische Mad'l.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Voranzeige! Donnerstag, den 16. Januar:
Elitetag.
Keine Fleischnot!
Braten von zwei ganzen Schweinen.
Portion 80 Pf. Anschnitt 9 Uhr. Entree 30 Pf.

Eisbahn am Viktoriapark
Eingang Katzbachstraße.
Größte, spiegelglatte Eisfläche Berlins.
Täglich: **Militärkonzert** von 5-11 Uhr abends. — Eintrittspreis für
Erwachsene 50, Kinder 25 Pf. Die Pächter.

**Zirkus
Albert Schumann.**
Heute Mittwoch, 15. Januar,
abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.

Das Tagesgespräch von Berlin!
Cäsarios
Löwen- und Tigergruppe.
Die wildeste Dressur
der Gegenwart!
Der Triumph des Todesmutes
Um 9 1/2 Uhr:
Der unsichtbare Mensch
sowie
Der Brand des Palastes

**Apollo
Theater**
Abends ab 8 Uhr!
Das grandiose Programm.
8 1/2 Uhr:
Ein beispielloser Erfolg!
„Brüderlein fein“.
Alt-Wiener Singspiel von Jul.
Wilhelm. Musik v. Leo Fall.
Mizzi Parla, Ida Ruzska,
Erich Deutsch-Haupt.

**Herrnfeld
Theater**
Der Höhepunkt
des
Lach-Erfolges!
Wüstenmoral
Die Alpenbrüder
mit Anton und Donat Herrnfeld
in den Hauptrollen.
Anf. 8 Uhr. Vorverf. 11-2 (Theater.)

Passage-Panoptikum
**50 wilde
Weiber** Männer
Kinder
vom Stamme der Igorroten.
Lebend! Ohne Extra-Entree!

Zirkus Busch.
Heute Mittwoch, 15. Januar,
abends 7 1/2 Uhr:
**Einzig in der Welt
dastehend!**
Mae Norton
ist 20 Goldsche, trinkt 100
Glas Wasser, Wein, Bier etc.
Er verschluckt 20 Frösche und
bringt dieselben lebend ans
Tageslicht.
Der Aeroplan im Zirkus
(Ein Affe als Aviatiker!)
sowie die gesamten großen
Januar-Attraktionen. Z. Schluß:
„Sevilla“

POSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Der große Unbekannte.
Stomodie in 4 Akten von Karl Rotmil.
Anfang 8 Uhr.
Donnerstag: Die Stunden der
oberen Jehntausend.

Walhalla-Theater
Weinbergsweg 19/20. Kolonial Tor.
Abendtägl. 8 1/2 Uhr:
Goldener Leuchtturm.

Voigt-Theater.
Gesundbrunnen, Badstr. 58.
Seute, Mittwoch:

Staatswall Alexander.
Schauspiel in 4 Akten v. E. Schredler.
Raffeneröffnung 7 Uhr, Anf. 8 1/2 Uhr.
Voranzeige! Montag, 20. Jan., 8
Uhr: Benefiz für d. Ob.-Reg. 6. Bad:
Boltsjohn und Fürstentind.

Admiralspalast.
Allabendlich:
Das neue mit durchschlag.
Erfolg aufgef. **Eisballett**
Flirt in St. Moritz
1. Akt: Winterport in
St. Moritz. 2. Akt: Soiree
im Luxushotel.
3. Akt: Japanisches Fest.
Unter Mitwirkung
der kl. Charlotte.
Bis 6 U. u. v. 10 1/2, halb. Kass.-
Preise. Wein- u. Bier-Abt.

Germania - Prachtsäle
N., Chausseestr. 110. K. Richter.
Seute Mittwoch:
**Paul
Mantheys
lustige
Sänger.**
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Nachdem **Freitanz.**
— Vorzugsarten gelten. —
Morgen Donnerstag:
Großes Gombier-Konzert.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Finienstr. 83-85.
Verwaltung: Kaffierer: Arbeitsnachweis:
Telephon: Amt Norden 1987. Amt Norden 185. Amt Norden 1239, 9714.

Donnerstag, den 16. Januar 1913, abends 8 Uhr:

Versammlung

sämtlicher in den Eisengießereien beschäftigten Former u. Berufsgenossen

in den Borussia-Sälen, Waisenstr. 6/7.
Tagesordnung:
1. Bericht über die Tätigkeit der Branchenausschüsse. 2. Neuwahl der Leiter. 3. Branchenanliegenheiten. 4. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert!
Zahlreicher Besuch erwartet.

Achtung! Gürtler! Achtung!

Donnerstag, den 16. Januar 1913, abends 6 Uhr:

Große Versammlung

der Berliner Gürtlergesellen u. Kronenschlosser

in den Arminhallen, Kommandantenstr. 59/59 (großer Saal).
Tagesordnung:
1. Jahresbericht der Agitationskommission. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des Branchenvorstandes. 4. Neuwahl der gesamten Kommission. 5. Verschiedenes.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Zahlreicher und pünktlicher Besuch wird erwartet.

Die Vertrauensmänner-Konferenz der Dreher

findet diesmal nicht im „Kosentaler Hof“ statt, sondern

Donnerstag, den 16. Januar 1913, abends 7 Uhr,
in den Sophien-Sälen (großer Saal), Sophienstr. 18.

Zu dieser Konferenz haben auch Kollegen, die nicht Vertrauensmänner sind, Zutritt.

Tagesordnung:
1. Chronologischer Vortrag: Eine Reise ins Weltall. — Die Wander des Weltalls im Trip-tower Raumschiff mit Verführung von Licht- und beweglichen Bildern. Von Dr. F. S. Archenhold, Direktor der Triestener Sternwarte. 2. Diskussion. 3. Bericht. 4. Branchenanliegenheiten.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

110/17 Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Bureau: Weichharstraße 28, part. Fernsprecher Amt Npl. Nr. 4787. Filiale Berlin. Arbeitsnachweis: Räderstraße 9 Fernsprecher: Amt Norden 6708

Donnerstag, den 16. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:

Mitglieder-Versammlung.

1. Wahl der Delegierten zur 14. ordentlichen Generalversammlung. 2. Verbandsangelegenheiten.

Laut Wahlreglement dürfen nur die Kollegen sich an der Wahl beteiligen, die mit ihren Beiträgen nicht länger als vier Wochen im Rückstand oder die Beiträge gestundet sind

Mitgliedsbuch legitimiert!
Zahlreicher Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“

Berlin C. N. Sahnisch, Waisenstr. 174.
W. G. Schmidt, Kirchhofstr. 14.
O. N. Hagedorn, Petersburger Platz 4. Gustav Vogel, Kopen-
hauerstr. 82. N. Wenzel, Br. Frankfurter Str. 120.
NO. 2. Juch, Zimmernstr. 12. J. Neul, Barnimstr. 42.
N. 2. Baumann, Weidenberger Str. 67. F. Fischer, Bismarckstr. 6.
Karl Marx, Weidenberger Str. 27. J. Sahnisch, Kasperstr. 49.
F. Vogel, Kochingstr. 37. N. Tiedt, Zumbaldenstr. 124.
V. Dehndt, Hübnerplatz 24.
NW. Salomon Joseph, Salzweberstr. 8.
SW. G. Werner, Schumannstr. 72. Daehn, Engelberger Str. 27.
S. St. Fris, Finkenstr. 31. F. Lehmann, Köpenicker Damm 8.
SO. Paul Böhm, Rauhstr. 141/15. F. Horch, Engelauer 15.
Adlershof. Karl Schwarze, Bismarckstr. 50.
Baumschulweg. F. Hornig, Marienbaderstr. 13, I.
Borsigwalde. Paul Kienast, Mühlstr. 10.
Charlottenburg. Gustav Schwarze, Seelenbinder Str. 1.
Friedrichshagen. Ernst Verhagen, Köpenicker Str. 18.
Grünau. Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Johannisthal. Vietide, Raiser-Wald-Platz 6.
Karlshorst. Richard Ritter, Köpenicker Str. 9, II.
Köpenick. Emil Wöhler, Köpenicker Str. 6, Laden.
Lichtenberg. Otto Zeiler, Gartenstr. 1.
Nieder-Schöneeweide. Wilh. Haruh, Brückenstr. 10.
Nowawes. Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneeweide. Alfred Haber, Köpenicker Str. 17, II.
Pankow. Otto Nijmann, Wäldchenstr. 30.
Reinickendorf. J. Gurth, Provingstr. 56, Laden.
Neukölln. W. Heinrich, Redarstr. 2. Conrad, Hermannstr. 50.
G. Hebr. Siegfriedstr. 28/29.
Rummelsburg. A. Nolentranz, III-Borghagen 56.
Schöneberg. Wilhelm Böttcher, Kartin-Luther-Str. 69 im Laden.
Spandau. Köppen, Brühlstr. 61.
Steglitz. F. Bernier, Wäldchenstr. 5.
Tempelhof. Joh. Krohn, Borussenstr. 62.
Treptow. Robert Gramenz, Nollendorfstr. 412, Laden.
Weißensee. Hubmann, Seebahnstr. 105. Schilker, Berliner Allee 253.
Wilmersdorf. Paul Schubert, Wilmersdamm 27.

General-Bilanz per 1. Oktober 1912.

Aktiva.	
Varenbestand	14 444,28
Büchereinstellen	9 384,40
Barausgaben	200,—
Beschlagsbestandklasse	600,—
Kassenbestand	272,36
Berichtsfestsetzung	30,—
Bureaukosten	45,50
Anteil d. Berl. Spar- u. Bauvereins	182,50
Anteil d. West. Spar- u. Wirtschaftsgen.	10,—
Debitoren	206,25
	25 355,59
Passiva.	
Geschäftskonto	1 600,—
Kreditoren-Konto	472,—
Darlehne	6 653,33
Kauflohn	300,—
Kassenschulden	13 729,32
Büchereinstellen	1 782,97
Büchereinstellen-Konto	1 146,50
Gewinn- u. Verlustkonto	1,47
	25 355,59

Im Laufe des Geschäftsjahres sind 9 Mitglieder mit zusammen 12 Anteilen ausgeschieden und 6 Mitglieder mit zusammen 16 Anteilen neu eingetreten; bisherige Genossen haben mit weiteren 23 Anteilen beigetragen. Am Jahresabschluss gehörten der Genossenschaft 157 Mitglieder an, deren Gesamtsumme 1690 R. betrug. Das Geschäftsjahr um 1912, die Gesamtsumme um 1913, vernichtet. 102/3

Ortskrankenkasse der Stadt Berlin-Schöneberg.

Dem Vorstände der Kasse gehören an:
F. Krause als Vorsitzender,
M. Köhler als Stellv. Vorsitzender,
F. Bahner als Schriftführer,
F. Johnson als Stellv. Schriftführer.
F. Krause, G. Bahner, Schriftführer.

Hausarztverein Charlottenburg.

Donnerstag, 16. Januar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Charlottenburg, Rosinenstr. 3:

Öffentliche Versammlung.

Tagesordnung:
Vortrag des Genossen Dr. Moses über:
Geschlechtskrankheiten und Prostitution.

Diskussion event. Fragebeantwortung.
Allen denen, die in dieser Versammlung sich zur Teilnahme für den Verein Charlottenburg melden, soll aus besondern Entgegenkommen das sonst übliche Eintrittsgeld für den Verein erlassen bleiben.
Der Besuch der Versammlung steht natürlich jedem unentgeltlich frei.
Der Vorstand.

200/5

Arbeiter Gesundheits-Bibliothek

Jedes Heft 20 Pfg.

Buchhandlung Vorwärts

Lindenstr. 69

Der kleine Stadthaumeister

Ein Lehr- und Spielbuch für Jugend, Eltern und Lehrer von Heinrich Pralle.

Mit 15 Abbildungen im Text und 17 Tafeln.

Preis 1,50 Mark.

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69.

Die Akkumulation des Kapitals

Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus
von Rosa Luxemburg.
Preis 6 M. Halbbiranzband 8 M.

Das Buch ist ein Versuch, den Imperialismus als eine Erscheinung, die das öffentliche Leben immer mehr beherrscht, auf seine eigentlichen ökonomischen Ursachen zurückzuführen. — Die imperialistische Politik wird hier durch ihre wirtschaftlichen Zusammenhänge in die besonderen Gesetze der kapitalistischen Produktion eingefügt.

Ohne jede Anzahlung

erstklassiges Fabrikat
(X-prämiiert Staatsmedaille) in allen Holz- und Stahlnuten, von wunderbarer Tonfülle (Flügelton)

Pianos Flügel und Harmoniums

gegen kleine monatliche Teilzahlung. Für jedes Instrument gewähre ich langjährige schriftliche Garantie.

Conrad Krause Nachf., Berlin, Ansbacher Str. 1.

Ecke Kurfürstenstr. Tel. Ch. 10 410.
Auch Sonntags geöffnet.

2. Preussisch-Süddeutsche (228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

1. Klasse 2. Ziehungstag 14. Januar 1913. Mittags

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gezogen, und zwar je einer auf die volle gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 50 R. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr u. St.-u. f. B.) (Nachdruck verboten)

144 304 883 883 873 1102 80 222 476 501 79 714 64 623	61 2038 (300)	138 278 488 501 618 728 843 84 851 3381 (200)	430 585 752	4073 175 226 453 958 79	8359 82 854 448 40	628 898 861 78	6055 288 463 649 812 24 91 7058 85 193 371	72 320 801 20 65 712 64 607	8302 72 657 88	9180 585 850	12026 400 897	11458 550 854	12021 27 14 164 462 695	(100) 931	13407 (100)	827 38 714 816	14088 143 48 229 408	720 81 87 892	15148 437 (100)	68 679 778 936	18045 71 113	383 (50 000)	418 94 688 888 90	17050 127 70 744 921	18028 18 (100)	60 62 443 624 71 909	19177 307 412 593 611	522 (200)	20328 82 407 690 704 73	21072 896 741 68 (200) 87	22027 84 130 51 (100)	85 953	23121 45 86 225 443 783 (100)	627	24184 607 38 440 72 868 858	25076 371 469 628 974	545	26260 784	27051 204 604	28083 115 305 418	29112	13 76 429 826 52 786	30354 804 15 918	31551 636	32115 320 605 11 17 786 62	602 942	33070 943 60 411 763 69 821 619 984	34321 627 778	71 874	25229 141 266 70 343 681 637 713	36012 33 150 783	698	37229 82 879 731 (100)	698	38013 44 101 409 53 598 690	39723 952	40028 196 212 84 67 322 610 65 651	41827 703 973	42028 387 741 73	43070 249 400 623 694 943	44130 332	61 859 98 490 582 738 900 91	45012 68 141 221 369 405 667	46121 47 46121 601 697 62 78 998	47233 378 834 910 47	48043 124 658 941 48984	49156 253 90 442 89 78 628 798 855 974	51037 392	521 26 462 606 703 908	52252 737 62 827 86 940 88	53003 258 587 503 846 954 88	54104 60 280 423 660 851 85	557 55288 311 47 89 588 819 39 701 901	56084 364 461 806	57405 63230 818 (100)	27 38 600 940 87	58044 681	59019 361 483 607 68	61132 202 479 642 92 917	62196	273 428 825	63020 (100)	80 180 211 608 78 894	64148 242	442 682 674 740	65071 465 95 607	66330 601 33 87040	414 622 77 703 89	68007 28 30 673 788	69011 243 341	438 899 77	70123 80 313 52 66 85 754 510 950	71148 211 354 603	670 730 814	72141 42 691 443 570 30 641 878	73285 67 378	74115 385 701 75001 231 585 941 76257 646 776 77421 668	75101 49 707 831 38 952	78028 106 253 841 924	79161 65	80381 (100)	424 85 867	81228 618 978	82238 430 822 87 81 708	83091 54	81278 689 818 978	84308 43 319 84 407 626 703	(100) 893	85077 43 (100)	89 834 972	89358 390 (100) 706	902	87589 83 890 50	88082 102 65 534 51 701 15 (100)	92070 115 42 318 708	93081 350 93 694 784	91186 270 474 621	92301 882	92241 357 613 (100)	70 84140 441	93518 64 96 607 72	903 47 (100)	94072 434 682 705 174	97138 (100) 93	928
---	---------------	---	-------------	-------------------------	--------------------	----------------	--	-----------------------------	----------------	--------------	---------------	---------------	-------------------------	-----------	-------------	----------------	----------------------	---------------	-----------------	----------------	--------------	--------------	-------------------	----------------------	----------------	----------------------	-----------------------	-----------	-------------------------	---------------------------	-----------------------	--------	-------------------------------	-----	-----------------------------	-----------------------	-----	-----------	---------------	-------------------	-------	----------------------	------------------	-----------	----------------------------	---------	-------------------------------------	---------------	--------	----------------------------------	------------------	-----	------------------------	-----	-----------------------------	-----------	------------------------------------	---------------	------------------	---------------------------	-----------	------------------------------	------------------------------	----------------------------------	----------------------	-------------------------	--	-----------	------------------------	----------------------------	------------------------------	-----------------------------	--	-------------------	-----------------------	------------------	-----------	----------------------	--------------------------	-------	-------------	-------------	-----------------------	-----------	-----------------	------------------	--------------------	-------------------	---------------------	---------------	------------	-----------------------------------	-------------------	-------------	---------------------------------	--------------	---	-------------------------	-----------------------	----------	-------------	------------	---------------	-------------------------	----------	-------------------	-----------------------------	-----------	----------------	------------	---------------------	-----	-----------------	----------------------------------	----------------------	----------------------	-------------------	-----------	---------------------	--------------	--------------------	--------------	-----------------------	----------------	-----

2. Preussisch-Süddeutsche (228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

1. Klasse 2. Ziehungstag 14. Januar 1913. Nachmittags

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gezogen, und zwar je einer auf die volle gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 50 R. sind in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr u. St.-u. f. B.) (Nachdruck verboten)

673 78 000	98020 276 000 (200)	99229 64 81 309 689 894	943 89	100316 65 838 006 44 784 607	101146 62 380 731 818	42 68	102072 130 001	103070 258 943	104248 487 788	206 22 975	105053 08 85 389 608 908 94	106204 97 (200)	347 589 70	107351 601 819 81	108006 351 478 632 651	739 71 601	109118 401 33 768	110097 171 318 64 82 481 (100)	703 904 81	111492 820 773	870 512	112086 121 383 441	659 856 957	113051 270 91	554 79 88	404 884 918 22	114071 48 234 413 24 41	72 304 854	820	115120 89 97 482 658 966	116052 547 947	117167 304 832	94 773 697 98	118352 64 501	119157 248 78 678 698	120147 288 327 686 88 688	121011 69 153 (100)	64 226	886 613 805 69	122339 028	123090 91 378 882	124038	77 289 838 908 58 732 670 81	125003 323 678 751 63	126020	472 802 (100)	525 778 849 82 81	127144 294	128038 622	78 74 947	129173 246 95 970 874 818 30 833 68 83 830	130111 875 680 831 60 982	131119 28 269 428 907	132086	768 988	133006 506	134081 266 308 37 47 616 712 42 822	135121 606	136188 217 67 428 754 828 65 976	137050 126	274 310 733 (100)	138054 468 79 (100)	679 783 842	139043	328 94 441 44 707 12 843	140347 427 (100)	633 730 30 80 892 815	141003 21 104	378 79 481 70 617	142046 364 484 581 675	143160 71 341	331 88 475 593 (100)	144050 (200)	83 371 402 881 810 56 (100)	918	145072	146000 85 281 83 443 (100)	83 580	147013 26	322 88 814 89 88 844 80	148038 60 332 38 474 842 000 823	149021 64 100 303 877 995	150000 283 944 945	151024 45 171 731 854	152133	245 328 448 803 65 607 770 846 87 65 932	153239 521 664 657	154028 218 (100)	606 704 763 817 32	155233 (100) 89 659	655 (100)	156114 212 325 77 492 686 910	157309 373 450	83 625 525	158055 111 49 88 287 824 70	159146 358 489 640 308	160083 388 689 871 83 963 82	161031 143 267 (100)	834	905 (100)	162021 47 (200)	990	163030 89 448 (100)	812 877	949	164056 117 47 678	165127 258 371 459 953	166404	728 (100)	846 905	167048 191 267 670 800	168341 618 (200)	733	169031 275 710	170011 204 37 328 486 799	171078 288 324 425 651 (100)	172041	744 823	173027 583 671 897	174041 69 469	174119 (200) 580	267 678 59 749 938 85 81 (100)	175108 485 778 988	176196	350 72 86 481 682 899 904	177009 137 395 (100)	400 689 96	178014 341 390 873 00 702 889 889	179233 633 730 38 81	873 912	180247 302 37 438 699 (100)	695 823 74 907 95	181257	78 638 974	182082 82 214 84 409 33 641	183007 489 822	67 184066 447 612 788 999	185105 184227	186227 402 664 94	187010 18 180844 628 785 917	188036 788 946 67	189046 (100)	818 708 64	191113 93 254 750 (200)	644	192023 141 87 255 849 (100)	76 348 625 (100)	903 33	193040	814 643 734	194160 273 95	195086 96 883 841 73	196139	214 21 (100)	333 49 630 513 13 (100)	91	197120 64 378 380	62 425 877	198332 825 700	199184 285 (100)	383 402 553 785	200090 135 63 89 203 740 286	201222 303 875 85 785	899	202243 330 54 743 78	203018 283 464 98 203 803 812	204041 103 (100)	43 904 25 29 33 (100)	745	205127 446	801 33	206017 84 40 603 756	207057 288 641 775	208058	689 714 910 800	209160 353 58 70 409 825 89 870	210074 113 240	212141 05 009 610 735 78 611	213155	220 331 97 543 720 81 846	Die Ziehung der 2. Klasse für 2. Preussisch-Süddeutsche (228. Königl. Preuss.) Klassenlotterie beginnt am 14. Februar 1913.
------------	---------------------	-------------------------	--------	------------------------------	-----------------------	-------	----------------	----------------	----------------	------------	-----------------------------	-----------------	------------	-------------------	------------------------	------------	-------------------	--------------------------------	------------	----------------	---------	--------------------	-------------	---------------	-----------	----------------	-------------------------	------------	-----	--------------------------	----------------	----------------	---------------	---------------	-----------------------	---------------------------	---------------------	--------	----------------	------------	-------------------	--------	------------------------------	-----------------------	--------	---------------	-------------------	------------	------------	-----------	--	---------------------------	-----------------------	--------	---------	------------	-------------------------------------	------------	----------------------------------	------------	-------------------	---------------------	-------------	--------	--------------------------	------------------	-----------------------	---------------	-------------------	------------------------	---------------	----------------------	--------------	-----------------------------	-----	--------	----------------------------	--------	-----------	-------------------------	----------------------------------	---------------------------	--------------------	-----------------------	--------	--	--------------------	------------------	--------------------	---------------------	-----------	-------------------------------	----------------	------------	-----------------------------	------------------------	------------------------------	----------------------	-----	-----------	-----------------	-----	---------------------	---------	-----	-------------------	------------------------	--------	-----------	---------	------------------------	------------------	-----	----------------	---------------------------	------------------------------	--------	---------	--------------------	---------------	------------------	--------------------------------	--------------------	--------	---------------------------	----------------------	------------	-----------------------------------	----------------------	---------	-----------------------------	-------------------	--------	------------	-----------------------------	----------------	---------------------------	---------------	-------------------	------------------------------	-------------------	--------------	------------	-------------------------	-----	-----------------------------	------------------	--------	--------	-------------	---------------	----------------------	--------	--------------	-------------------------	----	-------------------	------------	----------------	------------------	-----------------	------------------------------	-----------------------	-----	----------------------	-------------------------------	------------------	-----------------------	-----	------------	--------	----------------------	--------------------	--------	-----------------	---------------------------------	----------------	------------------------------	--------	---------------------------	---

Erster Verbandstag des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes.

Jena, 13. Januar.

Der Verbandstag trat heute vormittag hier zusammen. Er ist, dem starken Wachsen des Verbandes entsprechend, sehr zahlreich besetzt. Den ganzen Saal des Volkshauses füllen die 352 Delegierten und 36 Gauleiter. Der Verbandsvorstand ist durch acht seiner Mitglieder vertreten, den Verbandsausschuss vertritt Daehne-Berlin, den „Grundstein“ Winnig-Hamburg, für die Revisoren ist Marx-Hamburg anwesend. Die Zahl der Gäste ist diesmal auch stärker wie auf früheren Tagungen des Maurer- und des Bauhilfsarbeiterverbandes. Der Malerverband hat Steine-Hamburg, der Steinarbeiterverband Siebold-Leipzig und die Bauarbeiterjugendkommission Heinle-Berlin delegiert. Die Brudervereinigungen in Oesterreich, Ungarn, Italien, Frankreich, Schweiz, Belgien, Holland, Dänemark und Schweden haben Vertreter entsandt.

Der zweite Verbandstag des Verbandes, Behrendt-Hamburg, eröffnete den Verbandstag mit einem warmen

Rede für Bismarck

den die Delegierten stehend anhören. Behrendt würdigte die großen Verdienste Theodor Bismarcks, des Führers und Freundes der deutschen Bauarbeiter. Sein Werk sei es, daß heute die deutschen Bauarbeiter in einer geeinten Organisation tagen. Behrendt gedachte zugleich des verstorbenen früheren Redakteurs der Bauhilfsarbeiter, Albert Köhler, der wie Bismarck ein halbes Menschenalter der Arbeiterbewegung sein Bestes gegeben habe. Die Toten könnten am besten dadurch geehrt werden, daß die deutschen Bauarbeiter weiter in dem Sinne wirken. Der Redner gibt dann einen kurzen Überblick über die drei letzten Jahre und heißt dann die Gäste herzlich willkommen.

Klupsch-Jena begrüßte den Verbandstag namens der Jenerser Bauarbeiter und wünschte den Beratungen besten Erfolg. Er hofft, daß die Aufgaben des Verbandstages zum Wohle des Verbandes gelöst werden.

Bei der Konstituierung des Kongresses werden Paeplow-Hamburg, Silberschmidt-Berlin und Behrendt-Hamburg als Vorsitzende gewählt. Ihnen stehen 12 Schriftführer zur Seite.

Nach Einsetzung einer fünfgliedrigen Mandatsprüfungskommission hielten die ausländischen Delegierten Begrüßungsansprachen.

Für die skandinavischen Länder sprach Verffon-Schweden. Nicolet-Frankreich bringt den deutschen Brüdern die herzlichsten Glückwünsche der Arbeiterjugend Frankreichs. Petenka-Oesterreich begrüßt den Verbandstag namens der österreichischen Bauarbeiter. Nach weiteren Begrüßungsansprachen von Riez-Ungarn und de Bronders-Belgien erstattete Behrendt-Hamburg den

Geschäftsbericht des Vorstandes.

Mit der Vertretung Bismarcks, der ja gleich nach dem Kampfe 1910 erkrankte, hätten Vorstand und Gauleiter den Kollegen Paeplow beauftragt. — Die Verschmelzung der Maurer- und Bauhilfsarbeiter sei besser von statten gegangen, als es der größte Optimist je gehofft habe. Ebenso erfreulich sei die Mitgliederbewegung. In den einzelnen Zweigvereinen sei ein Wettstreit entstanden, um zu zeigen, wie gut sie vorwärts schreiten. Die Werkkraft des Verbandes habe sich aufs Beste bewährt, er habe am Schlusse des dritten Quartals 1912 eine Mitgliederzahl von rund 348.000 mitgliedern, gegenüber 248.000 im ersten Quartal 1910. Der Zuwachs sei also gemäß befriedigend. Mit der großen Steigerung der Mitgliederzahl sei auch eine große Steigerung des Vermögens verbunden. Im Jahre 1910 kam ein Mitglied ein Vermögen von 20,50 M., 1911 ein solches von 28,80 M. und 1912 ein Vermögen von 35,80 M. — Die Einführung der Krankenunterstützung in den Wintermonaten habe auf dem konstituierenden Verbandstag in Leipzig starken Widerspruch gefunden. Heute könne aber konstatiert werden, daß die Befürchtungen jener Kollegen nicht eingetroffen seien. — Der Redner bespricht nun kurz die Lohnbewegungen in den Jahren 1911/12, von denen wir bereits im Vorbericht ein ziffernmäßiges Bild gaben, und schilderte dann, wie die Berichte versuchten, Zweigvereine des Verbandes als politische Vereine zu erklären. Trotz aller Schikanen schreite der Verband aber immer weiter vorwärts. — Behrendt ging dann auf den Bauarbeiterkampf ein, der noch sehr ungenügend sei. Von 72.492 im Jahre 1910 bei 13 Bauberufsgenossenschaften angemeldeten Unfällen hätten 18.407 mit 1050 tödlich Verletzten entschädigt werden müssen. Diese Zahlen zeigten, wie notwendig ein größerer Schutz von Leben und Gesundheit für die Bauarbeiter wäre. — Am Schlusse seiner Ausführungen wendete sich Redner scharf gegen Ausführungen im schriftlichen Bericht des Ausschusses. Dort wird gesagt, daß der Vorstand heute — im Gegensatz zu früher — wichtige Fragen allein erledige, ohne sich vorher mit dem Ausschuss zu verständigen; dieser werde vor fertige Tatsachen gestellt. Der Ausschuss gewinne den Eindruck, als wenn an den leitenden Stellen eine gewisse Autokratie sich bemerkbar macht. Behrendt betonte diesen Vorwürfen gegenüber, die Funktionen des Ausschusses seien klar und deutlich im Statut vorgezeichnet. Der Vorstand sehe den Ausschuss nicht als gleichberechtigte, nebenstehende Körperschaft an, sondern als eine Körperschaft, die über ihm steht. Der Vorstand habe dem Ausschuss in allen Fragen Rede und Antwort zu geben, wenn dieser an ihn heranträte. Der Vorstand wolle aber, daß der Ausschuss unabhängig von dem bleibe, was der Vorstand tue. Wenn der Ausschuss zusammen mit dem Vorstand über einzelne Fragen beschließe, dann könne er kein unparteiischer Richter über den Vorstand mehr sein. Mit seinem Vorangehen gehe der Ausschuss über seine statutorischen Rechte hinaus. Behrendt schließt, der Vorstand glaube, die Interessen des Verbandes in der Verichtszeit gut gewahrt zu haben. (Beifall.)

Den

Kassenbericht

gibt Kober-Hamburg, der die Finanzverhältnisse des Verbandes ausführlich erläutert. Die wichtigsten Zahlen aus diesem Bericht haben wir bereits im Vorbericht gegeben. An der Spitze der Ausgaben steht die Krankenunterstützung. Das Vermögen des Verbandes beträgt über 12 Millionen. Er sei finanziell gerüstet und könne mit Ruhe kommenden Kämpfen entgegensehen.

Den

Bericht der Redaktion des „Grundstein“

erstattet Winnig-Hamburg, der den Unterschied zwischen dem Gewerkschaftsblatt und den Tageszeitungen präzisiert und seine Aufgaben kennzeichnet. Die Redaktion des Gewerkschaftsorgans stehe bei ihrer Tätigkeit immer vor praktischen Aufgaben, wobei man die Gebote der Taktik berücksichtigen müsse. Das bringe mit sich, daß die Redaktionsarbeit nicht immer den ungeteilten Beifall der Kollegen findet. Die Redaktion glaube aber, ihrer Aufgabe gerecht geworden zu sein. Sie habe sich nach Kräften angestrengt, den guten Namen, den der „Grundstein“ seit Jahrzehnten im deutschen Gewerkschaftsleben habe, zu wahren. Die Berichte hätten sich des „Grundstein“ des öfteren angenommen. Neben Ertelung von Geldstrafen verjuchte man, den „Grundstein“ als politisches Organ zu erklären, und daraus auf den politischen Verein zu schließen. Das könne aber die Redaktion nicht daran hindern, den Grundstein im allbewährten Geiste weiter zu führen. Auch eine Gewerkschaftszeitung könne der Politik nicht entziehen. Wenn dadurch dem Verband Schwierigkeiten entstehen, so werde wohl auch noch diese Fessel zerbrochen werden. — Winnig geht hierauf auf die Anträge ein, die sich auf den „Grundstein“ beziehen. Er bittet, einen Antrag der Konferenz Frankfurt a. M. abzu-

lehnen, der die Herausgabe einer fachtechnischen Beilage wünscht. Der Herausgabe ständen große Schwierigkeiten entgegen, auch glaubt Redner nicht, daß damit einem großen Bedürfnis entsprochen würde.

Den

Bericht des Ausschusses

gibt Daehne-Berlin. Der Ausschuss hatte 94 Beschwerden zu erledigen, die im einzelnen betrafen: Mitgliedschaft und Beitragsfragen: 15 Beschwerden. Unterstützungsfragen: 35 Beschwerden, und zwar: 1. Rechtschutz: 10 Beschwerden; 2. Hilfeunterstützung; keine Beschwerden; 3. Streiks, Ausperrungen, Aussperrungen und damit zusammenhängende Unterstützung: 10 Beschwerden; 4. Kranken- und Sterbeunterstützung: 10 Beschwerden; 5. Gewahrgelassen- und Inhaftierten-Unterstützung: 8 Beschwerden. Ausschuss aus dem Verband und sonstige Strafen: 28 Beschwerden. Allgemeine respektive gegen die Geschäftsführung im Verband: 20 Beschwerden. — Redner bespricht einzelne Beschwerden und geht dann auf die Differenzen des Ausschusses mit dem Vorstand ein. Die Vorwürfe gegen den Vorstand gehen besonders dahin, daß bei wichtigen Entscheidungen der Ausschuss und die Gauleitenden nicht hinzugezogen werden. Es solle den Delegierten nicht vorenthalten werden, daß die Vorlagen an den Verbandstag, betreffend die Umgestaltung der Institutionen im Verband, wie auch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, ohne vorheriges Einverständnis mit dem Verbandsausschuss ausgearbeitet, vorgelegt, ja die ersten zum Teil gegen den Widerspruch des Ausschusses und der Gauleiter an den Verbandstag gebracht worden sind. Früher sei dies anders gewesen. — Die Gauleitenden wolle der Vorstand künftig anstellen, dadurch würden sie aber in gewisser Hinsicht vom Vorstand abhängig werden. Der Ausschuss habe das Gefühl, daß einzelne Personen im Vorstand absolut ihren Willen durchsetzen wollten.

An diese Debatte schloß sich eine lebhafte

Debatte.

die heute nicht mehr beendet wurde. Haese-Berlin wünscht mehr Berücksichtigung der einzelnen Spezialgruppen, und im besonderen, daß bei den Betonarbeitern und im Tierbau mehr Agitation betrieben wird. Er bemängelt, daß die Betonarbeiter nicht gleich den anderen Branchen zu einer Berufs-Konferenz eingeladen wurden. — Mehr Bauarbeiter im Betongewerbe sei unbedingt nötig, ebenso wie eine Lohnherhöhung. Die gesamte deutsche Bauarbeiterschaft habe das dringende Interesse, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Betongewerbe zu schaffen.

Haude-Kattowisch schildert die schwierigen Verhältnisse in Oberschlesien. Es sei notwendig, daß in Oberschlesien ein Kollege, der deutsch und polnisch spricht, angestellt wird.

Haase-Hamburg kritisiert, daß der Vorstand alle Ehrenmitgliedschaften aufgehoben hat, obwohl Bismarck auf dem Verbandstag in Leipzig erklärt habe, die alten Ehrenmitgliedschaften blieben bestehen. Redner tritt sehr energisch für die Rechte der alten Mitglieder ein.

Vorgmann-Bremen begrüßt, daß der Vorstand Kollegen, die der italienischen Sprache mächtig sind, angestellt hat. Diese Kollegen sollten aber nicht nur in dem Gau tätig sein, wo sie ihren Sitz haben. Die Agitation unter den italienischen Arbeitern sei dringend nötig. — Mit der Stellungnahme des Ausschusses gegen den Vorstand ist Redner nicht einverstanden. Das Recht, das der Ausschuss fordere, sei heute noch nicht geschrieben. Der Ausschuss hätte dann nicht so, wie getan, vorgehen dürfen. — In seinen weiteren Ausführungen regt Redner an, daß Firmen, die über ganz Deutschland vertreten seien, wie die Firma Holzmann in Frankfurt a. M., bei Bewegungen überall angegriffen werden, da sonst diese Firmen sehr leicht Arbeitswillige von dem einen Orte nach dem anderen abschleppen könnten.

Ziegler-Münster kritisiert, daß man den Statuten das Wahlrecht zum Verbandstag genommen habe.

Paeplow-Hamburg (Vorstandsmittglied) wendet sich gegen die Vorwürfe des Verbandsausschusses. Er bestreitet, daß es seit dem Ausscheiden Bismarcks im Verbande anders geworden sei. Paeplow bittet, nun endlich über die Bude, die das Scheitern Bismarcks geritten hat, hinwegzusehen. Man solle dem zukünftigen Verbandsvorstand das Arbeiten nicht allzu schwer machen (Sehr richtig!) und nicht immer sagen, daß es kein Bismarck sei. Die Geschäftsführung sei heute bei 350.000 Mitgliedern eine viel schwieriger als bei dem Verbands mit 180.000 Mitgliedern, mit dem man groß geworden sei. Die Leitung im Bauarbeiterverband habe Bismarck nicht mehr führen können, der Vorstand sei aber doch der Ansicht, daß er die Interessen des Verbandes gut gewahrt habe. — Von den Vorlagen des Vorstandes an den Verbandstag seien, sobald sie im Vorstand ausgearbeitet waren, dem Ausschuss und den Gauleitenden Mitteilungen gemacht worden. Bevor der Vorstand die Vorlage durchberaten, hätte er sie doch nicht dem Ausschuss unterbreiten können. Was der Ausschussbericht über Demokratie und Autokratie sagt, sei abwegig. Niemand wisse die Demokratie besser zu schätzen, als er, Redner. Heute sei es noch nicht so weit, daß die Gauleitendenkonferenz dem Verband sagen könne, bis hierher und nicht weiter. Der Verbandstag stehe über dieser Konferenz, diesem unterbreite der Vorstand seine Vorlagen und füge sich dessen Diktum. Der Ausschuss habe die Amtstätigkeit des Vorstandes, die öffentlich in Erscheinung tritt, zu überwinden. Er habe keine Ursache, mit dem Vorstand unzufrieden zu sein. Redner empfindet es als bitteres Unrecht, daß der Ausschuss den Vorstand in seinem Bericht in getaner Weise abgefertigt hat. (Den Ausführungen Paeplovs folgte der Verbandstag in größter Aufmerksamkeit, sie wurden beifällig aufgenommen.)

Nach kurzen, aber unweigerlichen weiteren Ausführungen zweier Redner wurden die Verhandlungen vertagt. Es sind noch 14 Redner zu diesem Punkte eingezeichnet.

Jena, 14. Januar. (Privattelegramm des „Vor-

wärts“.) Auf dem Bauarbeiterverbandstag kam es heute zu lebhaften Auseinandersetzungen über die Differenzen zwischen dem Vorstand und dem Ausschuss bzw. den Gauleitenden. Gauleiter Hattmann griff den Vorstand, besonders aber Paeplow, scharf an. Die Ursachen der Differenzen lägen in den verschiedenen Auffassungen über die Taktik bei den Lohnbewegungen, nicht in der Personenfrage. Silberschmidt suchte zu vermitteln. Er stimmte zwar Hattmann bei; man müsse aber Wege suchen, gemeinschaftlich und einmütig weiter zu arbeiten. Der Verband brauche Paeplow und Daehne. Paeplow legte in einständiger Rede dar, daß nicht die Lohnbewegung, sondern die Personenfrage, wer Nachfolger Bismarcks sein soll, die Ursache der Differenzen sei. Paeplow erklärte, nun für den Posten des ersten Vorsitzenden nicht mehr kandidieren zu wollen. (Lebhafte Erregung.) Silberschmidt beantragte schließlich, die ganze Materie einer Kommission zur Untersuchung zu überweisen. Er erklärte, er habe noch nie daran gedacht, den Posten des ersten Vorsitzenden bestreiten zu wollen. Redner bittet, ihn bei dieser Frage völlig auszuscheiden; er hoffe, daß Paeplow an der Stelle bleibe, wo er steht. — Die ganze Streitfrage wurde einer Kommission überwiesen.

Binnenschifferkonferenz.

Berlin, 14. Januar.

Das Hauptinteresse der Delegiertenversammlung richtete sich auf die für die Stromgebiete der Elbe, Oder und märkischen Wasser-

straßen eingeleitete allgemeine Lohnbewegung. Der Transportarbeiterverband hat in Gemeinschaft mit dem Zentralverband der Schiffahrts- und Heizer im November v. J. dem Arbeitgeberverband für die Binnenschifffahrt Forderungen eingereicht. Diefelben erstrecken sich auf Lohnherhöhung, Regelung der Arbeitszeit sowie Gewährung der Nacht- und Sonntagsruhe. Inzwischen haben mehrfach Verhandlungen der beiden Arbeiterverbände mit dem Arbeitgeberverband stattgefunden, moüber der „Vorwärts“ seinerzeit berichtete. Die letzte Verhandlung war am 26. Dezember vorigen Jahres. Dasselbst haben die Vertreter des Arbeitgeberverbandes als ihr letztes Wort folgende Erklärung abgegeben:

„Der Arbeitgeberverband für Binnenschifffahrt und verwandte Gewerbe schlägt eine Verlängerung der bestehenden Vereinbarung auf drei Jahre vor unter nachstehenden Bedingungen: Die Löhne werden um 5 M. pro Monat erhöht. Um über die behaupteten Mängel bezüglich der Arbeitsdauer unparteiisch Klarheit zu erhalten, soll nachstehendes Verfahren eingeschlagen werden: Es wird eine von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern gleichmäßig besetzte Kommission mit einem unparteiischen Vorsitzenden eingesetzt, die auf dem Wege statistischer Erhebungen Feststellungen über die Beschäftigungs- und Ruhezeiten der Mannschaften während der Fahrt der Schiffe machen soll. Zu diesem Zweck sollen für jedes Schiff fortlaufend budmäßige Erhebungen vorgenommen werden, die der Kommission in bestimmten Zeitabständen zur Begutachtung vorzulegen sind. Diese Erhebungen sollen für das ganze Jahr 1913 stattfinden. Ende 1913 soll auf Grund der Ergebnisse der statistischen Erhebungen eine feste, den Vertriebsverhältnissen der einzelnen Stromgebiete angepaßte Regelung der Arbeitszeiten vorgenommen werden. Sollten schon früher von der Kommission Mängel als allgemein vorhanden festgestellt werden, so verpflichten sich die betreffenden Arbeitgeber, sofort Abhilfe zu schaffen. Die Arbeitgeber erklären sich bereit, die Wünsche bezüglich der Ueberstunden, Reisevergütung und Effektenversicherung gruppenweise zu regeln.“

Zu dieser Erklärung der Arbeitgeber hatte die gegenwärtige Delegiertenversammlung Stellung zu nehmen. Nach gründlicher Debatte über alle hierbei in Frage kommenden Verhältnisse stimmte die Versammlung mit großer Mehrheit einer von der Lohnkommission vorgelegten Resolution zu. Sie lautet:

„Die Delegiertenversammlung erkennt an, daß die Unternehmer bereit sind, eine allgemeine Lohnherhöhung von 5 M. pro Monat einzutreten zu lassen. Hierdurch würde die Lohnfrage für das Stromgebiet der Elbe nahezu gelöst sein. Wohingegen die Zulage für die Oder und die märkischen Wasserstraßen den Wünschen der Mannschaften nicht genügend Rechnung trägt, zumal eine dreijährige Vertragsdauer in Vorschlag gebracht ist. — Die Versammlung nimmt ferner Kenntnis von der Bereitwilligkeit der Unternehmer, eine Neuregelung der Ueberstunden- und Reisevergütung und der Effektenversicherung vorzunehmen und ist bereit, gruppenweise diese Materie weiter zu beraten. Die Mannschaften erwarten, daß bei den Verhandlungen auch die übrigen in den Tarifentwürfen enthaltenen Positionen berücksichtigt werden. — Dem Vorschlage des Arbeitgeberverbandes bezüglich der Einführung der Nacht- und Sonntagsruhe stimmt die Versammlung zu, soweit sich derselbe auf die Zusammensetzung der Kommission und die Durchführung der statistischen Erhebungen bezieht. Da aber die baldmöglichste Einführung der Nacht- und Sonntagsruhe dringend erforderlich ist, kann ohne genügende Garantie dafür, daß den Wünschen der Mannschaften in genügender Weise Rechnung getragen wird, einer dreijährigen Verlängerung der Vereinbarungen nicht ohne weiteres zugestimmt werden. — Der Arbeitgeberverband wird daher ersucht, sobald möglich noch eine zentrale Verhandlung anzubereiten, um eine endgültige Klärung dieser Materie herbeizuführen, und ferner um Bestimmungen zu vereinbaren, über die Zusammensetzung und Rechte der Kommission.“

Nachdem dieser Beschluß gefaßt war, hatte die Versammlung noch eine Reihe geschäftlicher Angelegenheiten zu erledigen. Zum Protokoll wurde ein Antrag angenommen, welcher besagt, daß der Vorstand der Mitgliedschaft aus 15 Personen bestehen soll, nämlich einem Vorsitzenden, einem Kassierer, einem Schriftführer und 12 Beisitzern, von denen 10 im Bezirk beschäftigt sein müssen. — Ferner wurde beschlossen: Die Entschädigung der Deputen ist von 50 auf 75 Pf. zu erhöhen. — Die Mitglieder des Vorstandes sollen einen Ausweis erhalten, der sie berechtigt, jeden Monat mindestens einmal jede Zahlstelle zu revidieren. — In Breslau ist eine Verwaltungsstelle mit einem besoldeten Angestellten zu errichten.

Dem Vorstand wurde ein Antrag überwiesen, welcher diesen ersucht, Material in bezug auf die Arbeitsvermittlung zu sammeln, damit die Arbeitsnachweisfrage von der nächsten Schifferkonferenz geregelt werden könne.

Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl des Vorsitzenden Schünning, des Kassierers Heilmann und des Schriftführers Schulz. Als Beisitzer wurden gewählt: Schramm-Hamburg, Adernann-Lauenburg, Schops-Reinhardt-Borsdorf, Pulz-Rienburg, Wulke-Langermünde, Geue-Wilkan, Schlich-Stettin, Kosske-Plumberg, Rujake-Raditz, Reinisch-Leutisch, Roth-Stettin, Richter-Trossen, und als Ersatzmänner: Schmisck-Pretsch und Kühle-Posen.

Damit war die Tagesordnung erledigt.

Der Vorsitzende Schünning wies in seiner Schlußrede darauf hin, daß diese Konferenz eine ganz besonders wichtige gewesen sei, weil sie zu der großen Lohnbewegung Stellung zu nehmen hatte. Mit Rücksicht darauf, daß eine Arbeitsvermittlung der Schiffer eine große Vereinfachung bedeuten würde, habe die Konferenz durch ihren Beschluß den Unternehmern Gelegenheit gegeben, die Bewegung in Frieden zu erledigen. Doch sei die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß wenn die Unternehmer den berechtigten Wünschen der Arbeiter nicht genügend entgegen kämen, es zu Konflikten und zum Kampfe kommen könnte, für den dann die Unternehmer die Verantwortung zu tragen hätten. Wenn es zum Neujahr kommen sollte, dann sei die Organisation der Schiffer stark genug und bereit, den Kampf aufzunehmen. Ob es dahin komme, das hänge davon ab, wie sich die Unternehmer zu den Beschlüssen dieser Konferenz stellen. — Mit einem Hoch auf die Organisation der Schiffer schloß der Vorsitzende die Tagung.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am 13.1., 12.1., am 13.1., 12.1. and 4 rows of data for various locations like Remel, Regal, Regal, Dber, etc.

+) bedeutet Wass. - Fall. - *) Unterpegel. - *) starkes Grundelstreifen. - *) Grundelstreifen. - *) Erdbel. - *) oberhalb der großen Brücke Elberfeldung.

